

Verhandlungsschrift

über die am **Montag, dem 15. Dezember 2014**,
in der Welser Stadthalle stattgefundene

40. Sitzung des Gemeinderates

Beginn der Sitzung: 13.02 Uhr

Ende der Sitzung: 18.36 Uhr

Die Verhandlungsschrift der 39. Sitzung des Gemeinderates vom 17.11.2014 liegt
zur Einsichtnahme auf.

A n w e s e n d e

Vorsitzender: Bürgermeister Dr. Peter Koits

SPÖ-Gemeinderatsfraktion

1. Vizebürgermeister Hermann Wimmer

Stadträtin (ohne Gemeinderatsmandat):

Silvia Huber

Gemeinderäte:

Mag. Sabine Brenner-Nerat

Stefan Ganzert

Ernst Kirchmayr

Johann Reindl-Schwaighofer, MBA

Raimund Buttinger

Klaus Hoflehner

Brigitte Lindlbauer

Karl Schönberger

Werner Forstinger

Mag. Bernhard Humer

Mag. Petra Lipp

FPÖ-Gemeinderatsfraktion

2. Vizebürgermeister Dr. Andreas Rabl

Stadträte (ohne Gemeinderatsmandat):

Gerhard Kroiß

Christa Raggl-Mühlberger

Gemeinderäte:

KommR. Willibald Baumgartner

Margarete Josseck-Herd

Mag. Georg Parzmayr

Heinrich Taitl

Dipl.-Ing. Gunter Haydinger

Mag. Günter Lehner

Egon Schatzmann

Heribert Helm

Dietmar Marehard

ÖVP-Gemeinderatsfraktion

3. Vizebürgermeister Peter Lehner

Stadtrat (ohne Gemeinderatsmandat):

Walter Zaunmüller

Gemeinderäte:

LAbg. Dr. Peter Csar

Herbert Pernkopf

Markus Wiesinger

Stefan Haböck

Brigitte Wartinger

Augustine Hacker

Andreas Weidinger

GRÜNE-Gemeinderatsfraktion

Gemeinderäte:

Dipl.-Ing. Renate Leitinger

Prof. Mag. Walter Teubl

Vom Magistrat:

MDStv. SenR. Dr. Bernd Spitzer
sowie leitende MitarbeiterInnen des Magistrates

Schriftführer:

W.AR. Inge Maderthaner

Helga Rosenberger

Entschuldigt:

GR. Barbara Wildfellner

GR. Manfred Wiesinger

GR. Mag. Elke Mayerhofer

Verlauf der Sitzung

Der Bürgermeister eröffnet die Sitzung, begrüßt alle Anwesenden und stellt fest, dass

- a) die Sitzung ordnungsgemäß einberufen wurde,
- b) die Verständigung gemäß der vorliegenden Einladung vom 3.12.2014 an alle Mitglieder des Gemeinderates schriftlich erfolgt ist und am gleichen Tage öffentlich an der Amtstafel kundgemacht wurde,
- c) die Beschlussfähigkeit gegeben ist.

Mitteilungen des Bürgermeisters

Unterausschuss direkte Demokratie; Resolution zur Änderung des Statutes für die Stadt Wels 1992

Zur im Gemeinderat beschlossenen Resolution betreffend Änderung des Statutes für die Stadt Wels 1992 (DI-Verf-049-2014) darf ich wie folgt berichten:
Die Petition wurde dem Petitions- und Rechtsbereinigungsausschuss zugewiesen. Über das Beratungsergebnis wird ehestens möglich informiert werden.

Wie in der Vergangenheit sind auch für das Budget 2014 von der KPÖ Erinnerungen eingelangt – diese liegen auf (Anlage 1). Ich bitte sie diese Erinnerungen in die Budgetdebatte miteinfließen zu lassen.

Dringlichkeitsantrag aller vier Gemeinderatsfraktionen betreffend Grundsatzbeschluss zur Mitwirkung an der Errichtung eines Wirtschaftsparks für den Raum Wels-Stadt/Wels-Land, bezeichnet als „Wirtschaftspark Voralpenland“
DI-Verf-355-2014

Bgm. Dr. Koits verliest den als Anlage 2 beigefügten Dringlichkeitsantrag.

Es gibt hiezu keine Wortmeldung, weshalb sofort die Abstimmung erfolgt.

Dem Antrag (Anlage 2) aller vier Gemeinderatsfraktionen wird die Dringlichkeit

einstimmig zuerkannt.

Der Bürgermeister hält fest, dass dieser Dringlichkeitsantrag am Schluss der Tagesordnung in Verhandlung genommen werden, um auch den Sachantrag beschließen zu können.

Bgm. Dr. Koits übergibt den Vorsitz an Vzbgm. Wimmer.

Berichterstatter Bürgermeister Dr. Peter Koits

1.)

Facilitymanagement am Magistrat der Stadt Wels – Umsetzung
DI-Präs-2046-2014

Der Antrag (Anlage 3) lautet:

Der Gemeinderat möge die Ergebnisse des Konzeptionsprojektes „Weiterentwicklung und Neugestaltung des Facilitymanagements grundsätzlich zur Kenntnis nehmen.

Der Magistrat wird beauftragt, auf Basis des Konzeptionsprojektes „Weiterentwicklung und Neugestaltung des Facilitymanagements“ ein Umsetzungsprojekt mit externer Begleitung einzurichten, wobei einzelne investive Umsetzungsschritte den jeweils zuständigen Organen der Stadt Wels zur Entscheidung vorzulegen sind.

GR. Mag. Lehner: Uns liegt heute ein sehr umfangreiches Arbeitsprogramm bzw. Ergebnis vor. Recht herzlich dafür möchte ich mich bei den Mitarbeitern des Magistrates Wels bedanken, im Besonderen bei Herrn Dr. Törek, der hervorragend diesen Arbeitskreis leitete. Darüber hinaus bei den Mitarbeitern des KDZ für die Ausarbeitung dieses Papiers.

Viele Personen können mit dem Begriff Facilitymanagement wenig anfangen. Es ist ein sog. „neudeutsches“ Wort, welches im Grunde nichts anderes bedeutet als Haus- und Gebäudeverwaltung bezogen auf die Gesamtlebensdauer der einzelnen Objekte. Objekte hat die Stadt Wels in ausreichender Zahl. Es sind über 100 Gebäude, die derzeit vom Magistrat der Stadt Wels verwaltet werden. Mit einer Fläche von 150.000 m² kann man sich vorstellen, dass dies keine kleine Hausverwaltung mehr ist. Es benötigt dementsprechend professionelle Arbeit und Strukturen, um diese großen Aufgaben zu erfüllen. Auch in Hinkunft wird es daher notwendig sein entsprechendes Personal, insbesondere für die Hausverwaltung, für die Haustechnik usw., neu zu implementieren. D.h. es werden neue Aufgabenfelder und –positionen geschaffen und neue Überlegungen betreffend der derzeitigen Organisationsstruktur angestellt werden müssen.

Wesentlich war für mich, dass die Entscheidung getroffen wurde keine halben Lösungen durchzuführen. Bgm. Dr. Koits deutete bereits an, dass das Modell 1 – die komplette Implementierung des Facilitymanagements im Rahmen des Magistrates durchgeführt werden soll. Hier heißt es im Grunde genommen nur eines, dass der Magistrat die

Eigentümergefunktion übernimmt und die einzelnen Nutzer die Mieterfunktion übernehmen. D.h. die Durchgriffsmöglichkeit des Magistrates und der zentralen Stelle Facilitymanagement ist stärker definiert. Was will man damit erreichen? Es wurde angekündigt, dass entsprechende Betriebskosteneinsparungen realisierbar sind. Es wird auch in der Zukunft möglich sein, wenn entsprechende Investitionen getätigt werden, Betriebskosten in Form von Heizkosten und Sachaufwand zu reduzieren. Was bleibt im Wesentlichen übrig? Wesentlich ist für mich, dass die MitarbeiterInnen, die AbteilungsleiterInnen, HortleiterInnen, SchulleiterInnen usw. sich auf ihre ursächlichen Aufgaben beschränken können, nämlich auf die Leitung des Hortes, des Kindergartens, der Schulen oder der sonstigen Einrichtungen und sich nicht damit beschäftigen müssen, ob alle Glühbirnen vorhanden sind, wie hoch sind die Heizkosten in unserem Gebäude, ist der Rasenmäher gewartet usw. Die Leitungsfunktion wird gestärkt und die Personen können sich stärker auf ihre ursächlichen Aufgaben konzentrieren. Diese Implementierung des Facilitymanagements ist ein sehr zukunftsweisender Weg, auch wenn dies ein langfristiger Prozess sein wird.

GR. Reindl-Schwaighofer: Bei diesem Vorhaben handelt es sich meiner Meinung nach um eine weitreichende Umorganisation innerhalb des Hauses Magistrat. Seitens des Energiemanagements, der Haustechnik usw. werden alle Abteilungen betroffen sein. Darum ist es notwendig, dass die Projektgruppe und die MitarbeiterInnen dieses Projekt weiterentwickeln. Es liegen viele Chancen in diesem Projekt. Ich bin überzeugt damit viele Einsparungen erzielen zu können. Darin liegt die Begründung, warum wir dieses Projekt verfolgen sollten. Warnen möchte ich davor, dass nicht bereits nach ein oder zwei Jahren große Einsparungen erzielt werden können. Es handelt sich um ein mittelfristiges Projekt, welches viele Diskussionen, Umorganisationen und Bereitschaft der MitarbeiterInnen benötigt.

Bei der Projektgruppe darf ich mich für die bisher geleistete Arbeit herzlich bedanken. Es war sicher keine leichte Aufgabe dieses Projekt beschlussreif für den Gemeinderat auszuarbeiten, um für die Stadt Wels und den Magistrat eine gute Lösung im Bereich des Facilitymanagements anzubieten.

GR. Markus Wiesinger: Kollege Mag. Lehner erklärte uns bereits von Grund auf das Projekt Facilitymanagement. Die ÖVP fordert dies ja bereits seit 10 Jahren. Wenn man sich ansieht wie viele Potentiale zu heben sind, ich nenne beispielsweise Betriebskostensparnis von rund 680.000 Euro pro Jahr, im Reinigungsbereich eine Einsparung von 500.000 bis 700.000 Euro pro Jahr, ist es wichtig dieses Projekt rasch umzusetzen.

Bedanken machte ich mich bei dem Projektteam, Frau Magistratsdirektorin und Herrn Dr. Törek für die gute Abwicklung des Projektes. Selbstverständlich wird die ÖVP diesen Antrag unterstützen.

Vzbgm. Dr. Rabl: Das Facilitymanagement ist ein wesentlicher Brocken hin zu einer Strukturreform im Hause Magistrat. Wie lange dieser Prozess insgesamt dauern kann, sieht man auf dem vom KDZ dargestellten Zeitplan. Begonnen wurde im April 2013, beendet werden soll das Projekt im Frühjahr 2019, d.h. sechs Jahre werden benötigt diese Reform durchzuziehen. Dies ist eine Legislaturperiode in Oberösterreich.

Also ein wirklich mittelfristiges Projekt, welches zum Schluss tatsächlich Einsparungen bis zu 1,6 Mio. Euro, im Idealfall sogar bis 2 Mio Euro bringen kann. Offen ist allerdings noch die Frage des Ziels. Es ist zwar gut ein eigenes Facilitymanagement zu schaffen, aber in welcher Form soll dieses am Ende geführt werden? Im September d.J. einigte man sich in einer Fraktionsobmännerbesprechung, das KDZ möge prüfen, in welcher Form zukünftig ein derartiges Facilitymanagement geführt wird. Entweder als Stabstelle oder als Dienststelle, als Betrieb nach dem Stadtstatut oder als eigene GmbH. Das KDZ legte in der Folge diesbezüglich ein Angebot (ca. 6.000 bis 8.000 Euro – die genaue Summe weiß ich jetzt nicht). Tatsächlich erfolgte keine Auftragserteilung, weil man offensichtlich gar nicht wissen wollte in welcher Form das Facilitymanagement zukünftig geführt werden soll. Wie läuft denn so ein Prozess ab, wenn ich gar nicht weiß in welcher Gesellschaftsform dieses zukünftig betrieben werden soll? Was ist steuerlich für mich das Günstigste? Was ist aus personalpolitischer Hinsicht das Günstigste? Wo habe ich die besten Abschreibungsmöglichkeiten in diesem Zusammenhang? Es geht hier um eine riesige Summe, um ein riesiges Potential. Diese Dinge fehlen uns nach wie vor.

Wir geben hier einvernehmlich den Startschuss, aber was am Ende herauskommen soll ist ein Facilitymanagement in irgendeiner Organisationsform. Diese Organisationsform wissen wir jedoch nach wie vor nicht. Vielleicht wäre es schon sinnvoll das KDZ, KPMG oder wen auch immer zu beauftragen zu prüfen, welche Variante für die Stadt Wels die Bestmögliche ist. Nach meiner Ansicht ist dies das Einzige was in diesem Zusammenhang bei diesem Beschluss noch fehlt. Vielleicht wäre es möglich hier einige Informationen zu erhalten Herr Bürgermeister und wann diese Informationen an den Gemeinderat weitergeleitet werden.

GR. DI. Leitinger: Auch wir begrüßen dieses Projekt. Wir glauben, dass es in diesem Bereich dadurch zu Verbesserungen kommen kann. Es sind einige Punkte noch offen, wie beispielsweise die Organisationsform. Offensichtlich gibt es beim Reinigungspersonal Krankenstände in der Höhe von 30 Vollzeit-Personentagen pro Jahr. Hier stellt sich die Frage woher kommt das? Es muss nicht nur am Personal liegen, sondern es kann durchaus am Management liegen. Dieser Frage sollte nachgegangen und geklärt werden, woher diese hohen Krankenstände kommen? Ansonsten wird dieses Projekt von uns GRÜNEN durchaus begrüßt.

Bgm. Dr. Koits: Danke für die sehr positiven Rückmeldungen aus den Fraktionen. Bezüglich der von Dr. Rabl angesprochenen offenen Fragen darf ich mitteilen, dass das KDZ beauftragt wird mitzuwirken und sich anzuschauen, in welcher Organisationsform das Facilitymanagement abgewickelt werden kann. Das ist die bessere Form als vorweg bereits eine eigene Abteilung, eine eigene Gesellschaft usw. festzulegen. In dem Projektauftrag sollte diese Frage entsprechend mitbearbeitet werden.

Im Dezember d.J. wird eine Projektgruppe eingerichtet werden, die ab Jänner nächsten Jahres weiterarbeitet, denn zum Teil sind es MitarbeiterInnen, die bereits in das Thema eingebunden sind.

Herzlichen Dank meinerseits an all jene die mitwirkten – ohne detailliert Namen zu nennen. Bitte um Beschlussfassung.

Der Antrag (Anlage 3) zu Punkt 1. wird

einstimmig angenommen.

2.)

Verordnung des Gemeinderates der Stadt Wels betreffend die Übertragung der Zuständigkeit zur Gewährung von Subventionen an Wirtschaftstreibende an den Stadtsenat (Wirtschaftssubventionen-Übertragungsverordnung 2014)
DI-Verf-258-2014

Der Antrag (Anlage 4) lautet:

Der Gemeinderat möge die Verordnung betreffend die Übertragung der Zuständigkeit zur Gewährung von Subventionen an Wirtschaftstreibende an den Stadtsenat (Wirtschaftssubventionen-Übertragungsverordnung 2014) beschließen.

Einstimmig angenommen.

3.)

Verordnung des Gemeinderates der Stadt Wels, mit der eine 1. Novelle zur Ehrenzeichen-Übertragungsverordnung 2013 beschlossen wird (1. Novelle zur Ehrenzeichen-Übertragungsverordnung 2013)
DI-Verf-295-2014

Der Antrag (Anlage 5) lautet:

Der Gemeinderat möge die 1. Novelle zur Ehrenzeichen-Übertragungsverordnung 2013 beschließen.

Einstimmig angenommen.

4.)

Schadenersatzklage gegen Teilnehmer des Liftkartells;
Zustimmung zu den in § 46 Abs.1 Z.15 des Statutes für die Stadt Wels aufgezählten Prozesshandlungen
DI-ZR-17-2010

Der Antrag (Anlage 6) lautet:

Alle bisherigen, von RA Dr. Thomas Richter im Verfahren zu 41 Cg 78/10v vor dem Handelsgericht Wien gesetzten Prozesshandlungen, die in den Anwendungsbereich des § 46 Abs. 1 Z 15 StW 1992 fallen, werden genehmigt.

Die Rechtsanwaltskanzlei HASLINGER/NAGELE & PARTNER RECHTSANWÄLTE GMBH, Mölker Bastei 5, 1010 Wien, wird bevollmächtigt, alle in § 46 Abs. 1 Z 15 StW 1992 angeführten Prozesshandlungen für die Stadt Wels im Verfahren zu 41 Cg 78/10v vor dem Handelsgericht Wien, gegen die Firmen Otis GesmbH, Oberlaaer Str. 282, 1230 Wien (FN 113247s), Kone Aktiengesellschaft, Forchheimergasse 34, 1230 Wien (FN 126942f) , ThyssenKrupp Aufzüge Gesellschaft mbH, Slamastraße 29, 1031 Wien (FN 57993i), Schindler Liegenschaftsverwaltung GmbH, Wienerbergstr. 21 – 25, 1100 Wien (FN 102833a) und Schindler Aufzüge und Fahrtreppen GmbH, Wienerbergstr. 21 – 25, 1100 Wien (FN 291811i), zu setzen.

Die Rechtsanwaltskanzlei HASLINGER/NAGELE & PARTNER RECHTSANWÄLTE GMBH, Mölker Bastei 5, 1010 Wien, wird weiters bevollmächtigt, im Verfahren zu 41 Cg 78/10v einen entsprechenden Fortsetzungsantrag zu stellen.

Einstimmig angenommen.

5.)

Allgemeine Sparkasse OÖ Bank AG, Verlängerung der Put-Option;
Nachtrag zum Syndikatsvertrag mit der Anteilsverwaltung Allgemeine Sparkasse
FD-BetM-11-2014

Der Antrag (Anlage 7) lautet:

Der 4. Nachtrag zum Syndikatsvertrag vom 12.06.1991, abgeschlossen zwischen Anteilsverwaltung Allgemeine Sparkasse und der Stadt Wels, wird genehmigt.

Einstimmig angenommen.

6.)

Austria Solar Innovationscenter (ASiC);
Subventionsgewährung für weitere fünf Jahre (2015-2019)
FD-BetM-14-2014

Der Antrag (Anlage 8) lautet:

Die Stadt Wels erklärt sich bereit, für das Austria Solar Innovation Center (ASiC) über einen Zeitraum von fünf Jahren, beginnend ab dem Jahr 2015, unter Berücksichtigung der Entwicklung des ASiC – insbesondere der finanziellen Entwicklung – und der budgetären Möglichkeiten der Stadt Wels eine jährliche Subvention in Höhe von maximal € 52.380,00 zu gewähren. Die Finanzierung durch die Stadt Wels wird unter der Bedingung gewährt, dass auch das Land OÖ eine entsprechende jährliche Subvention gewährt. Bei einer Reduzierung der Subvention des Landes OÖ wird die Subvention der Stadt Wels im gleichen Verhältnis gekürzt. Die Auszahlung des Betrages durch die Stadt Wels erfolgt während des Jahres nach den finanziellen Erfordernissen des ASiC.

GR. DI. Leitinger: Die GRÜNEN begrüßen diese Subventionsgewährung grundsätzlich, denn sie passt zum Thema Energiehauptstadt Wels und leistet im Rahmen der Forschung einen wichtigen Beitrag. Nach Durchsicht der Unterlagen waren noch einige Fragen offen, die wir bei Gelegenheit abklären möchten. Beispielsweise die Organisation des ASiC – es ist ein gemeinnütziger Verein. Im Amtsbericht ist enthalten welchen Beitrag das Land Oberösterreich, die Stadt Wels, die EWW AG leisten, aber es ist leider daraus nicht zu entnehmen welchen Beitrag die anderen Mitglieder dieses Vereins bezahlen, beispielsweise die FRONIUS International, Energie AG usw. Auch das wäre für uns sehr interessant gewesen, denn all diese genannten Firmen profitieren natürlich vom Verein ASiC und sollten aus unserer Sicht einen angemessenen Beitrag zur Finanzierung leisten.

Wichtig ist uns auch den Punkt 5. zu ergänzen „zukünftige Entwicklungsperspektiven“. Hier wird unter den Aufgaben angeführt, dass ein Beitrag zur Wirtschaft geleistet werden soll in dem Sinne, dass Firmen, die in diesem Bereich tätig sind und von der Forschung profitieren können, in Wels angesiedelt werden sollen. Hier würden wir darum ersuchen, dass dies auch von der Stadt Wels unterstützt und begleitet wird. In dieser Angelegenheit ist Herr Vzbgm. Lehner gemeinsam mit dem Verein gefragt für diese Firmen Standorte zu finden. Denn wir als Energiehauptstadt sollen uns in diese Richtung positionieren. Solche Firmen bringen hochqualifizierte Arbeitsplätze, viele Arbeitsplätze pro Flächeneinheit und damit entsprechende Einnahmen für uns als Energiehauptstadt.

GR. Reindl-Schwaighofer: Im Wesentlichen möchte ich nur auf einen Punkt näher eingehen, das ist die Frage der Entwicklungsperspektive. Einig sind wir uns, dass die Forschung, Entwicklung, Bildung die wesentlichsten Motoren für eine dynamische Entwicklung eines Wirtschaftsraumes sind. Ich begrüße sehr, dass das ASiC im Bereich Photovoltaik, Mess- und Regeltechnik versuchen wird stärker als Unterstützung für eine Neugründung von Firmen zu fundieren. Das ist der Punkt, auf den wir in der Umweltrentabilität achten sollten, dass Investitionen in Form von Subventionen diese Schwerpunktthemen Forschung, Entwicklung und Bildung unterstützen. Daher wird die SPÖ diesem Antrag gerne die Zustimmung erteilen.

Vzbgm. Lehner: Innovative Betriebe sind in Wels immer herzlich willkommen. Innovation ist die Chance, die wir haben um Wertschöpfung in Wels zu generieren und Mitarbeiter zu beschäftigen, die in Wels sehr gut ausgebildet werden. Mit dem ASiC haben wir einen Verein, der sehr viel im Bereich der Innovation unternimmt, wo wir auch die Hebelwirkung durch die Unterstützung des Landes haben. Daher war es mir in den Vorgesprächen sehr wichtig eine parallele Entwicklung mit dem Land OÖ durchzuführen. D.h., wenn es hier zu Änderungen der Fördersumme des Landes kommt, wir auch im Gemeinderat wieder über die Förderung der ASiC diskutieren sollen. Diese Arbeitsplätze müssen ein wesentlicher Bestandteil in einer zukünftigen Entwicklung der Stadt sein, da wir als innovativer Standort sehr viele Möglichkeiten haben und dementsprechende Betriebe bereits vor Ort sind, die mit ihren Produkten und ihren Mitarbeitern zeigen, dass diese sog. Green-Jobs ein wichtiger Bereich sind. Technik und Innovation ist ein Zukunftsbereich für die Welser Wirtschaft.

Bgm. Dr. Koits: Danke für die positiven Wortmeldungen. Frau Kollegin DI. Leitinger, hinsichtlich finanzieller Beiträge werden wir uns in der Finanzdirektion und in den Unternehmen erkundigen. Ich weiß, dass gerade diese Unternehmen entsprechende Forschungsaufträge an ASiC vergeben und daher einen wichtigen Beitrag leisten. Was die entsprechende Entwicklung anbelangt, hat Kollege Lehner bereits Stellung genommen. Es ist selbstverständlich für die Stadt alles zu unternehmen, um neue Unternehmen anzusiedeln und dass die Betreuung durch die Stadt außerordentlich gut ist, die Administration und auch die Fördermöglichkeiten betreffend. Bitte um Beschlussfassung.

Der Antrag (Anlage 8) zu Punkt 6. wird

Einstimmig angenommen.

Vzbgm. Wimmer dankt für die Berichterstattung und übergibt den Vorsitz an Bgm. Dr. Koits.

Berichterstatter Vizebürgermeister Hermann Wimmer

7.)

3. Nachtragsvoranschlag der Stadt Wels für das Rechnungsjahr 2014
FD-Fin-100-2013

Der Antrag (Anlage 9) lautet:

Der 3. Nachtragsvoranschlag der Stadt Wels für das Rechnungsjahr 2014 (Anlage 9) wird dem Gemeinderat zur Beschlussfassung vorgelegt.

Einnahmen des ordentlichen Haushaltes	€	206,354.300,00
Ausgaben des ordentlichen Haushaltes	€	206,354.300,00
Einnahmen des außerordentlichen Haushaltes	€	51,193.700,00
Ausgaben des außerordentlichen Haushaltes	€	51,193.700,00

Einstimmig angenommen.

8.)

Voranschlag der Stadt Wels für das Rechnungsjahr 2015
FD-Fin-100-2014

Der Antrag (Anlage 10) lautet:

Der Voranschlag der Stadt Wels für das Rechnungsjahr 2015 samt Beilagen (Anlage 10) wird gemäß § 53 Abs.1 StW. 1992, LGBl.Nr. 8/1992 idgF, mit folgendem Einnahmen- und Ausgabenrahmen festgestellt:

Einnahmen des ordentlichen Haushaltes	€ 203,575.800,00
Ausgaben des ordentlichen Haushaltes	€ 203.575.800,00
Einnahmen des außerordentlichen Haushaltes	€ 25,113.000,00
Ausgaben des außerordentlichen Haushaltes	€ 25,113.000,00

Vzbgm. Wimmer: Wir alle wissen, dass es zur Bewältigung der vielfältigen Aufgaben, derer wir uns als Stadt gegenüber sehen, großer Anstrengungen bedarf. Die alljährliche Erstellung des Voranschlages, in dem die politische Entscheidung getroffen wird, in welcher sachlichen und zeitlichen Rangordnung die einzelnen Vorhaben ausgeführt werden sollen, stellt sicher eine der wichtigsten Aufgaben des Gemeinderates dar.

Dabei sind mir insbesondere zwei Kernfunktionen ein großes Anliegen, die sich in einem solchen Finanzplan erfüllen sollen. Nämlich die finanzwirtschaftliche Deckungsfunktion, das heißt einen Haushaltsausgleich zu erzielen und die wirtschafts- und sozialpolitische Funktion, das heißt wirtschaftliche Impulse zu setzen und trotzdem aber auch sozialpolitische Ziele umzusetzen.

Daher freut es mich vorweg sagen zu können, dass meine finanzpolitische Vorgabe, dem Gemeinderat einen ausgeglichenen ordentlichen Haushalt vorzulegen, mit Einnahmen und Ausgaben von € 203,58 Mio. erreicht wurde.

Obwohl es aus dem Amtsbericht zum Voranschlag 2015 als auch aus dem Amtsbericht zur Mittelfristigen Finanzplanung 2015-2019 hervorgeht, möchte ich doch ausdrücklich darauf hinweisen, dass dies keinesfalls selbstverständlich ist, da die Entwicklung der Finanzen sehr stark durch von uns nicht beeinflussbare allgemeine Rahmenbedingungen gekennzeichnet ist. Und bei diesen Bedingungen ist nun leider zu sagen, dass maßgebliche Wirtschaftsdaten oft relativ rasch und kurzfristig schwanken.

Lassen sie mich kurz auf die prognostizierte, dem Voranschlag 2015 und letztlich auch der Mittelfristigen Finanzplanung von 2015 bis 2019 zugrunde liegende wirtschaftliche Entwicklung eingehen:

Beim Wirtschaftswachstum für 2015 hat Ende Juni 2014 das WIFO ein BIP-Wachstum von 1,7 % und das IHS von 1,9 % bekannt gegeben und mit der September-Prognose 2014 haben sowohl WIFO als auch IHS ein geringeres Wachstum von 1,2 % bzw. 1,6 % prognostiziert. Die jüngste Prognose der Österreichischen Nationalbank geht in der Zwischenzeit von nur mehr 0,7 % für 2015 aus.

In Verbindung mit den schlechteren Konjunkturaussichten wird aber auch ein Ansteigen der Arbeitslosigkeit – mit den dadurch unter Umständen einhergehenden Problemen bei der Bedarfsorientierten Mindestsicherung - und ein im Vergleich geringeres Ansteigen der Lohn- und Gehaltssumme - als Basis für die Kommunalsteuer vorhergesagt. Und sehr stark von der Konjunktorentwicklung abhängig sind natürlich die Ertragsanteile, die Haupteinnahmequelle des Budgets. Mögliche Auswirkungen der geplanten Steuerreform sind hier noch gar nicht berücksichtigt.

Ich möchte nicht Schwarzmalen und habe hier nur einige grundlegende Problemfelder herausgestrichen. Es lässt sich aber ableiten wie schwierig es war, einen ausgeglichenen Voranschlag 2015 zu erstellen.

Zum Ausgleich des Jahres 2015 ist eine Rücklagenentnahme von 1,96 Mio. Euro notwendig, die wir aus heutiger Sicht durch Einsparungen des Jahres 2014 bei den Personal- und Pensionsausgaben, den Sachausgaben und den Subventionen und durch Mehreinnahmen bei den Ertragsanteilen erwarten, sodass die zum Ausgleich 2014 präliminierte Rücklagenentnahme aus veranlagten Mitteln nicht benötigt wird.

Bevor ich Herrn Dr. Barth ersuche die Zahlen des Budgets 2015 und der Mittelfristigen Finanzplanung bis 2019 zu präsentieren, möchte ich noch auf einige mir wichtige Eckdaten des ordentlichen Haushaltes 2015 eingehen:

Obwohl die Anforderungen aus den verschiedenen Referaten vielfältig waren, musste bei den Personalausgaben letztlich sehr knapp budgetiert werden. Sie steigen zwar inklusive der Abfertigungen gegenüber dem Voranschlag 2014 um 1,51 Mio. Euro auf insgesamt 69,89 Mio. Euro an, so hat sich aber die Personalaufwandsquote, das ist jenes aus dem Voranschlagsquerschnitt errechnete Verhältnis der Personalausgaben zu den laufenden Einnahmen, von 2012 mit 35,1 % auf 2015 mit 34,7 % reduziert, trotzdem gerade in den letzten Jahren in der Senioren- und der Kinderbetreuung zusätzliche Planstellen notwendig wurden. Auch soll einmal herausgestrichen werden, dass die Planstellen im Hoheitsbereich in einem Vergleich der Soll-Dienstposten 2000 mit 2015 von 9,41 % auf 7,73 % zurückgegangen sind.

Auch bei den Sach- und sonstigen Ausgaben wurde hier wie auch schon die Jahre davor restriktiv budgetiert und die Zielvorgabe, entsprechende Kürzungen vorzunehmen, umgesetzt. Dieser Bereich liegt mit 50,38 Mio. Euro in etwa auf Budgetniveau des Jahres 2014, obwohl kaum vermeidbare Steigerungen, wie zum Beispiel für die bedarfsorientierte Mindestsicherung in Höhe von 0,15 Mio. Euro oder für Maßnahmen in der Kinder- und Jugendhilfe in Höhe von 0,30 Mio. Euro aufzunehmen waren.

Wichtig ist mir auch das Thema Subventionen und hier vor allem die Tatsache, dass von den insgesamt 11,63 Mio. Euro sich die Pflichtsubventionen ohne die Kindergartentransfers bereits auf 6,19 Mio. Euro stellen – das sind zum Beispiel der Gesellschafterzuschuss an die Welios Betriebs GmbH mit 1,0 Mio. Euro, die Umweltkarte für den Welser Linienverkehr mit 0,16 Mio. Euro, das Stadtmarketing mit 1,68 Mio. Euro, verschiedene Wirtschaftsförderungen mit 0,39 Mio. Euro, die Wohnbauförderung mit 0,31 Mio. Euro, die Fachhochschule mit 0,84 Mio. Euro und so weiter. Dazu kommen noch die Transfers für die gesetzliche 100%ige Abgangsdeckung an die privaten Kindergärten mit 3,27 Mio. Euro.

Letztlich bleiben für die Ermessenssubvention der verschiedenen Referate insgesamt 2,18 Mio. Euro über, wobei hier nicht vergessen werden darf, dass damit auch wichtige gesellschafts- und sozialpolitische Arbeit verrichtet wird und das durchwegs von den Funktionären der Empfängervereine auf ehrenamtlicher Basis.

Um in meinen Ausführungen nicht zu breit zu werden, werde ich heuer bei den Transferzahlungen nur darauf hinweisen, dass ich nach wie vor der Meinung bin, dass hier eine Entflechtung der Finanzströme und einhergehend eine Entlastung für die Gemeinden und Städte unbedingt notwendig ist. Dies möchte ich heute nicht näher ausführen, da sie meine Einstellung dazu ohnedies kennen. Es wird Aufgabe eines künftigen Finanzausgleiches sein, dass hier die Positionen der Gemeinden in der Form gestärkt werden, dass in diesem Finanzausgleich mehr bedarfsorientierte Momente aufgenommen werden. Dies unterstreicht insbesondere die Tatsache, dass in der Mittelfristigen Finanzplanung ersichtlich wird, dass beim Krankenanstaltenbeitrag und bei den Sozialumlagen in der Planungsperiode starke Steigerungen zu erwarten sind.

Ich möchte an dieser Stelle, damit komme ich zur Kommunalsteuer, als neben den Bundesertragsanteilen doch die wichtigste Einnahmequelle der Stadt Wels meinen Dank an die vielen Welser Unternehmen mit ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern aussprechen, die für das Aufkommen an Kommunalsteuer sorgen. Machen doch diese Einnahmen mit 35,67 Mio. Euro immerhin 19,90 % der Einnahmen des ordentlichen Haushaltes ohne die internen Vergütungen aus.

Nun ersuche ich Herrn Dr. Barth die Zahlen des Budgets 2015 und der Mittelfristigen Finanzplanung bis 2019 zu präsentieren.

Finanzdirektor Dr. Barth erläutert anhand einer Powerpoint-Präsentation (Anlage 11) die Zahlen des Voranschlags 2015.

Vzbgm. Wimmer: Vielen Dank Herr Finanzdirektor. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte jetzt noch auf den außerordentlichen Haushalt mit den Investitionen und die daraus resultierenden Folgen eingehen.

Im bedeckten Volumen in Höhe von insgesamt 25,11 Mio. Euro verbleiben nach Abzug von Finanztransaktionen (Rücklagenzuführungen, Weiterleitung von Förderungen) von insgesamt 3,25 Mio. Euro, Investitionsausgaben in Höhe von 21,86 Mio. Euro. Neben anderen Bedeckungen (Förderungen inkl. Bedarfszuweisungen des Landes, Rücklagenentnahmen, Verkaufserlöse...) sind Darlehensaufnahmen in Höhe von 18,08 Mio. Euro präliminiert. Davon wurden bereits 6,57 Mio. Euro durch Gemeinderatsbeschlüsse genehmigt, sodass heute noch ein Darlehensbeschluss in der Höhe von 11,51 Mio. Euro zu fassen ist.

Nicht inkludiert im Betrag von 21,86 Mio. Euro sind im Jahr 2015 geplante Investitionsausgaben der Immo KG im Wesentlichen für das Projekt Schulen Stadtmitte im Gesamtausmaß von 2,45 Mio. Euro. Städtischer Voranschlag und Budget der Immo KG ergeben somit Investitionsausgaben von insgesamt 24,31 Mio. Euro.

Wir stehen also vor einem starken Investitionsvolumen, insbesondere im Voranschlag 2015, aber auch in den Planjahren 2016 bis 2019 im Haushalt der Stadt Wels und in der Immo KG, wobei einzelne Projekte im Schul- und Kindergartenbereich erst nach Vorla-

ge eines Gesamtkonzeptes in weiterer Folge bedeckt und umgesetzt werden sollen und daher in den Planzahlen derzeit noch nicht enthalten sind. Dafür braucht es Geld, viel Geld um in nach wie vor schwierigen finanziellen Zeiten die Stadt voranzubringen, die Infrastruktur zu erhalten und konjunktur- und arbeitsmarktpolitische Akzente zu setzen.

Es kann daher nicht sein, die Kommunen ständig zusätzlich zu belasten und mit immer neuen Verwaltungsaufgaben zu konfrontieren, sondern es müssen diese wieder mehr finanzielle Handlungsspielräume bekommen. Die Kommunen sollen wieder mehr aktiv sein können. Dafür müssen sich die Vertretungskörper der Städte und Gemeinden weiterhin vehement einsetzen, damit vom Bund und den Ländern glaubwürdige und mutige Reformschritte gesetzt werden und ein gerechter Finanzausgleich zustande kommt.

Ich möchte aber auch klar zum Ausdruck bringen, dass sich durch die Investitionen die wir tätigen, zwangsläufig der Schuldendienst, die Gesellschafterzuschüsse an die Immo KG, der Schuldenstand und die Pro-Kopf-Verschuldung erhöhen. So wird die Pro-Kopf Verschuldung der Stadt Wels hochgerechnet von 2014 mit 1.055 Euro auf 2015 1.281 Euro und inklusive der Immo KG hochgerechnet von 2014 1.421 Euro auf 2015 1.648 Euro steigen.

Wie wichtig diese Pro-Kopf-Verschuldung als statistisches Parameter auch ist, für mich ist sie kein entscheidender Faktor für das Budget der Stadt Wels. Für mich gibt es zwei entscheidende Faktoren und zwei entscheidende Grafiken. Sie sehen die Grafik über das Ergebnis der laufenden Gebahrung für die Jahre 2008 bis zum Jahr 2015 (Vzbgm. Wimmer zeigt die Grafik in Papierform vom Rednerpult aus). Wir waren ein einziges Mal im Minus, das war im Jahr 2010 - das wirksame Jahr nach der internationalen Finanz- und Wirtschaftskrise – und es pendelt sich wieder zwischen 5 und 9 Mio. Euro ein. Das ist der entscheidende Parameter – dieser sagt aus, können wir uns Investitionen mittels Darlehensbedeckung leisten ja oder nein? Man sieht hier JA – wir können uns das leisten.

Den zweiten Punkt betrifft die immer wieder diskutierte Netto-Neuverschuldung. Diese ist kein Parameter, das der Finanzreferent, der Bürgermeister oder die Mitglieder des Stadtsenates oder Gemeinderates beeinflussen können. Das kann ausschließlich der Gemeinderat durch Beschlussfassung mit Zweidrittelmehrheit. Mit Zweidrittelmehrheit wird die Verschuldung der Stadt Wels beschlossen. Wenn ich nun den heutigen Budgetbeschluss fiktiv vorweg nehme als sei er schon getroffen, dann sehen wir folgendes Bild was unsere Netto-Neuverschuldung betrifft. (Vzbgm. Wimmer zeigt die Grafik in Papierform vom Rednerpult aus.) Die Netto-Neuverschuldung wird bis zum Jahr 2016 vorliegen und in diesem Jahr noch immer 4,1 Mio. Euro betragen. Aber bereits ab der Planperiode 2017 können wir mehr tilgen als wir Darlehen aufnehmen. Finanzdirektor Dr. Barth sprach dies kurz an – jeweils 2,2 – 2,3 Mio. Euro pro Planjahr. Dies unter der Voraussetzung, dass mit dem jetzigen Investitionsvolumen und den jetzigen Projekten das Auslangen gefunden wird. Ich weiß aber, und es herrscht nach meinen Informationen auch Übereinstimmung in den Fraktionen des Gemeinderates was beispielsweise den Schulneubau Wels-West betrifft, wenn dieser im nächsten oder übernächsten Jahr beschlossen werden sollte, wird sich dieses Ergebnis natürlich wieder verändern.

Ich darf noch einen Satz zum Stabilitätspakt 2012 sagen. Herr Finanzdirektor wies auf das Maastricht-Ergebnis hin, wo wir zwar in Minus sind, wo es aber in der Vergangenheit auf Landesebene immer wieder gelungen ist hier von der EU verlangten länderweisen Ausgleich zu erzielen. Bereits im Vorjahr erläuterte ich dies in sehr ausführlicher Weise, weil es sich gewissermaßen um ein „Steckenpferd“ von mir handelt – das ESVG. Nach dem Europäischen System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen müssen wir nun einige Gesellschaften der Stadt Wels in dieses Maastricht-Ergebnis miteinbeziehen. Nach Artikel 5 dieses Stabilitätspaktes sind gemäß ESVG (Europäisches System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen) bei der Stadt Wels auch die Immo KG, die Wels Marketing & Touristik GmbH, die Welios Betriebs-GmbH und die OÖ Science-Center Wels Errichtungs-GmbH einzurechnen. Das verschlechtert zusätzlich das dargestellte Maastricht-Ergebnis. Beim Maastricht-Ergebnis handelt es sich auch um einen statistischen Wert. Es konnte mir niemand erklären, weshalb gerade 3 % Maastricht-Defizit festgelegt wurden, warum nicht 1, 8 oder 7 %. Es ist eine willkürliche Größenordnung, die man mir gegenüber bis heute nicht begründen konnte.

Dessen ungeachtet – ich bestreite das in keiner Art und Weise – und trotz der guten Finanzlage der Stadt Wels werden wir uns überlegen müssen, wie wir eine nachhaltige Haushaltskonsolidierung erreichen werden. Dieses Ergebnis der laufenden Gebarung ist ebenfalls eine Momentaufnahme und kann sich jederzeit durch Einbrüche in der Konjunktur, durch sonstige finanzwirtschaftlich schädliche Einflüsse verschlechtern. D.h. wir müssen auch hier in der Gemeinde, beim Magistrat unsere Hausaufgaben machen. Wir müssen dazu beitragen, dass die Ziele des Stabilitätspaktes 2012 entsprechend erreicht werden. Ich behaupte allerdings wir sind hier auf gutem Weg. Das Land OÖ hat richtigerweise eine sehr strenge Schuldenbremse per Landesgesetz eingeführt. Sie wurde vom Herrn Finanzdirektor präsentiert. Diese Schuldengrenze sagt nicht mehr oder weniger aus, als dass ab einem bestimmten Schuldenvolumen das Land OÖ zu fragen ist. Ich gehe nicht davon aus, dass die Aufsichtsbehörde leichtfertig einer Verschuldung über diese Grenzwerte hinaus zustimmen würde. Wir allerdings sind von dieser Grenze noch weit entfernt, d.h. selbst für die strengen Schuldenregulierungsmaßnahmen des Landes OÖ sind wir noch in einem Bereich tätig, der es nicht notwendig macht, diesbezüglich mit dem Land OÖ in Kontakt zu treten.

Wie bereits eingangs erwähnt, werden wir uns einbringen müssen was die externen Faktoren betrifft, die möglicherweise zu Finanzproblemen führen. Das sind die Bundesertragsanteile im Zusammenhang mit einem neuen aufgabenorientierten Finanzausgleich.

Ich rufe wirklich alle Fraktionen auf, die Möglichkeiten haben hier einen Beitrag zu leisten, sich entsprechend einzubringen und die Position der Österreichischen Städte und Gemeinden, die hier eine einhellige ist, entsprechend zu unterstützen.

Wenn sich im Budgetvollzug des Jahres 2015, den ich natürlich sehr genau verfolgen werde, die Erwartungen der Hochrechnung 2014 oder die Erwartungen auf der Einnahmen- und Ausgabenseite des Voranschlages 2015 nicht erfüllen werden, so ist mit Ausgabenstopps bzw. –kürzungen zu rechnen. Darauf möchte ich hier sehr klar verweisen.

Zum Abschluss möchte ich mich bei allen Mitgliedern des Stadtsenates, mit denen ich die Gespräche zur Erstellung des Budgets führte, bedanken. Diese Gespräche verliefen in einem sehr konstruktiven Klima. Bedanken möchte ich mich auch bei den Fraktionen des Gemeinderates, mit denen ich im Anschluss daran die Gespräche führte. Bedanke mich insbesondere bei der GRÜNE-Fraktion, Kollege Mag. Teubl schimpfte mich heuer erstmals wegen der Autobahnabfahrt Wels-Wimpassing nicht, was mich sehr überraschte. Auch diese Gespräche verliefen sehr konstruktiv.

In diesem Sinne empfehle ich ihnen den Voranschlag 2015 und die Mittelfristige Finanzplanung 2015 bis 2019 zur Annahme und ersuche um ihre Zustimmung zu Tagesordnungspunkt 10., welcher die Darlehensaufnahme für Investitionen des Voranschlages 2015 betrifft.

Bgm. Dr. Koits dankt dem Finanzreferenten für die gute Darstellung der Situation und dem Herrn Finanzdirektor Dr. Barth und seinen MitarbeiterInnen.

GR. Prof. Mag. Teubl: Das Budget 2015, das wir heute hier beraten, hat ein Gesamtvolumen von 228 Mio. Euro. Das ist ein Betrag, unter dem sich niemand mehr wirklich etwas vorstellen kann. Dennoch geht es jetzt für uns darum die Finanzsituation unserer Stadt klaren Blickes zu beurteilen. Das ist kein leichtes Unterfangen.

Beginnen wir mit den für 2015 geplanten Einnahmen und Ausgaben. Wenn man diese einander gegenüberstellt, ergibt das einen Einnahmenüberschuss von 2,4 Mio. Euro. Das klingt gut. Diesem Einnahmenüberschuss von 2,4 Mio. Euro stehen aber Kreditverbindlichkeiten in Höhe von 4,3 Mio. Euro gegenüber. Das ist schlecht. Denn, wenn man das gegeneinander aufrechnet, ergibt sich ein Minus von 1,9 Mio. Euro. Das bedeutet, dass auch 2015 nichts für Investitionen zur Verfügung steht, wenn man nicht weitere Schulden machen will. Diese wird man machen. Der Ausblick auf die kommenden Jahre, den uns der Herr Finanzreferent und der Herr Finanzdirektor boten, geht davon aus, dass die Schulden sinken, dass alles wieder besser wird. Das wird uns allerdings jedes Jahr erzählt. Das stimmt jedes Jahr nicht. Auch heuer haben wir diese Märchenstunde geduldig über uns ergehen lassen im Wissen, dass dies nur funktionieren wird, wenn wir in den kommenden Jahren absolut nichts tun. Natürlich werden wir die Schule in Wels-West bauen, natürlich werden wir andere Investitionen brauchen und natürlich wird sich dies dann alles nicht ausgehen. Das wissen wir. Der Schuldenberg wird also immer größer.

2015 soll dem Voranschlag entsprechend eine Neuverschuldung von 14 Mio. Euro eingegangen werden. Jetzt könnte man natürlich einwenden, naja, wir haben eine schlechte Wirtschaftslage, da kann man schon mal Schulden machen. Aber es handelt sich leider nicht um einen Sonderfall. Wels hat im Laufe der Jahre immer wieder und immer noch mehr Schulden angehäuft. Der Hochrechnung der Finanzabteilung zufolge wird der Schuldenstand am Ende dieses Jahres knapp 63 Mio. Euro betragen, das ist schon eine ganze Menge.

Und zu diesen 63 Mio. Euro sollen im kommenden Jahr weitere 14 Mio. Euro dazukommen. Dann hätte also die Stadt Wels bereits 77 Mio. Euro Schulden. Zusammen mit den Schulden der Immo KG kommen wir dann auf Gesamtschulden in der Höhe von

insgesamt 98 Mio. Euro! Fast 100 Mio. Euro - das bedeutet, dass die Verschuldung der Stadt innerhalb von nur zwei Jahren um 21 Mio. Euro anwächst, da ja auch heuer eine Neuverschuldung von 7 Mio. Euro eingegangen wurde. Von 77 Mio. Euro Schulden Ende 2013 auf 98 Mio. Euro Schulden Ende 2015, das ist doch Wahnsinn!

Wels hat also fast 100 Mio. Euro Schulden Ende des kommenden Jahres, und das bei einem Gesamthaushalt von 228 Mio. Euro.

Dazu kommt – das wird auch immer wieder nicht berücksichtigt - die Stadt Wels verfügt über ein ausgedehntes Geflecht an ausgelagerten Gesellschaften und Beteiligungen, für welche wir Haftungen eingingen, die natürlich dazugerechnet werden müssen, wenn man beurteilen will, wie es um die Finanzsituation der Stadt bestellt ist. Laut Rechnungsabschluss 2013 sind Haftungen für ausgelagerte Gesellschaften in der Höhe von 67 Mio. Euro eingegangen worden. Dadurch erhöhen sich die Gesamtverbindlichkeiten der Stadt auf 145 Mio. Euro. Das bedeutet, dass jede Welserin und jeder Welser – vom Baby bis zur Greisin - mit 2.400 Euro in der Kreide steht und damit weit über die angegebene Pro-Kopf-Verschuldung von 1.648 Euro. Und wenn man diese gesamten Verbindlichkeiten zum Steueraufkommen in Relation setzt, kommt man auf einen Verschuldungsgrad von sagenhaften 119 %.

Wir werden den kommenden Generationen einen gewaltigen Schuldenberg hinterlassen, der kaum mehr zu bewältigen sein wird. Wenn man davon ausgeht, dass der Schuldendienst im selben Ausmaß steigen wird – das sahen wir in der Präsentation – also die Aufwendungen für Rückzahlungen und Zinsen, dieser beträgt – Immo KG eingerechnet – heuer 5,7 Mio. Euro, im kommenden Jahr schon knapp 7 Mio. Euro, und er wird sich bis 2018 fast verdoppelt haben und auf gewaltige 10 Mio. Euro jährlich hinaufklettern – wird sich damit der Budgetspielraum immer mehr einschränken.

Das alles ist mehr als bedenklich und sollte die Alarmglocken schrillen lassen. Die Frage, wie diese Schulden jemals abgebaut werden sollen, bleibt Jahr für Jahr unbeantwortet. Es wird immer nur gesagt in der Zukunft werden diese weniger – wie? Das hörte ich noch niemals. Nur dann, wenn wir – wie gesagt – nichts mehr investieren.

Wo bleibt das Konsolidierungskonzept, das die GRÜNEN bereits mehrmals einmahn-ten? Was gibt es für Überlegungen, die tatsächlich zu einer Verringerung der Schulden führen? So etwas gibt es nicht. Eine nachhaltige Budgetpolitik schaut anders aus.

Der Voranschlag 2015 ist nicht einmal im ordentlichen Haushalt ausgeglichen bilanziert, sondern der Ausgleich ist erst durch die Auflösung von Rücklagen in der Höhe von fast 2 Mio. möglich.

Und damit sind wir bei einem weiteren interessanten Kapitel angelangt – den Rücklagen. Die Rücklagen sind die Ersparnisse unserer Stadt – auch diese werden immer weniger. Finanzreferent Hermann Wimmer erklärt uns ständig, wie toll seine Budgetpolitik ist. Dass dies alles nur funktioniert, weil er ganz nebenbei die einstmaligen hohen Rücklagen nach und nach auflöst, erwähnt er nicht dabei.

Wie ist es also um die Rücklagen bestellt? Im Jahr 2011 waren es noch 26 Mio. Euro, die wir auf der hohen Kante hatten. Ende 2013 waren es noch 14 Mio. Euro. Ende 2015 werden wir - wenn alles gut geht - gerade noch 9 Mio. Euro haben und in einigen Jahren gar nichts mehr. Was machen wir dann? Was verkaufen wir dann wieder? Tatsäch-

lich war es in der Vergangenheit immer wieder so, dass die Stadt Vermögenswerte verkauft hat, wenn der Schuldenstand eine gewisse Höhe erreichte. Anschließend waren wir wieder entschuldet und konnten wieder die hervorragende Budgetpolitik bejubeln.

1994 beispielsweise verkaufte Wels sein Kanalsystem um umgerechnet etwa 36 Mio. Euro an das E-Werk Wels und sanierte damit das Budget. 2002 konnte die Stadt durch den Verkauf von 49 %-Anteilen an der Wels Strom GmbH an die Energie AG 55 Mio. Euro Erlösen und damit alle Bankschulden tilgen und weitere 10 Mio. Euro veranlagen.

Es kann doch wohl nicht sein, dass die Stadt immer wieder Vermögenswerte verkaufen muss, um den Schuldenstand zu senken. Aber genau das ist offensichtlich die langfristige Budgetpolitik. Das ist das sogenannte Konzept und die Basis für die herrschende Budgetpolitik. Wenn die Schulden steigen und steigen, die Rücklagen immer weniger und weniger werden, und es kein Konzept für die Bewältigung dieser Misere gibt, dann kommt bei mir die Vermutung auf, man rechnet offenbar demnächst wieder mit einem größeren Einmal Erlös.

Und siehe da, schon titelt die OÖN „Verkauf von Sparkassen-Anteilen kein Tabu mehr!“ Offensichtlich ist erneut geplant durch den Verkauf von Familiensilber das Budget zu sanieren. Das darf doch wohl nicht wahr sein, meine Damen und Herren!

Die GRÜNEN halten das nicht für einen gangbaren Weg. Sondern wir fordern erneut – wie bereits im letzten Jahr - einen echten Schwenk in der Budgetpolitik zu vollziehen. Es fehlt nach wie vor eine strategische Planung. Es fehlt nach wie vor ein umfassendes Konsolidierungskonzept, das unseres Erachtens unter Mitarbeit aller im Gemeinderat vertretenen Fraktionen und mit Unterstützung von externen Experten des KDZ erarbeitet und in den Folgejahren Schritt für Schritt umgesetzt werden sollte. Dieser Antrag wurde leider abgelehnt. Aber es hilft nichts. Die Ausgaben müssen endlich einmal sinken, um die Schulden zu verringern und langfristig Spielraum für Investitionen zu schaffen. Das ist aber leider nicht der Fall.

Schauen wir uns einmal die Personalsituation an. Trotz jahrelanger Magistratsreformen ist noch kaum etwas an Einsparungen erkennbar. Natürlich gibt es zusätzliche Aufwendungen für Bedarf im Sozialbereich. Die Personalaufwandsquote beträgt 35 % und hat sich damit in den letzten Jahren nicht wirklich verändert. Im oberösterreichischen Durchschnitt liegt diese Personalaufwandsquote bei weniger als 25 %.

Die Folge ist, die Personalkosten verschlingen 70 Mio. Euro - mehr als ein Drittel der Einnahmen - und werden auch im kommenden Jahr nicht sinken. Weitere 5 Mio. Euro gehen für die Pensionen für pragmatisierte Beamtinnen und Beamte im Ruhestand drauf. Insgesamt fließen also 40 % der Einnahmen unserer Stadt in den Personalaufwand. Das ist meines Erachtens viel zu viel.

Dass in so einer Situation immer noch Pragmatisierungen vorgenommen werden, kann man eigentlich nur mehr als grob fahrlässig bezeichnen. Genau das geschieht aber. Erst in einer der letzten Stadtsenatssitzungen wurden wieder einige Bedienstete in das definitiv öffentlich-rechtliche Dienstverhältnis übernommen. In dieser Budgetsituation ist das meines Erachtens ein Wahnsinn.

Beim Sachaufwand sieht es nicht anders aus. Auch da sind kaum Verringerungen der Ausgaben ersichtlich. In den letzten drei Jahren erhöhte sich der Verwaltungs- und Be-

triebsaufwand von 64,5 Mio. auf 66,3 Mio Euro. Das sind zwar keine dramatischen Erhöhungen, es sind aber auch keine Einsparungen erkennbar.

Besonders interessant ist aber der Bereich der Subventionen und Investitionen. In beiden Bereichen ist eine Steigerung feststellbar. Wenn man die einzelnen Ressorts näher betrachtet stellt man fest, dass trotz erhöhter Ausgaben viele dringliche Vorhaben dennoch auf der Strecke bleiben müssen. Hohe Schulden machen und dennoch so vieles unerledigt lassen müssen – da geht so glaube ich etwas schief.

Ich möchte ein paar Beispiele anführen, wo unseres Erachtens eine Prioritätensetzung bei den Ausgaben nicht stimmig ist:

Beginnen möchte ich mit dem in Wels offensichtlich wichtigste Ressort – der Sport. Die Millionen an Investitionen, die im Sportbereich getätigt worden sind und werden, sind hinlänglich bekannt. Nirgendwo sonst gibt es so viel Geld zu verteilen, wie in diesem Bereich. Die Subventionen an die Welser Sportvereine betragen eine $\frac{3}{4}$ Mio. Euro. Dazu kommen Investitionszuschüsse an die Vereine in der Höhe von 315.000 Euro, sodass also die Welser Sportvereine insgesamt mehr als 1 Mio. Euro erhalten. Es ist wirklich unglaublich unter welchen Titeln hier gefördert wird. Da gibt es einen Zuschuss zur Erhaltung des Sportbetriebs – was soll ein Sportverein sonst tun? -, einen Zuschuss für Spitzensport, für die Durchführung von Großveranstaltungen, für die Durchführung von Stadtmeisterschaften, eine Jugendförderung, Nachwuchsbetreuung, Benützung von Sportstätten, Erhalt von Sportstätten, Benutzung von Turnhallen, Entschädigung der Bundesschulwarte, Mietenzuschüsse für Clubheime, Zuschüsse zur Heimerhaltung, für Betriebskosten und – man glaubt es kaum – für sonstige Sportförderungen.

Was man jedoch nicht so leicht erfährt ist, welcher Verein insgesamt wie viel Geld erhält. Auch im Subventionsbericht muss dieses ziemlich mühsam zusammengesucht werden. Während in allen anderen Bereichen der Empfänger der Subvention bekannt ist, heißt es beim Sport in der Mehrzahl der Fälle nur dubios „Welser Sportvereine“. Ich denke, das könnte übersichtlicher und damit auch für die Vereine transparenter und gerechter gemacht werden. Man bräuchte nur ein übersichtliches Formular, auf dem jeder Verein auflistet was er leistet, woraus nach vorher klar festgelegten Kriterien eine bestimmte Förderungssumme berechnet werden kann. Wohl gemerkt: eine Förderung pro Verein! Nicht unzählige unter den verschiedensten Titeln. Ich weiß, das wäre zwar zweckmäßig, würde aber dem Sportreferenten nicht mehr die Möglichkeit geben die Vereine mit seinem Wohlwollen zu beeindrucken.

Positiv zu vermerken ist im Ressort Sport allerdings die bevorstehende Sanierung der Kunsteisbahn. Das möchte ich ausdrücklich erwähnen. Dafür sind in den nächsten zwei Jahren etwa eine Million Euro vorgesehen. Diese Investition kommt allen WelserInnen zugute, insbesondere der Jugend und nicht nur dem Vereinssport.

Der Kulturbereich ist eine eher traurige Angelegenheit. Kulturaktivitäten werden mit 631.000 Euro gefördert, also mit wesentlich weniger als eine Million Euro, welche die Welser Sportvereine bekommen. Muskelmasse bekommt mehr als Gehirnmasse.

Bei der Unterstützung der Kulturveranstaltungen regiert aber trotzdem der Sparstift. Die Veranstalter des Blues- und Boogie-Festivals beispielsweise beantragten 3.000 Euro Subvention, erhielten aber nichts. Die „Sprechtage Wels“ – eine Institution im Bereich der Literatur mit einer ganzen Reihe von Veranstaltungen – kuratiert von Jutta Skokan und Franz Schuh – beantragte eine Subvention von 6.000 Euro, erhielt ebenfalls keine

Subvention. Nur zwei Beispiele für engagierte Veranstalter, die völlig leer ausgingen. Viele andere Vereine werden auch mit Minimalbeträgen „abgespeist“.

Das vor langer Zeit angekündigte Projekt Lichterstadt Wels wird offensichtlich auch im Jahr 2015 nicht realisiert, da die beantragten 30.000 Euro keine Bedeckung fanden.

Für Kirchenveranstaltungen hingegen steht 2015 deutlich mehr Geld als 2014 zur Verfügung, nämlich 13.000 Euro statt 4.500 Euro. Offensichtlich eine neue Schwerpunktsetzung unseres Kulturreferenten. Und das Wagner-Festival mit seinen 80.000 Euro Subvention will ich gar nicht mehr erwähnen.

Wir haben in Wels eine Menge von Kulturvereinen, die wirklich ein hervorragendes Programm bieten, die aber nicht immer ausreichend gefördert werden. Die Förderungen bewegen sich hier zumeist im einstelligen Tausenderbereich, viele gehen völlig leer aus.

Besonders schmerzt mich als Deutschlehrer der Literaturbereich. Für den Bereich Literaturpflege standen im Vorjahr noch 27.900 Euro zur Verfügung, heuer nur mehr 8.700 Euro. In Zeiten der fortschreitenden Analphabetisierung wäre es ja auch nur zu schade für gedruckte Buchstaben Geld auszugeben. Verzeihen sie diesen Zynismus – aber es fällt mir wirklich schwer in diesem Bereich sachlich zu bleiben.

Dazu passt auch, dass der Ankauf eines neuen Bücherbusses - der Bücherbus feiert demnächst seinen 30. Geburtstag – zum x-ten-Mal verschoben wurde. Hier wartet man offensichtlich darauf, dass er endgültig seinen Geist aufgibt. Die endlose Diskussion darüber ob Wels einen Bücherbus braucht oder nicht, kann ich nicht mehr hören. Schließlich ist dieser Bücherbus seinerzeit der Ersatz gewesen für die geschlossenen Zweigstellen der Stadtbücherei. Er sorgt dafür, dass nicht so mobile Menschen nach wie vor in den Stadtteilen mit Lektüren versorgt werden können und er ist eine wichtige Ergänzung für die Schulbibliotheken, wenn es um den Zugang zur Literatur für unsere Grundschüler geht. Es sollte also doch keiner Diskussion bedürfen, dieses Fahrzeug gegen ein neues auszutauschen. Die Stadtbücherei ist übrigens nach wie vor sehr erfolgreich und sie verzeichnet nach wie vor in diesem Bücherbus ein Viertel ihrer Entlehnungen. Das ist doch nicht so wenig.

Das Programmkinos Wels hatte vor kurzem die 50.000ste Besucherin. Sie konnten dies aus den Medien entnehmen. Das Programmkinos ist also ebenfalls sehr erfolgreich, wird aber offensichtlich wegen persönlicher Animositäten vom Kulturstadtrat in Stich gelassen. Ein Subventionsansuchen über 30.000 Euro liegt zwar vor, wurde von StR. Zaunmüller aber weder dem Ausschuss vorgelegt noch ein entsprechender Budgetposten angemeldet. Warum? Weil ihm vielleicht im Gegensatz zu seiner Vorgängerin, die zu den eifrigsten Besucherinnen dieses Programmkinos zählt, dieses Kino nicht so am Herzen liegt. Aber das kann doch nicht die Entscheidung beeinflussen, meine Damen und Herren! So kann man doch nicht Kulturpolitik betreiben. Aber gibt es so etwas wie Kulturpolitik überhaupt in Wels? Ich bin mir nicht sicher. Oft hat man den Eindruck Kultur wird eher verwaltet als aktive Kulturpolitik betrieben. Ein Indiz dafür: Vom Kulturbeirat wurde angeregt eine Umfrage zum Thema „Kultur bewegt BürgerInnen“ zu machen. Aber auch dafür gibt es keine Bedeckung. Offensichtlich hat man nicht vor das kulturelle Profil unserer Stadt zu schärfen. Während die Stadt Linz sich seit Jahren als Kulturhauptstadt ein modernes Image verschafft, schläft Wels in diesem Bereich weiterhin vor sich hin.

Zum Schluss jedoch auch hier etwas Positives: Auf Initiative von Herrn Nöttling wird im Gelände der alten Rahmenfabrik Nöfa ein neuer Veranstaltungsort mit einem Saal mittlerer Größe entstehen, der beispielsweise auch der Kleinen Welser Bühne als Heimstatt dienen könnte. Ein Gewinn für die Welser Kulturszene und die Stadt lässt dafür 50.000 Euro springen.

In dieses Bild des Umgangs mit kulturellen Werten passt leider auch der Umgang mit Kulturdenkmälern in unserer Stadt. Die überfällige Sanierung des Wasserturms (260.000 Euro wurden dafür beantragt) wird nicht bedeckt. Der Sisi-Pavillon im Schlosspark Lichtenegg verfällt weiter (25.000 Euro sind vorgesehen, 110.000 Euro würden dafür notwendig sein). Die Marienwarte am Reinberg – ja auch diese gehört uns – hat einen Sanierungsbedarf in Höhe von 165.000 Euro, veranschlagt sind jedoch nur 25.000 Euro. Da wird zwar einerseits öffentlichkeitswirksam davon gesprochen abgerissene Stadttürme wieder zu errichten, andererseits aber lässt man historisch wichtige Bauten weiter verfallen.

Für die Neugestaltung der Fuzo in der Bäcker-gasse sind 1,3 Mio Euro vorgesehen. Auf der anderen Seite aber sind für die aus den Überlegungen einer Agenda-Gruppe hervorgegangene Planung für die Neugestaltung des Minoritenplatzes keine Geldmittel vorgesehen. Das halte ich für bedenklich, denn wenn man BürgerInnenbeteiligung wirklich will, muss auch etwas passieren, wenn engagierte Menschen etwas erarbeitet haben.

Doch nun zum grünen Kernthema – der Umwelt. Die 2011 beschlossene Umweltförderung krankt an einer eklatanten Unterfinanzierung. Auch heuer mussten zahlreiche Förderungswerber auf das kommende Jahr vertröstet werden. Der Budgetansatz für das kommende Jahr liegt aber bei 150.000 Euro, statt der von der Abteilung beantragten 250.000 Euro. Das bedeutet, dass nach Abarbeitung der liegengebliebenen Anträge schon wieder keine Mittel mehr vorhanden sein werden und neue Förderanträge erneut in die Warteschleife einfließen.

Bei der letzten beschlossenen Förderung der Gebäudesanierung durch Wohnbauträger ist es noch krasser – statt der beantragten 600.000 Euro werden 2015 nur 100.000 Euro zur Verfügung stehen.

Meine Damen und Herren, unsere Stadt bezeichnet sich gerne als Energiestadt und hat auch in der Tat ein sehr herausragendes Konzept. Doch für die Umsetzung dieses Energiestadt-Konzepts müsste mehr Geld aufgewendet werden, denn die vorgesehenen Maßnahmen werden endlos in die Länge gezogen. Wenn wir nicht beherzt Maßnahmen setzen in diesem Bereich, werden wir die uns gesetzten Ziele nicht erreichen können. Das wird nicht so nebenher gehen! Es geht mir doch um die Zukunft unserer Umwelt.

„Die Kinder sind unsere Zukunft.“ – so hört man es in den Sonntagsreden immer wieder. Im Budget spiegelt sich jedoch das nicht so ganz wider. Zunächst eine lobende Erwähnung: Das Projekt Schule Stadtmitte in der Rainerstraße wird realisiert, 2,5 Mio Euro von den insgesamt 6,3 Mio Euro Baukosten werden 2015 verbaut. Ein Jahr später soll der Umbau fertig sein. Auch der desolate Turnsaal in der VS Puchberg wird heuer in Angriff genommen. Sehr gut – das war es aber auch schon wieder! Von den diversen Schulsanierungskonzepten der letzten Jahre ist, wenn man es sich genauer anschaut, noch nicht so viel umgesetzt. Nachdem die Erhaltung der Schulen jahrelang verschleppt

wurde, ist der Sanierungsbedarf inzwischen enorm. Zuletzt war die Rede von 6,7 Mio Euro. Was sieht das Budget dafür vor? Es sieht 500.000 Euro pro Jahr vor. Hier genügt eine einfache Schlussrechnung um zu ermitteln, wie lange es dauern wird - nämlich 13 Jahre. In 13 Jahren sind doch die anderen Schulen schon wieder sanierungsbedürftig – da kommen wir nie raus! Mit einem derartigen unambitionierten Budgetansatz wird das nichts!

Ein weiterer Finanzierungsbereich im Schulwesen ist die Nachmittagsbetreuung. Hier haben wir einen enormen Bedarf – demgegenüber steht ein viel zu geringes Angebot. Eine echte Ganztagschule, also eine solche wo sich Unterrichts- und Freizeitphasen miteinander in einem ausgewogenen Verhältnis befinden und miteinander geplant werden, der Fachausdruck dafür lautet Ganztagschule mit verschränktem Unterricht, gibt es in Wels überhaupt nicht. Da redet man immer wieder von Wahlfreiheit für die Eltern. Wo ist diese Wahlfreiheit, wenn es eine dieser Möglichkeiten überhaupt nicht gibt? Man kann daher nur hoffen, dass die Initiative, welche in der letzten Gemeinderatsitzung in den Ausschuss verwiesen wurde, dort nicht ganz versandet, sondern dass tatsächlich einmal eine Umsetzung erfolgt. Dafür würde sich die Schule in Wels-West, die ja demnächst geplant werden soll, natürlich anbieten. Abgesehen davon ist sicherlich ein Konzept nötig, welche Nachmittagsbetreuungsangebote wo geschaffen werden sollen. In welchem Stadtteil soll es eine Ganztagschule mit verschränktem Unterricht geben? In welchem Stadtteil soll es eine Ganztagschule mit Nachmittagsbetreuung geben? Wo gibt es ein Hortangebot? Da braucht es ein Konzept, welches alle diese Angebote gleichermaßen berücksichtigt. Ein solches brauchen wir endlich, denn im Rahmen der Schulsanierung muss natürlich auch vorgesehen werden in welcher Schule eine Essensausgabe vorgesehen ist oder Nachmittagsbetreuungsangebote realisiert werden sollen.

Meine Damen und Herren, da ein solches Konzept fehlt, ist im heurigen Jahr eines passiert: Es sind alle beantragten Investitionen für Nachmittagsbetreuung vom Finanzreferenten aus dem Budget eliminiert worden. Es passiert also gar nichts! Das nur deshalb, weil zwischen zwei Stadtsenatsmitgliedern keine Einigung erzielt werden kann. Aber ich finde nicht, dass eine mangelnde Einigung zwischen Stadtsenatsmitgliedern auf dem Rücken der Kinder ausgetragen werden sollte.

Für Freizeiteinrichtungen für Jugendliche ist auch nicht wahnsinnig viel vorgesehen. Da gibt es ein Projekt, welches mir ganz besonders am Herzen liegt – nämlich das Jugendzentrum in der Noitzmühle. Dieses Jugendzentrum ist seit Jahren geschlossen. Die Jugendlichen werden darauf getröstet, dass es im Zuge des Stadtteilentwicklungskonzeptes einen Neubau geben und wieder ein Jugendtreff eingerichtet werden wird. Für diesen Jugendtreff sind 700.000 Euro veranschlagt und für das Budget 2015 waren ursprünglich 600.000 Euro vorgesehen - zuletzt ist nichts budgetiert. Das verstehe ich nicht, meine Damen und Herren. Wir sprechen hier von einem Stadtteil, den viele als Problemstadtteil bezeichnen, wo es doch ganz besonders wichtig wäre für die dort wohnenden Jugendlichen eine intensive Betreuung vorzusehen und ihnen Angebote für die Freizeitgestaltung zu bieten. Dann schafft man es jahrelang nicht einen Jugendtreff zu bauen? Wenn das schon nicht funktioniert, warum schafft man nicht eine Ersatzlösung in den Räumlichkeiten der VHS, im Stadtteilzentrum oder in einem Container? Man kann doch nicht eine ganze Generation von Jugendlichen unbetreut lassen, weil man vor lauter Bauten von Alten- und Pflegeheimen nicht mehr dazu kommt auch für die Jugend etwas vorzusehen.

Am Ende noch ein paar Bemerkungen zur Wirtschaft. Das Hauptproblem, mit dem unsere Stadt zu kämpfen hat und das für die Jugend von besonderer Bedeutung sein wird, ist die Arbeitslosigkeit. Wir haben heute eine der höchsten Arbeitslosenraten in Oberösterreich. Maßnahmen zur Erhöhung der Beschäftigungsquote sollten daher oberste Priorität haben. Ob die neukonzipierten Wirtschaftsförderungsmaßnahmen diesen Beschäftigungseffekt zeitigen, wird erst die Zukunft erkennen lassen. Bei der Entwicklung von Betriebsbaugebieten soll jedenfalls darauf geachtet werden, dass die kostbare Ressource Boden sehr vorsichtig verwendet wird. Dass unsere Flächen nur für die Ansiedelung von Betrieben geopfert werden, die einen hohen Beschäftigungseffekt erzielen oder die für die Beschäftigung der in Wels ausgebildeten Fachhochschulabsolventen eine besondere Bedeutung haben.

Positive Ansätze sind bei der ökonomischen Inwertsetzung der Innenstadt erkennbar. Heute haben wir dieses Innenstadtkonzept im Detail ökonomische Inwertsetzung beschlossen und es ist zu hoffen, dass die Umsetzung dieser Maßnahmen zu einer Belebung der Kernzone führen wird.

Die Grünanlagen und Parks in unserer Stadt sind – auch darauf haben wir schon oft genug hingewiesen – unzureichend. Heuer wurde immerhin endlich der Gaswerkpark fertiggestellt, der basierend auf Vorschlägen der Agenda-Gruppe umgestaltet wurde. Diese Gruppe hatte sich 2010 gebildet und 2014 ist das Ergebnis zu sehen. Das ist ein Zeitraum, der für viele BürgerInnen zu lang erscheint. Können sie sich vorstellen wie frustrierend es für engagierte Menschen ist, wenn sie jahrelang auf die Realisierung ihrer Vorschläge warten müssen?

Aber es gibt noch eine Agenda-Gruppe, die von der Stadt noch mehr ignoriert wird. Das ist die Gruppe, die sich mit der Neugestaltung des Pollheimerparks beschäftigte. Da wurde bereits damals 2010 von der Gruppe selbst ein sehr brauchbarer Plan vorgelegt. In der Folge arbeitete der Gartengestalter Stöckl einen Plan aus. Dieser Plan liegt seit geraumer Zeit vor, es geschah aber nichts. Auch in diesem Budget wurden zwar Mittel dafür beantragt, aber sie werden nicht zur Verfügung gestellt. Das ist ein Witz. So kann man mit Bürgerbeteiligung nicht umgehen. So ist es eigentlich nur konsequent, dass für die Fortführung des Agenda 21-Prozesses nichts mehr veranschlagt wird, obwohl wir dies eigentlich beschlossen haben und dafür 131.000 Euro beantragt waren.

Am Beispiel Parks zeigt es sich obendrein, dass es eigentlich ziemlich dämlich ist, die Agenden aus verschiedenen Ressourcen einem selbsternannten Innenstadtreferenten zu übertragen. Die sachliche Zuordnung zu den Magistratsabteilungen bleibt dabei völlig auf der Strecke und niemand weiß mehr wer eigentlich für was zuständig ist. Für den Masterplan Parkanlagen ist Frau StR. Raggl-Mühlberger zuständig, aber für den Pollheimerpark – weil er in der Innenstadt liegt – Vzbgm. Dr. Rabl. Ich würde sie auffordern meine Damen und Herren, verschonen sie uns nach den nächsten Wahlen mit solchen Kompetenzmonstrositäten.

Der Masterplan Parkanlagen hat ein Investitionsvolumen von 1 Mio. Euro. Ein Viertel davon war für das Jahr 2015 vorgesehen. Was es dafür gibt im Budget? Es wird sie nicht erstaunen – nichts! Diverse andere Budgetposten für Neuanlage und Gestaltung von Grünanlagen erreichen immerhin ein Ausmaß von 1,27 Mio. Euro. Was es dafür gibt? Auch nichts! So z.B. auch nichts für den Stadtteilpark Laahen, für den vor kurzem der Grunderwerb stattfand und der in den Medien vollmundig versprochen wurde. Mittlerweile geht es mir so, dass ich das Wort Masterplan schon gar nicht mehr hören kann,

obwohl wir es seinerzeit bei der Gestaltung des Messegeländes erstmals verwendeten. Inzwischen habe ich den Eindruck, ein Masterplan ist ein Plan, der nie realisiert wird. Was hilft es, wenn wir x-beliebige Masterpläne haben, aber kein Geld dafür sie umzusetzen.

Damit bin ich beim Masterplan Messegelände, in dem eine der wichtigsten und überzeugendsten Maßnahmen die Rekultivierung und Ausweitung des Volksgartens ist. Die WelserInnen wollen endlich ihren Volksgarten zurückbekommen, den ihnen betonierungswütige Messeverantwortliche im Laufe der Jahre Schritt für Schritt stahlen. Auch hier liegt bereits eine fertige Planung vom Landschaftsplaner Benesch vor. Ein Gemeinderatsbeschluss im Juni d.J. gab vier der zwölf Maßnahmen frei. Die entscheidenden Maßnahmen jedoch fehlen und sie sind auch in diesem Budget nicht vorgesehen. Da hilft auch die Zuständigkeit des Innenstadtreferenten offensichtlich nichts. Für weitere Maßnahmen aus dem Masterplan Messegelände, die wieder bei Stadträtin Raggl-Mühlberger residieren, sind auch keine Mittel vorgesehen.

Schließlich gibt es noch einen Masterplan Friedhof. Dieser umfasst Investitionen von insgesamt 5 Mio. Euro. Damit sollen Mauern und Gräfte saniert werden, Wege verbessert, ein würdiger Urnenhain geschaffen und die Infrastruktur des Friedhofs insgesamt verbessert werden. Dieser Masterplan Friedhof ist natürlich, weil es sich hier um viel Geld handelt, in der Realisierung auf mehrere Jahre aufgeteilt zu decken. Im heurigen Budget sind dafür 300.000 Euro vorgesehen. Wenn wir umrechnen bedeutet dies, dass die Umsetzung 17 Jahre dauern wird. Inzwischen sind auch viele von uns schon gestorben, meine Damen und Herren.

Richtig lustig aber finde ich den Budgetansatz „Bäume für Parks“. Dieser beträgt 10.000 Euro. Wissen sie wie viele Bäume in der dazu benötigten Größenordnung dafür zu haben sind? Sieben, acht, vielleicht sogar zehn? Dass wird ein Fest, wenn diese alle auf einmal gepflanzt werden! Einen Budgetansatz „Bäume in Alleen“ gibt es gar nicht, das obwohl im heurigen Jahr dutzende Allee-Bäume mutwillig gefällt wurden. Die Motorsäge ist bei dieser Rodungsorgie gar nicht mehr ausgekühlt, wie wir mitverfolgen konnten. Bei der neuen Traunzufahrt, in der Dragonerstraße, in der Maria-Theresia-Straße, in Bahnhofsnähe, in der Vogelweiderstraße. Überall wurden Bäume in einer übertriebenen Vorsicht geopfert, einige davon wurden nachgepflanzt, einige ragen noch als traurige Stümpfe aus dem Boden und einige sind bereits gehäckselt und der Boden ist in Wiese umgewandelt worden. An eine Neupflanzung dieser Bäume ist offensichtlich auch 2015 nicht gedacht. Eine Ersatzpflanzung in einem Ausmaß der zerstörten Biomasse, was man eigentlich erwarten würde, ist überhaupt nicht überlegt worden. Das sollte passieren, denn nur dadurch kann gewährleistet werden, dass sich unsere Luft nicht verschlechtert.

Die Luft in Wels – die Hauptgefahr dafür geht natürlich vom zunehmenden Autoverkehr aus. Umso mehr müsste getan werden die WelserInnen zum Umstieg auf umweltfreundliche Mobilitätsformen zu bewegen. Aber auch da sind keine großen Anstrengungen erkennbar. Die altbekannten Schwachpunkte des Welser Stadtbusverkehrs werden auch im nächsten Jahr nicht angegangen, die überfällige Ausweitung der Betriebszeiten abends und sonntags ebenso wenig wie die Verdichtung der Intervalle oder die Verbesserung der Linienführung.

Beim Radverkehr ist es nicht viel besser. Zwar sind neue Radwege beim Sportzentrum Wimpassing und in der Vogelweiderstraße geplant, andere Radwegpläne wurden aber

wieder abgesagt. So z.B. die Sanierung des Traunradweges. Ja es fehlt sogar das Geld für eine ordentliche Radwegmarkierung. Heuer wurden nur die allerdringlichsten Erneuerungen vorgenommen. Der für nächstes Jahr vorgesehene Ansatz von 50.000 Euro wurde auf 20.000 Euro gekürzt. Erneut verschoben wurde auch das Parkhaus am Bahnhof, was freilich auch an den mäßig erfolgreichen Verhandlungen mit den ÖBB liegt. Eine endlose Geschichte, die zu Lasten der PendlerInnen und der Neustädter Bevölkerung geht.

Was ist also das Resümee? Eine Fülle von unerledigten Aufgaben wird erkennbar und es ist nicht absehbar, wie es in Zukunft gelingen soll alle diese offenen Baustellen abzarbeiten. Dennoch treibt dieses Budget die Verschuldung unserer Stadt auf noch nie dagewesene Spitzenwerte. Es wird also langsam Zeit ein Budgetkonsolidierungskonzept zu erarbeiten, das diesen Namen wirklich verdient. Unser Antrag aus dem Vorjahr hätte einen Weg dahin gewiesen. Es liegt an ihnen, liebe KollegInnen der anderen Parteien, diesen Weg gemeinsam mit uns, gemeinsam mit dem Finanzreferenten, gemeinsam mit der Abteilung endlich einmal zu beschreiten. Mir bleibt nur die Hoffnung, dass nach der Wahl im kommenden Jahr ein Umdenken einsetzen wird und dass wir einmal einen Schwenk vornehmen.

Nach all dem Gesagten wird es kaum verwundern, dass die GRÜNE-Fraktion diesem Budget die Zustimmung verweigern wird. Danke für ihre Aufmerksamkeit!

Vzbm. Lehner: Als Fraktionssprecher der ÖVP möchte ich nun ein Gegensignal an diese unglaublich lange Ausführung setzen, die natürlich viele wichtige Punkte aufzeigte, wie etwa nicht bedeckte Budgetpositionen. Beispielsweise der Bücherbus, die Markthalle, Investitionen im Schulbereich, Investitionen für Parks, für Jugend, für Senioren. Es gibt viele Punkte, bei denen ich als Fraktionsobmann der Meinung bin, dass in unserer Stadt zu wenig investiert wird, dass wir zu wenig Handlungsspielraum für Investitionen haben. Das ist die Folge einer Politik, die uns dazu bringt tendenziell mehr Geld auszugeben als wir einnehmen.

Wenn wir eine Steigerung der Bundesertragsanteile für das nächste Jahr in Höhe von 4 % budgetierten, dann nimmt das einerseits eine durchaus positive Wirtschaftsentwicklung vorweg. Als Wirtschaftsreferent nehme ich derzeit leider da und dort bereits negative Signale wahr, dass diese sog. positive Wirtschaftsentwicklung in diesem Ausmaß wahrscheinlich nicht kommen wird.

Für mich noch überraschender ist, dass SPÖ und ÖVP auf Bundesebene seit Monaten über eine Steuerreform diskutieren und wir alle der Meinung sind, dass die Belastung der Steuerzahler in Österreich viel zu hoch ist. Speziell der kleine Steuerzahler, der kleine Einkommensbezieher, hat eine viel zu hohe Steuerlast. Wir wissen, es wird eine Steuerreform geben. Wir diskutierten darüber, ob diese Steuerreform ein Volumen von 3 Mia., 5 Mia. oder 7 Mia. Euro umfassen wird.

Eines ist jedoch klar: Ein Teil dieser Steuerreform wird sich zu Lasten der Kommunen niederschlagen, d.h. die Bundesertragsanteile werden sich aus diesem Titel heraus reduzieren. Unser Druck und Auftrag in der Stadt Wels Reformen einzuleiten wird immer größer. Wir haben es in den letzten Jahren mehrfach versucht mit einem Budgetbegleitbeschluss 2013 Reformen einzubringen. Wir versuchten mit anderen Varianten Dinge ins Rollen zu bringen. Leider waren wir – das gestehe ich selbstkritisch ein – sehr

erfolglos, da Beharrungskräfte nach wie vor in unserer Stadt existieren, die diese Reformen, diese Strukturänderungen verhindern. Nur mit diesen Reformen, mit einer Strukturänderung schaffen wir uns Spielräume, um die Zukunft auch gestalten zu können.

Wenn wir nun ein Budget vorlegen, wo zahlreiche Investitionen getätigt werden und wir einen Rekordschuldenstand von 76,6 Mio. Euro erreichen, dann sehe ich das für mich auch als Abschlussbudget des jetzigen Finanzreferenten. In dieser Funktion ist er nunmehr 15 Jahre tätig. Seine Erfolgsbilanz ist jene, die eine Entwicklung der dynamischen Schulden mit sich brachte. Schulden, die wahrscheinlich unsere Kinder noch zahlen werden, weil die Schuldentilgungsdauer 32 Jahre beträgt. Das nur dann, wenn wir keine zusätzlichen Investitionen mehr tätigen. Wer aber den Investitionsstau, den wir auf der anderen Seite in unserer Stadt haben, kennt, weiß, dass wir in den nächsten Jahren umfangreiche Investitionen vorhaben.

Ein paar Beispiele für die wesentlichsten Investitionen: Volksschule in Wels-West, Volksschule in Lichtenegg - ein unbestritten notwendiges Projekt, wo auch eine verschränkte Ganztagschule Thema sein muss im Sinne einer Wahlfreiheit. D.h. als zusätzliches Angebot in dieser Stadt, nicht als flächendeckende Zwangsverpflichtung für alle Eltern ihre Kinder in eine ganztägige Schulform zu geben. Errichtung der Autobahnabfahrt in Wimpassing, der Abbruch von Messehallen im Welser Messegelände Ost mit der Neuerrichtung von zusätzlichen Messeflächen, die Neuerrichtung bzw. Sanierung eines Kindergartens in der Pernau. Die Errichtung einer Entlastungsstraße für die Oberfeldstraße ist ein Zukunftsthema, welches uns in der nächsten Legislaturperiode begleiten wird. In diesem Bereich haben wir täglich intensive Verkehrsprobleme. Das braucht neue Lösungen. Die Übersiedelung des Trabrennvereines kostet sehr viel Geld und wird die zukünftigen Budgets natürlich dementsprechend belasten.

Ich denke auch an weitere Pflege- und Betreuungsplätze. Wo ist das Alten- und Pflegeheim in der Pernau? Auch dieser Stadtteil will zukünftig für die Senioren eine eigene Betreuungsmöglichkeit anbieten. Auch in der Pernau soll eine Möglichkeit geschaffen werden, um im eigenen Stadtteil der Bevölkerung die Möglichkeit zu geben gepflegt zu werden.

Die Traunufergestaltung – auch ein wesentlicher Punkt. Das Feuerwehrhaus bedarf dringender Investitionen. Bedarf besteht auch im gesamten Grünbereich.

Die Errichtung des Parkhauses in der Neustadt – auch das wurde bereits von Walter Teubl erwähnt – ist ein wichtiger Punkt für unsere Pendler und für die Anrainer in der Neustadt.

Die Schaffung von Retentionsbecken – auch ein Thema, für welches Andreas Rabl in seiner Funktion zuständig ist. Hier haben wir sehr hohe Vorschriften seitens des Landes OÖ. Wir müssen die Bevölkerung schützen. Es ist nicht mehr einzusehen, dass wir bei einer Überflutung der Retentionsfläche in der Freizeitanlage immer wieder riskieren, dass sehr viele nachfolgende Kosten auf uns zukommen.

Es stehen – hier sehe ich die Kritik etwas anders als Walter Teubl – uns nach wie vor einige Sanierungsprojekte im Sportbereich ins Haus. Beispielsweise die Anlage des ESV. Auch da wird noch das Eine oder Andere nötig sein, um für die Zukunft dafür zu sorgen, dass ein gesunder Geist in einem gesunden Körper wohnt. Sportbegeisterte

und kulturbegeisterte Menschen, die beides einerseits aktiv als auch passiv betreiben, sind für die Gesellschaft wichtig. Beides brauchen wir in der Stadt und beides wird uns zukünftig vor enorme Herausforderungen stellen, um hier die nötigen Investitionen zu tätigen.

Die Neugestaltung des Kaiser-Josef-Platzes und des Minoritenplatzes – auch das ist ein Zukunftsthema. Die Planung für den Minoritenplatz ist im Entwurf von der Agenda-Gruppe bereits vorhanden. Eines wissen wir alle, der Kaiser-Josef-Platz in seiner derzeitigen Planung ist nicht mehr zeitgemäß. Da braucht es Investitionen, da braucht es ein neues Konzept, um diesen Platz einer neuen Funktion zuzuführen, ihm eine neue Qualität zu geben.

Ein Studentenheim – auch das ist ein wichtiges Thema für den Fachhochschulstandort Wels. Die Studenten sollen sich von Anfang an in Wels zu Hause fühlen und ein Wohnumfeld finden, das für Studenten adäquat ist. Dazu brauchen wir eben ein Studentenheim.

Es gibt viele Beispiele für Investitionen, die in den nächsten Jahren notwendig sein werden und das bei einer derzeitigen Pro-Kopf-Verschuldung von 1.281 Euro. Das bringt Sorge und eine unglaubliche Dynamik, was die Wahlentscheidung im nächsten Jahr betrifft. Ich denke, im Endeffekt wird der Wähler entscheiden müssen, welchen Kurs er für Wels möchte. Möchte er den derzeitigen Kurs fortsetzen, ein Kurs, der heißt die Entwicklung von neuen Schulden oder will man durch Reformen Investitionen in die Zukunft ermöglichen. Das ist ein Weg für den wir stehen. Da braucht es Budgets für die einzelnen Bereiche. In den einzelnen Referaten wurde viel gestrichen, wo man selbst der Meinung ist, es wäre nötig oder gut. Hier gibt es Gruppen an Personen in Wels, die dahinter stehen. Es ist wichtig Ehrenamtliche in ihrem Engagement zu unterstützen und zu forcieren. Dazu braucht es Möglichkeiten im Budget. Um diese Möglichkeiten zu bekommen, braucht es einen klaren Kurs, braucht es Strukturreformen, braucht es neue Wege. Wir sehen bei diesem Budget keine Möglichkeit das zu verändern. Wir wissen aber, dass es für diese Ehrenamtlichen in vielen Bereichen aber auch für die Bevölkerung das Schlechtestmögliche ist, wenn es kein Budget in der Stadt gibt. Daher werden wir dem Budget heuer zustimmen und uns darauf verlassen, dass die WelsInnen im nächsten Jahr die richtige Entscheidung für die Zukunft in Wels treffen werden.

Vzbgm. Dr. Rabl: Diese Budgetrede möchte ich beginnen mit einem Zitat eines großen Politikers, der sich bereits vor 2000 Jahren Gedanken machte über den Staatshaushalt. Es handelt sich dabei um Marcus Tullius Cicero – Politiker um ungefähr 55 vor Rom, der im Rahmen einer Budgetdebatte sagte: „Der Staatshaushalt muss ausgeglichen sein. Die öffentlichen Schulden müssen verringert, die Arroganz der Politik muss gemäßig und kontrolliert werden. Die Zahlungen an ausländische Regierungen müssen reduziert werden, wenn der Staat nicht bankrott gehen soll.“

Im Wesentlichen formuliert er hier vier Ziele für eine erfolgreiche und zukunftssträchtige Budgetpolitik. Ich machte mir die Mühe und prüfte, wieviel Ziele wir in Wels tatsächlich erreicht haben. Das erste Ziel ist, dass der Staatshaushalt ohne neue Schulden ausgeglichen sein muss. Schaffen wir das? Ich nehme die Antwort gleich vorweg: Nein, wir schaffen es nicht. Die Ausgaben betragen 203 Mio. Euro, die Einnahmen betragen 201 Mio. Euro im ordentlichen Haushalt. Wir entnehmen aus den Rücklagen 2 Mio. Euro. Der außerordentliche Haushalt beträgt 25 Mio. Euro Investitionssumme, insgesamt 18

Mio. Euro werden durch neue Schulden – Bankdarlehen finanziert. Das Ergebnis: Ziel eins ist klar verfehlt. 18 Mio. Euro Bankdarlehen und 2 Mio. Euro Rücklagenentnahmen, bedeutet wir haben den Haushalt nicht ausgeglichen geschafft, sondern mussten neue Schulden aufnehmen.

Das zweite Ziel, welches Cicero klar formulierte ist, dass öffentliche Schulden verringert werden müssen. Auch da stellt sich die Frage, haben wir das geschafft? Auch hier kann ich die Antwort schnell geben: Nein, das haben wir nicht geschafft. Neue Bankdarlehen betragen 18 Mio. Euro, ein Schuldenanstieg von 13 Mio. Euro – man muss bedenken, dass wir insgesamt 4,3 Mio. Euro tilgten. Inzwischen haben wir einen Schuldenstand prognostiziert für 2015 von 76,6 Mio. Euro. Er ist also noch einmal von 62 auf 76 Mio. Euro gestiegen. 37 % unserer Einnahmen sind bereits Schulden. Die Pro-Kopf-Verschuldung beträgt 1.281 Euro.

Wenn wir nun alle Schulden zurückzahlen wollen, brauchen wir dafür 32 Jahre. Eine durchaus beachtliche Dauer, noch dazu wenn man bedenkt, dass in dieser Zeit keine neue Investitionen getätigt werden können.

Hermann Wimmer verwies auch darauf, dass ab 2017 die Schulden weniger werden. In diesem Zusammenhang sah ich mir die Mittelfristige Finanzplanung 2012 an. Damals hieß es, ab 2015 gehen die Schulden bereits zurück. Nach dem Plan 2012 sollten wir im Jahr 2015 nur mehr 61 Mio. Euro Schulden haben. Tatsächlich sind es nun 76 Mio. Euro. Für 2016 waren überhaupt nur mehr 56 Mio. Euro Schulden geplant, tatsächlich sind es jetzt 80 Mio. Euro. Hermann Wimmer sagte bereits, nur wenn alles so bleibt wie es ist und nur wenn keine weiteren Investitionen dazukommen. Doch die Politik – hier schließe ich mich selbst auch nicht aus – schlägt uns hier immer wieder ein Schnippchen, weil wir alle glauben, dass Projekte unbedingt benötigt werden, um damit Missstände in der Stadt oder in irgend einer Art abzustellen. Diese Projekte machen Neuverschuldungen erforderlich, da wir aufgrund der derzeitigen Budgetsituation nicht in der Lage sind, diese Projekte ohne Neuverschuldung umzusetzen.

Wenn man davon ausgeht, dass Ziel 2 nicht erreicht wurde, weil wir eine erhebliche Neuverschuldung haben und das obwohl wir wissen, dass Schulden unsozial sind, weil Schuldentilgung immer wieder die sozial Schwächsten trifft und wir noch dazu für Zinsen Geld bezahlen, Geld für die Vergangenheit, welches wir eigentlich für die Zukunft brauchen, dann wissen wir, dass dies ein Weg ist, den wir auf Dauer auf diese Art und Weise nicht fortschreiten können.

Hier komme ich nun zur Arroganz der Politik bzw. dem fehlenden Reformwillen in der Politik. Wenn man sich das Budget anschaut, muss man feststellen, dass wir über die Verhältnisse leben aber wesentlich unter den Verhältnissen wirtschaften. Was fehlt sind Strukturreformen. Genau aus diesem Grund bekannten wir uns bereits 2012 dazu, dass wir im Rahmen eines Budgetbegleitbeschlusses diese Strukturreformen angehen. Tatsächlich ist bei diesen Strukturreformen nicht immer etwas herausgekommen.

Den ersten Punkt betrifft die Museen der Stadt Wels. Hier war angedacht, dass die Öffnungszeiten geändert und Schließtage eingeführt werden. Der Zuschussbedarf von 2014 auf 2015 ist um 54.000 Euro höher. Auch die Zahlen dahinter gehören betrachtet. Beispielsweise hat das Minoritenmuseum im Durchschnitt neun Besucher am Tag. Für neun Besucher am Tag, insgesamt 2.700 Besucher im Jahr, haben wir einen Subventionsbedarf von 923.000 Euro. Das ist ein Betrag, der durchaus überlegenswert ist. Aus

meiner Sicht gehören hier Einsparungen überlegt. Wir dachten dies an indem wir sagten, es sollten Schließtage gemacht werden. Wenn eine Gruppe dieses Museum an so einem Schließtag besuchen möchte, sollte es aufgesperrt werden. Das für die Führung zuständige Personal könnte das Museum ohne weiteres aufsperrern, es wäre administrierbar. In anderen Städten gibt es derartige Lösungsmöglichkeiten. Aus meiner Sicht gehören hier Strukturreformen angegangen.

Den zweiten Punkt betrifft die Einsparungen im Bereich Personal. Hier wurde postuliert, dass die Personalkosten reduziert werden sollen bis zum Stand im Jahr 2012. Damals betragen die Personalkosten 65,7 Mio. Euro, im Jahr 2015 betragen diese 69,9 Mio. Euro. Auch dieses Ziel ist somit klar verfehlt. Wir haben 4,2 Mio. Euro mehr Personalkosten. Der Mitarbeiterstand allein vom Vorjahr auf dieses Jahr hat sich um 12 Mitarbeiter erhöht.

Dass Reformen tatsächlich funktionieren können, sieht man bei der Volkshochschule der Stadt Wels. Das Ziel war eine Zusammenführung. Walter Zaunmüller wagte diesen mutigen Schritt und sagte, das VHS-Zentrum in der Gartenstadt wird nicht mehr benötigt. Wir können diese Kurse in anderen Räumlichkeiten abführen. Im Jahr 2013 war der Abgang der VHS 409.000 Euro, im Jahr 2015 beträgt dieser nur mehr 386.000 Euro. Wenn man also was tut und Strukturreformen tatsächlich umsetzt, hat dies langfristig spürbare Einsparungen zum Ergebnis. Bei der VHS zeigte sich dies ganz gut – natürlich ist eine Einsparung immer auch mit Interessenskollisionen verbunden. Natürlich gibt es Stadtteilbewohner, welche sagen, wir hätten auch gerne in unserem Stadtteil eine VHS. Eine solche hätte auch eine wichtige soziale Funktion. All das ist richtig und all diese Interessen können auch verstanden werden. Auch ich habe Verständnis, dass in Stadtteilen vor Ort Bildungszentren etabliert sind. Aber wir müssen uns auch vor Augen führen, dass wir uns gewisse Dinge auf Dauer einfach nicht mehr leisten können. Wenn wir diesen Schritt nicht gehen, dass wir sagen, wir müssen solche schmerzhaften Entscheidungen treffen, dann wird sich an der Budgetsituation der Stadt Wels langfristig nichts ändern.

Der nächste Punkt betrifft die Jugendtreffs bzw. die Jugendzentren. Ziel war die Ausgliederung derselben in eine Vereinsform. Betonen möchte ich, dass dies im Jahr 2014 hätte umgesetzt werden sollen. Es gibt angeblich dazu einen Bericht des KDZ – ich sah diesen Bericht noch nicht und kenne den dazugehörigen Prüfungsbericht nicht - entweder gibt es einen unter Verschluss, oder es gibt ihn nicht. Tatsache ist, passiert ist nichts. Der Abgang hat sich von 394.000 Euro auf 434.000 Euro erhöht. Ziel also nicht erreicht.

Punkt 5 betrifft das Facilitymanagement. Über dieses sprachen wir heute bereits. In diesem Zusammenhang möchte ich dem Herrn Bürgermeister meinen Lob und meine Anerkennung aussprechen, denn es ist nicht leicht ein derartiges Projekt umzusetzen. Noch dazu wenn man bedenkt, dass es hier durchaus auch Widerstände aus dem Haus selbst gibt, weil nicht jeder mit einem derartigen Projekt einverstanden ist und viele der Meinung sind, dass es ganz gut ist so wie es jetzt war. Aber Strukturreformen benötigen auch Widerstand, der überwunden gehört. Am besten geht dies in Gesprächen und Diskussionen. Das Projekt halte ich für zukunftssträftig. Man sieht sechs Jahre werden benötigt, um Einsparungen in diesem Bereich zu erzielen. Man sieht wie lange diese Strukturreformen brauchen um tatsächlich wirksam zu werden. Deswegen bin ich überzeugt davon, dass wir endlich dies angehen müssen. Ich gebe ausnahmsweise Herrn Mag. Teubl recht, wenn er meint, dass Strukturreformen lange überfällig sind und bisher

leider zu wenig angegangen wurden. Das Wort Masterplan kann ich inzwischen auch schon nicht mehr hören. Wir haben für alles und jenes einen Masterplan, doch werden die Masterpläne nur selten umgesetzt.

Auch beim Tierpark Wels gab es ein Reformpaket und einen diesbezüglichen Beschluss des Stadtsenates. Hermann Wimmer berichtete in der heutigen Pressekonferenz bereits mit Zahlen darüber – leider verwendete er die falschen Zahlen. Die Ausgaben konnten im Bereich Tierpark deutlich reduziert werden. Der Rechnungsabschluss 2013 weist Ausgaben von 803.000 Euro auf, im Budget sind es nur mehr 789.000 Euro für das Jahr 2015 – also eine Ausgabenreduktion in zwei Jahren von 15.000 Euro. Das ist nicht viel – aber trotzdem gelungen. Das ist die Folge einer Politik, die sagt, Struktur-reformen muss man angehen. Es reicht ja bereits aus, wenn die Ausgaben nicht weiter angehoben werden, weil die Einnahmen ständig mehr werden und sich in der Folge diese Differenz weiter schließt.

Bei den Freizeitbetrieben war ebenfalls die Ausgliederung in eine eigene Gesellschaft Thema. Bisher gibt es dazu keinen Bericht trotz mehrerer Aufforderungen unsererseits. D.h. auch dieses Ziel wurde verfehlt.

Bei den Alten- und Pflegeheimen war ebenfalls die Ausgliederung in einen eigenen Betrieb Thema bis 2014. Diesbezüglich soll es einen Bericht geben? Ich weiß es nicht. Silvia Huber sagte es gibt einen Bericht – ich habe ihn bisher noch nicht erhalten. Vielleicht ist er ebenfalls unter Verschluss, wie alle anderen Berichte aus dem Facilitymanagement? Es wäre dienlich, wenn auch die anderen Fraktionen diesen erhalten würden. Gerade wenn man weiß es ist Budgetsitzung, wäre es dienlich diesen Bericht rechtzeitig zu erhalten.

Die Stadthalle und die Rotax-Halle sollten in die Messe ausgegliedert werden. Diesbezüglich soll es einen Bericht geben – auch dieser Bericht ist unter Verschluss. Wir haben ihn nicht bekommen.

Bgm. Dr. Koits: Dieser Bericht ist nicht unter Verschluss, er befindet sich auf dem Postweg.

Vzbgm. Dr. Rabl: Bisher habe ich ihn nicht erhalten. Wir hatten zwei Jahre Zeit einen derartigen Bericht zu verfassen. Ich kann nicht verstehen, warum nach zwei Jahren noch immer kein Bericht am Tisch liegt, obwohl im Beschluss 2012 ausdrücklich enthalten ist, dass diese Berichte fertig sein sollten und die Beschlüsse vorgelegt hätten werden sollen. Im Bereich Tierpark schaffte ich dies bereits nach zwei Monaten. Ich kann nicht verstehen, warum dies in allen anderen Bereichen zwei Jahre dauert? Es ist für mich nicht nachvollziehbar. Noch dazu hätte bei den erwähnten Hallen dies bereits 2013 umgesetzt werden sollen. Ein diesbezüglicher Bericht ist mir nicht bekannt.

Man sieht hier die Arroganz der Politik – wenn Beschlüsse gefasst werden, an die man sich ohnehin nicht hält, dann verstehe ich das Ärgernis der Bevölkerung. Struktur-reformen werden auf Kosten der Bürger verschleppt, der Wille der Bevölkerung wird langfristig missachtet – irgendwann ergeben sich daraus die Konsequenzen.

Die FPÖ-Fraktion tritt ganz klar für Struktur-reformen ein. Wir wollen in diesem Zusammenhang auch die Bevölkerung mitnehmen und einbinden. Das geht am besten mit direkten demokratischen Elementen, wie einer Volksabstimmung oder mit Volksbefra-

gungen. Es gibt jederzeit die Möglichkeit eine Volksabstimmung oder Volksbefragung zu strittigen Themen tatsächlich auch umzusetzen und darüber im Gemeinderat mit der Bevölkerung zu diskutieren. Wenn wir uns wirklich so davor fürchten, dass wir etwas tun, wo die hiesige Bevölkerung sagen könnte, nein – wir sind absolut dagegen, dann stimmen wir es halt ab. Warum beziehen wir in unsere Spar- und Strukturreformvorschläge nicht die Bevölkerung ein und sagen, seht her, wir haben 10 Vorschläge. Welchen davon wollt ihr haben? Dann muss man eben diskutieren und mit der Bevölkerung sprechen und sagen es hat die oder jene Auswirkung, wenn ein Bücherbus nicht eingekauft wird. Wollt ihr das oder wollt ihr das nicht? Es kostet uns 300.000 Euro.

Oder es hat diese oder jene Auswirkung, wenn wir den Pollheimerpark sanieren – eine Mio. Euro. Wollt ihr das oder wollt ihr zuerst etwas anderes? Fragen wir die Bevölkerung, gehen wir zu den Leuten, diskutieren wir mit ihnen. Dann kann darüber entschieden werden, was die Politik tatsächlich machen soll.

Das vierte von Cicero definierte Ziel ist die Zahlung an andere Regierungen – diese müssen reduziert werden. Hier muss ich jedoch Vzbgm. Wimmer freisprechen, er hat hier wenig Spielraum. Tatsache ist, wir schaffen es nicht diese Zahlungen aufgrund der gesetzlichen Vorgaben an das Land OÖ zu reduzieren. Ganz im Gegenteil! Das Land verlangt jedes Jahr immer mehr. Allein im Jahr 2015 werden dies 29 Mio. Euro sein. Dieser Betrag stieg um 5,8 %. Der Rückfluss vom Land beträgt nur 11 Mio. Euro. D.h. unsere ganze Neuverschuldung (18 Mio. Euro) könnten wir uns sparen, wenn wir an das Land keine Transferzahlungen leisten müssten. Hier muss es irgendeine Initiative geben. Oberösterreich steht in diesem Bereich absolut an der Spitze. Soviel wie in Oberösterreich wird in ganz Österreich keiner Gemeinde abverlangt. Es gehört eine Initiative gegenüber dem Land OÖ gesetzt.

Werden diese Dinge zusammengefasst werden und man sich fragt, welche Ziele erreicht oder nicht erreicht wurden, so möchte ich nochmals wiederholen:

Ziel 1 – Haushalt ohne Neuverschuldung auszugleichen – ist verfehlt.

Ziel 2 – keine neuen Schulden – ist verfehlt.

Ziel 3 – Reformen umsetzen – ist verfehlt.

Ziel 4 - weniger Zahlungen an das Land – ist verfehlt.

Wird der Schluss von Cicero weitergeführt, wissen wir über kurz oder lang sind wir bankrott. Jetzt kommt die interessante Frage: Wer trägt dafür die Verantwortung? Es wäre doch zu leicht dem Herrn Bürgermeister oder dem Herrn Finanzreferenten die Schuld zu geben. Schuld sind – das muss ich selbstkritisch zugestehen – wir alle. Wir alle sitzen hier, erheben Forderungen, weil wir eine Klientelpolitik betreiben oder ein Projekt für uns besonders wichtig ist.

Lieber Mag. Teubl, an ihre Adresse gerichtet: Alleine die Forderungen der GRÜNEN kosten 12 Mio. Euro. Einerseits proklamieren sie den Spargedanken und sagen wir müssen unbedingt einsparen, andererseits verlangen sie die unverzügliche Umsetzung von Maßnahmen, die 12 Mio. Euro kosten. Damit hätten wir unsere Schuldenlast auf einen Schlag nochmals verdoppelt, nämlich von 14 Mio. Euro auf 26 Mio. Euro. Das kann ich nicht nachvollziehen. Es ist eine populistische Politik, die sie verkaufen wollen, dass sie auf einer Seite die Schulden geiseln und auf der anderen Seite Projekte fordern, die neue Schulden verlangen. Wir müssen daher einmal selbstkritisch darüber nachdenken, ob wir uns diese betriebene Klientelpolitik, ob dies die ÖVP mit der Wirtschaft oder die GRÜNEN mit der Umwelt ist usw., tatsächlich weiter leisten können in

dieser Art und Weise. Vor allem ist mir wichtig, ob wir uns nicht einmal trauen sollten, diese ständig eingeforderten Reformen einmal tatsächlich umzusetzen.

Es wird daher für die nächsten Budgets, wenn wir eine Trendumkehr schaffen wollen, ein Reformkonvent erforderlich sein, wo man sich auf einer breiten Basis, ähnlich wie es in der Steiermark bereits passierte, dazu bekennt, dass es auch eine Aufgabenreduktion geben muss. Eine Aufgabenreduktion, wo wir als Stadt Wels sagen, nein wir wollen uns zukünftig keinen Bücherbus mehr leisten, weil! Wir können doch verlangen, dass die Menschen in Wels in die städtische Bibliothek gehen. Das gibt es in so vielen Bereichen, wo wir uns diese Frage stellen müssen. D.h. aber nicht, dass es nicht sinnvoll wäre einen Bücherbus zu haben. Um das geht es nicht. Es gibt so viele Maßnahmen, die notwendig wären. Es geht darum sich zu fragen, was wollen wir uns in Zukunft noch leisten, sodass unsere Ausgaben unseren Einnahmen entsprechen. Es muss ein breiter Konsens sein. Diesen Konsens sollten wir suchen.

GR. Reindl-Schwaighofer: Es wurden sehr viele Punkte angesprochen, die ich kommentieren möchte. Außerdem werde ich versuchen, den Standpunkt der SPÖ-Fraktion in dieser Debatte als Fraktionserklärung deutlich zu machen.

Die Budgeterstellung war sehr harmonisch. Es gab mehrere Besprechungen, in denen die verschiedenen Projekte diskutiert und verschiedene Standpunkte geäußert wurden. Wie bereits von Vzbgm. Dr. Rabl ausgeführt, wollen wir viele Vorhaben angehen – doch müssen wir uns diese auch leisten können.

Ganz besonders freut mich, dass Vzbgm. Wimmer heute ein Budget vorstellte, welches wieder ausgeglichen ist. Ganz egal wie sie das bewerten. Meiner Ansicht nach ist es bemerkenswert, wenn wir wissen, dass allein in Oberösterreich heuer 180 Gemeinden keinen ausgeglichenen Haushalt schaffen werden. Wir leiden noch immer unter der tiefgreifenden Finanz- und Wirtschaftskrise seit 2008. Das hat natürlich Auswirkungen auf die öffentlichen Haushalte. Bemerkenswert ist es auch, wenn wir wissen, dass das Wirtschaftswachstum für heuer in Österreich auf unter 1 % revidiert wurde und wir im letzten Quartal dieses Jahres eine Schrumpfung der Wirtschaft in Österreich verzeichnen werden.

Das Land Oberösterreich hat noch immer das System der Transferzahlungen, das den Gemeinden Oberösterreichs die Finanzkraft nimmt. Das trifft vor allem die Kommunen mit gut ausgebauter Infrastruktur und hoher Lebensqualität, eben auch die Stadt Wels. Dieses Transfersystem zwischen dem Land OÖ und den oberösterreichischen Kommunen hat eine starke Intransparenz und ist sehr unausgewogen. Eine durchschnittliche oberösterreichische Gemeinde hatte 2012 pro Einwohner 263 Euro mehr an das Land bezahlt, als es von diesem erhielt. Im Vergleich dazu: österreichweit liegt dieser Durchschnitt bei 170 Euro. In oberösterreichischen Gemeinden werden alleine durch das Transfersystem im Jahr ca. 350 Mio. Euro vorenthalten. Diese Entwicklung ist ein wesentlicher Bestandteil der finanziell misslichen Lage der oberösterreichischen Gemeinden. Es ist der umsichtigen und innovativen Finanzpolitik unseres Finanzreferenten zuzuschreiben, dass wir seit Jahren diese negative, durch das Land OÖ. aufgedrängte Entwicklung abkoppeln konnten.

Im Übrigen ist dieses System, dass auf der einen Seite die Gelder vorenthalten werden und auf der anderen Seite die Kommunalpolitiker, Bürgermeister oder Verantwortliche

einer Stadt als Bittsteller für Bedarfszuweisungen zum Land pilgern müssen, auch demokratiepolitisch sehr bedenklich.

Wenn wir uns die vom Finanzreferenten bzw. vom Finanzdirektor vorgelegten Zahlen vergegenwärtigen, wird meine Einlassung auf die Transferzahlungen für uns sehr plastisch und konkret. Unter dem Titel Transferzahlungen an Träger öffentlichen Rechts haben wir 29,53 Mio Euro abzuführen. Alleine an das Land OÖ 29,03 Mio. Euro, was eine Steigerung von 1,58 Mio. Euro gegenüber dem laufenden Jahr 2014 bedeutet. Diese fast 30 Mio. Euro sind eine Summe, die durch die Stadt Wels nicht beeinflussbar ist. Ich möchte anhand eines Beispiels darauf hinweisen, welche Auswirkungen diese intransparente Finanzausgleichspolitik des Landes OÖ hat. Wir wissen, wir dürfen als Stadt Wels für die Medizinische Universität pro Jahr 200.000 Euro bezahlen. Gefragt wurden wir nicht! Dieser Betrag wurde vom Land OÖ einseitig festgelegt.

Wenn man sich umhört und mit den Fachleuten spricht, sagt jeder, es wäre viel sinnvoller gewesen, wenn wir als Oö. Gemeinden, die bis 2042 für diese Medizinische Universität 225 Mio. Euro bezahlen werden, zur Stärkung des oberösterreichischen Industriestandortes die Johannes-Kepler-Universität gefördert und die Technisch-naturwissenschaftlichen Studienrichtungen ausgebaut hätten. Das wäre ein wesentlicher Beitrag gewesen zur Standortsicherung und zur Absicherung der oberösterreichischen Arbeitsplätze.

Diese Kraftanstrengung ist auch notwendig, damit die Gesundheits- und Spitalreformen nicht zur Lasten der Versorgungssicherheit oder zu Lasten der Beschäftigten im Gesundheitsbereich geht. Erinnern darf ich sie an die Diskussion um die Blutbank, welche aus Wels abgesiedelt werden sollte oder an die Auflassung der kardiologischen Abteilung von Wels, die zu einer eklatanten Unterversorgung von Hausruck bis Innviertel führen wird. Versprechen bezüglich des Erhalts der kardiologischen Abteilung in Wels werden einfach ignoriert. So wird medizinische Versorgungssicherheit der Finanzierung eines Prestigeobjektes geopfert.

Ich ersuche alle GR-Fraktionen ihren Einfluss geltend zu machen, dass auch in Oberösterreich ein transparentes System des Finanzausgleichs geschaffen wird. Auch die oberösterreichischen Gemeinden brauchen zur Absicherung ihrer Handlungsfähigkeit einen vollen Ersatz für Aufwendungen, welche sich aus Bestimmungen übergeordneter Stellen ergeben.

Wenn wir heute über das Budget 2014 und 2015 debattieren und ich bereits die Wirtschaftskrise ansprach, möchte ich auch die Fragen der Steuerreform, welche zur Zeit in Österreich hitzig diskutiert werden, ansprechen. Für uns als Sozialdemokraten ist es unumgänglich die Arbeitseinkommen zu entlasten. Dabei müssen die Ziele die Senkung der Lohnsteuer und Maßnahmen gegen die kalte Progression sein, um über die gesteigerte Kaufkraft eine Belebung der Binnenkonjunktur zu erreichen. Gerade ein Handelsplatz wie Wels könnte von der gesteigerten Kaufkraft der Menschen profitieren. Vermögensbezogene Steuern und Abgaben auf große Erbschaften und Schenkungen sowie eine realistische Grundsteuer, die den Zeitwert berücksichtigt, wären für die Finanzierung der ausstehenden Steuerreform heranzuziehen. Das ist mehr als gerecht, haben doch vor allem Menschen mit kleinem und mittlerem Einkommen die Lasten der Finanzkrise zu tragen. Demgegenüber haben die Einkommen wohlhabender Menschen und Kapitalanleihen am meisten von der Rettung der Banken profitiert. Es geht auch um das Herstellen einer gerechten Lastenverteilung in unserem Land.

Das vorliegende Budget für 2015 muss von uns auch unter den gegebenen wirtschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen bewertet werden. Wir können glücklich sein, dass Wels durch seine große wirtschaftliche Kraft weiterhin handlungsfähig bleibt und in der Lage ist wichtige Projekte voranzutreiben. Wesentlicher Ausdruck dieser wirtschaftlichen Kraft sind die von den Unternehmen mit ihren MitarbeiterInnen erarbeiteten Steuern und Abgaben, die für den Budgetzeitpunkt 2015 mit rund 36 Mio. Euro zu erwarten sind. Wels braucht für die Erhaltung rund 40.000 Arbeitsplätze und zur Schaffung neuer Beschäftigung eine aktive Wirtschafts- und Standortpolitik. Es wird zu wenig sein, wenn bezüglich Wels als Handelsstadt unermüdlich über vergangene Bedeutung sinniert wird. Es bedarf neuer zukunftsweisender Strategien, die mehr beinhalten als den Erhalt jedes Parkplatzes und die Erneuerung von Pflastersteinen. Die von den Verantwortlichen bis jetzt umgesetzten Maßnahmen haben uns keinerlei Effekte gegen den Leerstand oder zur Frequenzsteigerung der Innenstadt gebracht.

Der heute vorliegende Vier-Parteien-Antrag zum Thema Wirtschaftspark, den wir später diskutieren werden, ist meiner Ansicht nach ein gutes sinnvolles Projekt zur Stärkung der Wirtschaftsregion Wels als Teil der oberösterreichischen Zentralregion. Wir als SPÖ-Fraktion sehen die Chancen dieses Verbandes sehr klar. Zukunftsweisend kann dieses Projekt nur sein, wenn auch die Gemeinden aus dem Bezirk Wels-Land, welche über attraktive, für die Betriebsansiedlung wesentliche Flächen verfügen, daran teilnehmen. Hier ist der Wirtschaftsreferent Vzbgm. Lehner gefordert mit seinen Parteifreunden zu sprechen.

Das vorliegende Budget beinhaltet im außerordentlichen Haushalt und mit dem Budget der Immo KG mit 24,31 Mio. Euro Investitionsvolumen wieder einen beachtlichen Impuls zur Absicherung oder Dynamisierung der regionalen Unternehmen mit seinen Arbeitsplätzen. Die vorliegende Investitionsliste bietet uns einen ausgezeichneten Überblick über die wesentlichen Projekte unserer Stadt. Für uns als SPÖ-Fraktion sind Investitionen in Bildungsinfrastruktur sowie Investitionen, welche die soziale Qualität absichern, ein maßgeblicher Beitrag für das Zusammenleben in unserer Stadt. Dazu zählen Investitionen in die Infrastruktur von Schulen, Kinderbetreuungseinrichtungen aber auch Sportstätten.

Exemplarisch möchte ich die Fragen rund um das Park&Ride-Parkhaus zur Verbesserung der Parksituation in der Neustadt ansprechen. Die FPÖ- und ÖVP-Mehrheit des Gemeinderates hat durch ihre Zuweisung des Antrages der SPÖ an den zuständigen Ausschuss eine Lösung bezüglich der prekären Parkplatzsituation in der Neustadt verhindert. Ihr habt verhindert, dass das Parkhaus so schnell wie möglich gebaut wird, und wenn notwendig durch Vorfinanzierung der Stadt. Ihr habt verhindert, dass für die BewohnerInnen, Betriebe, PendlerInnen die Parksituation verbessert wird, die eigentlich nicht mehr erträglich ist.

Zu Beginn meiner Ausführung lobte ich den Diskussionsprozess und das geherrschte Klima. Vielleicht hat sich der Eine oder Andere anhand der Medienberichte, die in den letzten Tagen erschienen, gedacht, dass es vielleicht gar nicht so richtig ist dieses positiv zu erwähnen. Die Diskussionen über die einzelnen Budgetansätze waren durchaus sachlich und zielorientiert. Nach einigen Stunden Diskussion wurde der nun vorliegende Budgetentwurf vereinbart.

Leider ist die FPÖ-Fraktion in Wels schon so intensiv auf Wahlkampfmodus, dass sie alles ins Visier nimmt, von dem sie vermutet, dass es eventuell bei einer Wahl, die auch

von Vzbgm. Lehner bereits angesprochen wurde, im nächsten Jahr Stimmen bringen könnte. Die Diskussion wird zwar nicht bei den Verhandlungen, beispielsweise zum Budget, aber dafür über die Medien geführt. Es ist jedoch klar, dass es um das Medienspektakel und nicht um die Entwicklung der Stadt Wels und seiner Bewohner geht.

Wenn Vzbgm. Dr. Rabl in den Medien das Personalbudget in sein Visier nimmt und über die überproportionale Aufgabensteigerungen spricht, dann gehört dazu erwähnt, dass die Personalsteigerung 3,1 % von 2014 auf 2015 ergibt. Das deckt die zu erwartenden Lohnerhöhungen und die vertraglichen Veränderungen, die sich aus dem Dienstrecht ergeben. Rechtlich vorgesehene Verbesserungen für die gesamten MitarbeiterInnen des Magistrates Wels werden in Frage gestellt. Er müsste wissen, dass die Personalsteigerung in den letzten Jahren im Großen und Ganzen für den Dienstleistungsbereich erforderlich war bzw. meistens gesetzlichen Vorgaben entsprechen. Wir sollten beachten, dass 93 % des Personals des Magistrates in den Dienstleistungsbereichen beschäftigt ist und nur 7 % im klassischen Hoheitsbereich. Der Bereich, in dem wir viele Beschäftigten haben, ist die Seniorenbetreuung, in dem durch die Steigerung des Mindestpflegeschlüssels und die qualitative Verbesserung der Pflegekonzepte aber auch durch die Schaffung neuer notwendiger Angebote, wie die Demenz-WG, mittlerweile mehr als 400 MitarbeiterInnen hervorragende Arbeit leisten. Ein weiteres Pflegeheim ist in Bau.

Im Bereich der Kinderbetreuung sind seit der Einführung des Gratiskindergartens 30 MitarbeiterInnen dazu gekommen. Zusätzlich notwendige Betreuungsangebote in den Stadtteilen Vogelweide und Wimpassing werden auch für 2015 zusätzliche Personaleinheiten erfordern. Für die schulische Nachmittagsbetreuung wurden zusätzlich vier Dienstposten geschaffen. Im Bereich der Stadtgärten und Straßenreinigung war durch zusätzliche Aufgabenstellungen eine personelle Aufstockung notwendig. Im Bereich Tierheim und Tierpark wurden zusätzliche Dienstposten geschaffen. Weitere personelle Ausweitungen wurden für die Einrichtung und Aufstockung der Ordnungswache, für die Übernahme der Aufgaben des Pass- und Meldewesens sowie für die Kompetenzerweiterung der Stabstelle Kontrolle und Revision notwendig.

Diese Aufzählung könnte beliebig fortgesetzt werden. Viele der in den letzten Jahren dazugekommenen Dienstposten mussten auf Basis gesetzlicher Vorgaben oder Beschlüsse übergeordneter Stellen geschaffen werden. Viele der neu geschaffenen Dienstposten sind auf Basis von Beschlüssen hier im Gemeinderat entstanden, nicht selten auf Initiative der FPÖ und fast immer einstimmig. Das sind die Fakten. Aber Fakten interessieren Herrn Vzbgm. Dr. Rabl besonders wenig.

Auch beim zweiten Aufreger der Woche, bei dem Vzbgm. Dr. Rabl die Steigerung der Verbindlichkeiten von 2008 bis 2015 ins Visier nimmt, geht der FPÖ-Vizebürgermeister nach bewährtem Muster vor. Er geht einerseits davon aus, dass sich die Zeitungsleser nicht daran erinnern, dass genau 2008 die schärfste Wirtschaftskrise seit 1929 seinen Anfang nahm und in den folgenden Jahren voll die Stadt Wels traf. Alleine aus den Bundesertragsanteilen sind der Stadt Wels in diesem Zeitraum 30 bis 40 Mio. Euro an Einnahmen entgangen. Kein ernstzunehmender Volkswirtschaftler hätte uns angesichts der Wirtschaftskrise empfohlen, die öffentlichen Ausgaben zurückzufahren und wir hätten der regionalen Wirtschaft und seinen Beschäftigten keinen großen Dienst erwiesen, wenn wir die Investitionstätigkeit eingestellt hätten. Zum Zeitpunkt der diversen Beschlüsse sah dies auch die FPÖ so, sind doch nahezu alle Darlehensaufnahmen immer

auch mit den Stimmen der FPÖ beschlossen worden. Nahezu alle – eine nicht! Das sind die Fakten, aber diese interessieren dem FPÖ-Vizebürgermeister Dr. Rabl nicht.

Demgegenüber steht ein Wohnbaureferent der Stadt Wels, der in seinem Wirkungsbereich nicht durch zielführende Aktivitäten auffiel. Die wesentlichen wohnbezogenen Initiativen entstammen dem SPÖ-Leitantrag Leistbares Wohnen. Wortmeldungen oder Einlassungen von Vzbgm. Dr. Rabl sind vor allem in den Bereichen der KollegInnen aus dem Stadtsenat manifest. Jetzt hätte er aber die Chance gehabt in seinem engeren Wirkungsbereich Gutes zu tun – er hat es verpasst! Es ist nämlich nahezu ein Witz, wenn wir in Oberösterreich fast 50.000 Wohnungssuchende haben, in Wels rund 1.700, und der Oö. Landtag beschließt mit den Stimmen der ÖVP, FPÖ und GRÜNEN die Kürzung des Oö. Wohnbaubudgets um 2,5 Mio. Euro. Das obwohl wir eigentlich eine Wohnbauinitiative brauchen würden, wenn wir uns die Liste der Wohnungssuchenden anschauen.

Die FPÖ-Politik schaut anders aus. Wohnbeihilfen werden gekürzt, die Sanierungsquote gesenkt, die Wohnungen werden nicht mehr barrierefrei ausgestattet. Vor kurzem hat Landesrat Dr. Haimbuchner, anscheinend auch mit Unterstützung von Vzbgm. Dr. Rabl, einen Standardausstattungskatalog für Wohnungen erlassen, welcher beispielsweise die Anzahl der Stromdosen und Internetanschlüsse reglementiert. Das mag schon gut sein – aber guter Wohnstandard ist offensichtlich für die FPÖ nicht für Menschen mit geringem Einkommen. Dass die FPÖ-Politik zu Lasten der Wohnungssuchenden in Oberösterreich (auch in Wels) geht – machen sie sich selbst ihr Bild. Ich bin überzeugt, wir werden auch im kommenden Jahr darüber noch öfter reden und im September den Abschluss finden.

Ich möchte sie ersuchen mit uns gemeinsam den vorliegenden Budgetentwurf zu beschließen und bin überzeugt davon, dass dieses Budget wieder ein wesentlicher Schritt für die Weiterentwicklung unserer Stadt ist.

StR. Huber: Ich möchte mich zunächst bei Finanzreferenten Vizebürgermeister Hermann Wimmer und der Finanzabteilung bedanken, dass es ihnen wieder gelungen ist ein ausgeglichenes Budget zu erstellen, das Vieles möglich macht.

Und wenn jetzt medial immer wieder von Rekordschulden der Stadt die Rede ist, dann finde ich das schlichtweg als Gemeinheit. In einer bezahlten Einschaltung der FPÖ in den Nachrichten sprechen sie von einer prekären Finanzsituation und gleichzeitig rühmen sie sich, die Freiheitlichen haben für die WelsInnen die Sanierung der Fußgängerzone, die Umsetzung des Masterplanes Friedhof und vieles mehr durchgesetzt. Da kann man sich schon ein wenig als dumm verkauft fühlen, denn das alles kostet Geld und wird durch Darlehen finanziert. Wenn Vzbgm. Lehner nun dem Finanzreferenten Rekordschulden vorwirft und gleichzeitig ein neues Altersheim in der Pernau, etliche Schulprojekte - der Kaiser-Josef-Platz sei nicht mehr zeitgemäß - fordert, dann weiß ich nicht – haben wir im Lotto gewonnen? Das kostet alles Geld, das müssen wir aufnehmen.

Über 70 Initiativanträge und Dringlichkeitsanträge wurden im abgelaufenen Jahr gestellt – alle haben getan, als spiele Geld keine Rolle und jetzt sprechen sie von Rekordschulden. Wo blieb da ihre Zurückhaltung?

Lassen Sie mich die positiven Dinge nennen: In nach wie vor schwierigen finanziellen Zeiten werden wir auch 2015 wieder rege investieren, um positive konjunktur- und arbeitsmarktpolitische Akzente zu setzen, um die Stadt voran zu bringen und die Infrastruktur zu erhalten. Es ist wieder gelungen, den Sozial- und Jugendbereich in vielen Bereichen abzusichern und auszubauen. Ich denke hier nur an das Quartier Gartensstadt oder an die präventiven Hausbesuche. Es sind Mittel für den Jugendtreff Noitzmühle, für das neue Alten- und Pflegeheim in der Hans-Sachs-Straße und für die neue WG für demenzerkrankte Menschen präliminiert. Walter Teubl – die Mittel für den Jugendtreff sind nicht verschwunden, ich brauche diese nicht wieder budgetieren, wenn sie bereits vorhanden sind, 700.000 Euro stehen zur Verfügung.

Wissen Sie eigentlich, dass wir als einzige Stadt einen Weihnachtzuschuss als freiwillige Leistung auszahlen – heuer waren es rund 260.000 Euro bei 1500 Anträgen. Ja, Wels ist eine soziale Stadt und ich bin stolz darauf.

Seit Jahren machen die Grünen die Budgetpolitik der Stadt madig. Sie reden von einer Schuldenpolitik und kritisieren die Investitionsvorhaben, die sowieso nur „auf Pump“ möglich seien – wie dies Kollege Teubl im Vorjahr wortwörtlich formulierte.

Ja, wir nehmen Darlehen dafür auf, ja - wir schaffen damit Vermögen für die Welserinnen und Welser. Haben sie dies aus dieser Sichtweise schon einmal betrachtet? Wir investieren in Schulen, Straßen und öffentliche Beleuchtung. – Wer von ihnen baute sich eigentlich ein Haus ohne Schulden? Fast jeder Häuslbauer nimmt einen Kredit auf und schafft gleichzeitig für sich und seine Familie eine Wertanlage. Stellen wir doch einmal dar, welches Vermögen wir auf der anderen Seite Jahr für Jahr für die WelserInnen durch neue Grundstücke, neue Gebäude, etc. bilden. Ich hörte von Mag. Lehner betreffend Facilitymanagement es sind über 100 Gebäude im Eigentum der Stadt. Stellen wir doch einmal diesen Wert dar, dann sieht die Schuldenseite schon ganz anders aus.

Ich kann auch die Diskussion mit der hohen Personalquote nicht mehr hören. Immer werden Äpfel mit Birnen vergleichen: Die Stadt Wels, die vieles selber macht, kann sich nicht mit Städte vergleichen, die vieles oder gar alles ausgegliedert haben. Vergleiche bringen nur etwas, wenn Sie vergleichbar sind.

Wenn ich die Personalkosten nicht mehr unter Personalkosten im Budget darstelle, weil ich Teile ausgegliedert habe, dann heißt das doch nicht, dass wir dadurch keine Kosten mehr haben – nein, der Sachaufwand steigt halt um jenen Betrag. Diese Diskussion wird doch immer nur geführt, um Stimmung gegen SPÖ und die Magistratsbediensteten zu machen. Ich kann auch nur anführen, dass von unseren 1501 MitarbeiterInnen, nur 7,73 % im Hoheitsbereich arbeiten, 37,6 % in den Dienstleistungen und 54,6 % im Bereich Soziales und Kindergärten, Horte und Schulen - also der Großteil unserer MitarbeiterInnen arbeitet direkt für die Welser Bevölkerung.

Sind wir doch einfach einmal stolz darauf, dass wir 1501 MitarbeiterInnen einen sicheren Arbeitsplatz anbieten können. Dass die Familien unserer MitarbeiterInnen wissen, Papa, Mama können sich auf ihren Dienstgeber verlassen. Das ist auch ein Stück Sicherheit, was unsere BürgerInnen brauchen.

Stellt man die Gesamtausgaben für soziale Wohlfahrt und Wohnbauförderung inkl. der eigenen Altenheime gegenüber, dann ist es trotz schwieriger Zeiten gelungen, die Kos-

ten von gesamt 65 Mio. Euro konstant zu halten. Alleine für die Menschen in den Alten- und Pflegeheime geben wir jährlich 7 Mio. Euro an Unterstützung aus, weil mitunter auch einfach die Pension viel zu klein ist.

Apropos Pensionen: Für viele Frauen in meinem Alter kam jetzt das große Erwachen, als die ersten Berechnungen für das Pensionskonto ins Haus flatterten. Der lebenslange Durchrechnungszeitraum, durchgesetzt von einer blau-schwarzen Regierung, trifft vor allem Frauen, die bei den Kindern zu Hause blieben, die dann vielleicht nur Teilzeit arbeiten gingen oder auch studiert haben, weil sie sich darauf verließen, dass die besten 15 Jahre für ihre Pension zählen würden. Die sind jetzt ziemlich verlassen...

Kommen wir zur bedarfsorientierten Mindestsicherung: Es werden derzeit durch die BMS 1100 Personen - ein Drittel davon sind Kinder – unterstützt. Von den rund 800 volljährigen Unterstützten haben 75 % einen AMS-Bezug. Der Rest bezieht Kinderbetreuungsgeld, Lohn, Unterhalt oder Krankengeld. Nur rund 12 % leben ausschließlich von der BMS – das nur zu der immer so gerne gestreuten „sozialen Hängematte“. Viele BMS-BezieherInnen bekommen also so wenig Arbeitslosengeld, dass sie eine Zuzahlung zur bedarfsorientierten Mindestsicherung erhalten. Und dies im zweitreichsten Land Europas, im siebtreichsten Land der Welt. Das muss doch zu denken geben.

Erlauben sie mir auf den Jugendbereich einzugehen: Ich habe den Auftrag erteilt, die Jugendarbeit 2015+ neu aufzustellen und hier alle Überlegungen, die es in diesem Bereich gibt, miteinfließen zulassen. Im Ausschuss wurde ja bereits ausgiebig diskutiert. Es gibt eine Grobanalyse über das Thema Ausgliederung der Jugendtreffs und es gibt ein Angebot des KDZ - Kosten 8.500 Euro. Im Ausschuss einigten wir uns darauf, die Arbeitsgruppe wird sich überlegen was sie benötigt, ob sie auch das Angebot des KDZ braucht. Das wurde besprochen und zur Kenntnis genommen.

Zum Thema Ausgliederung der Alten- und Pflegeheime: Seit Freitag gibt es einen umfassenden Bericht. Lieber Kollege Dr. Rabl, wenn du jetzt so tust als ob du noch nie etwas davon hörtest ... Wir haben doch gestern darüber gesprochen, ob wir diesen Bericht dem Stadtsenat präsentieren sollen oder in anderer Form. Also, du weißt es sehr wohl.

Zwischenruf Vzbgm. Dr. Rabl: Ich habe diesen noch nicht bekommen!

Bgm. Dr. Koits: Bitte keinen Dialog!

StR. Huber: Also das immer so darzustellen, die FPÖ weiß von nichts – das stimmt einfach nicht! Das lasse ich nicht so auf mir sitzen!

Lieber Kollege Mag. Teubl, ich hoffe auch, dass wir im nächsten Jahr endlich grünes Licht für den Jugendtreff Noitzmühle geben können. Wie gesagt, das Geld ist vorhanden. Lt. Auskunft des Herrn Baudirektors wird mit dem Grundstückeigentümer in den nächsten ein, zwei Monaten eine Einigung erzielt werden. Dann können wir damit beginnen.

Werte KollegInnen, lassen Sie mich zum Schluss kommen. Natürlich ist der Sozialbereich der größte Brocken im Budget, aber sehen wir dahinter die Menschen, die unsere Unterstützung brauchen nicht immer als Kostenfaktor an. Und erlauben Sie mir, mich

abschließend bei allen in diesem Bereich tätigen Menschen für ihre Arbeit in der Stadt Wels zu bedanken.

Und zu guter Letzt ein Appell an uns alle Verantwortlichen: Machen sie nicht immer diese Stadt und ihr Budget so madig – sind sie doch endlich mal stolz auf die Dinge, die wir für die Welserinnen und Welser möglich machen. Reformen werden wir sicher angehen müssen, aber das Geld für die heute geforderten Projekte können wir ganz sicher mit Reformen nicht abdecken. Wenn wir eine Aufgabenreform ansprechen, dann sind wir doch so ehrlich – eine Aufgabenreform in einem Wahljahr hat es noch nie gegeben!

StR. Zaunmüller: Dort anschließen möchte ich, wo Kollegin Silvia Huber aufhörte, nämlich stolz zu sein und einmal Danke zu sagen. Ein herzliches Dankeschön an sämtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in meinem Referat. Ich bin überzeugt davon – zwei Jahre konnte ich mir persönlich einen Eindruck verschaffen –, dass hier wirklich ganz ausgezeichnet und solide gearbeitet wird. Egal ob dies die MitarbeiterInnen in der Verwaltung der Kindergärten sind oder ob dies die KindergärtnerInnen sind. Gerade diese Gruppe betreuen die wichtigsten Menschen in unserem Leben, nämlich die Kinder und Kindeskind, diese bedürfen einer ganz großen Betreuung. Diese ist bei uns in den städtischen Kindergärten sichergestellt. Ich gebe ihnen aber auch recht, dass wir zu wenige Plätze haben. Sie finden in mir einen Verfechter, der sagt, hier ist große Luft nach oben. Strengen wir uns gemeinsam an, um einen möglichst großen Deckungsgrad zu erreichen.

Ein Dankeschön aber auch an die KollegInnen der Abteilung Schule. Auch hier wird wirklich brav gearbeitet. Ich freue mich immer wieder um die Unterstützung der MitarbeiterInnen. Ein Dankeschön an dieser Stelle an die DiplompädagogInnen, die wirklich in schwierigen Situationen kühlen Kopf bewahren und die wirklich mit ganz großen Herausforderungen zu kämpfen haben. Das liegt einfach in der Entwicklung der Pflichtschulen, in der Entwicklung der SchülerInnen, die die Welser Pflichtschulen besuchen. Hier wird Maximales geleistet. Auch an dieser Stelle ein herzliches Dankeschön.

Wir haben ein umfangreiches Sanierungs- und Entwicklungsprogramm im Bereich Schule vor uns. Die VS 7 Puchberg, die jetzt budgetär eingebucht ist, ist unser nächstes Projekt. Das ganz große Projekt, die VS in Wels-West, wird alle Kräfte entsprechend fordern. Ich ersuche sie um eine konstruktive Mitarbeit, dass wir in diesem Stadtteil eine ordentliche Lösung finden.

Noch nicht eingegangen wurde auf den Herminenhof. Dieser ist eine Kulturstätte par excellence. Viele andere Städte würden uns um so eine Institution beneiden. Im Herminenhof haben wir die Stadtbücherei mit der 60 Jahre Museal-Verein - Festveranstaltung. Die Verantwortlichen sagten mir, dass das Stadtarchiv einen unschätzbaren Fundus für die Welser Kultur und für die Welser Geschichte darstellt. Die Stadtbücherei leistet einen wertvollen Beitrag zu einer Erwachsenen-, aber auch Kinder- und Jugendfortbildung. 72.000 Entlehnungen pro Jahr führen deutlich vor Augen, wie wichtig die Bücherei ist.

Wie gesagt, das ist der einzige Punkt, bei dem ich mit Herrn Mag. Teubl der gleichen Meinung bin – ja, den Bücherbus halte ich nach wie vor für eine wichtige Einrichtung. Ganz egal in welcher Ausführung, in welcher Ausstattung mit technischen Medien u.ä.,

halte ich den Bücherbus für unverzichtbar. Es gibt Personen, denen es nicht möglich ist in die städtische Bücherei zu kommen aufgrund ihrer körperlichen Verfassung oder aufgrund ihrer Jugend. Diese sind auf den Bücherbus angewiesen.

Da ich persönlich von Herrn Mag. Teubl angesprochen wurde, ein paar Dinge zur Klärung: Sie sagten, die Sprechstage, das Boogie-Woogie-Festival und die Literaturpflege wurden nicht oder nicht im entsprechenden Ausmaß bedeckt. Dazu kann ich sagen, Frau Dr. Miglbauer hat dies dankenswerterweise in der letzten Stunde recherchiert, sowohl die Sprechstage als auch das Boogie-Woogie-Festival wurden wie bisher unterstützt. Die von ihnen monierte Herabsetzung der Literaturpflege liegt daran, weil der Subventionswerber sein Ansuchen zurückzog. Somit verringert sich natürlich auch der entsprechende Budgetansatz. Herr Mag. Teubl, sie haben hier entweder schlecht recherchiert oder es gibt einen anderen Grund, sonst könnte man dies nicht einfach so behaupten.

Wo ich mich ganz besonders verwehre, Herr Mag. Teubl, ist, dass sie die Welser Kultur und die Welser Kulturlandschaft herabwürdigen. Sie sagten, wo bleibt das kulturelle Profil der Stadt Wels oder ich habe es so verstanden, es ist zu wenig in Sachen Kultur los oder zu wenig Kultur, welche gerade ihnen aus ideologischen Gründen gefällt. Genau das Gegenteil ist der Fall. Ein Beispiel: Ein großes Unternehmen siedelte sich im letzten Jahr in Wels an. Der Geschäftsführer verbrachte in Vorbereitung auf diese Ansiedelung ca. ein Jahr in Wels. Bei einer Betriebsbesichtigung sagte dieser zu mir: „Herr Stadtrat, ich bin überrascht. Ich komme viel in Österreich herum. Ich kenne alle Bezirkshauptstädte Oberösterreichs, aber so ein vielfältiges, breites Kulturprogramm, das die Stadt Wels anbietet, habe ich in einer Stadt dieser Größenordnung überhaupt noch nie gesehen. Es ist eine Stadt mit blühendem Kulturangebot.“

Es kann sein, dass sie Herr Mag. Teubl, hier nicht ganz den Überblick haben. Ich kann ihnen versichern, ich bin beinahe jeden Tag auf einer Kulturveranstaltung – wir beide treffen uns dabei sehr selten. Entweder gehen sie sehr wenig auf Kulturveranstaltungen oder nur auf Veranstaltungen, die für sie opportun sind. Ich lasse mir von ihrer Aussage nicht herabwürdigen, z.B. die Burggartenkonzerte. Ein ausgezeichnete Zyklus, der bereits für nächstes oder übernächstes Jahr fertig geplant ist. Oder z.B. den Welser Arkadenhof – Kultursommer, der seinesgleichen sucht. Ich lasse mir nicht herabwürdigen „Wie schön ist Wels“, die jedes Jahr 10.000 bis 12.000 SchülerInnen Kunst und Kultur nahe bringt, das Stadttheater Wels mit den ausgezeichneten Jugend-Abos, wo mit sehr wenig Geld die jungen Leute mit Kunst und Kultur in Berührung kommen.

Bei der YOUKI – die einzige Veranstaltung, wo wir uns beide trafen – waren 500 Einsendungen aus 43 Ländern der Welt. Wenn das nicht Kultur vom Allerfeinsten ist - music unlimited. Das Medienkulturhaus oder das kabarettistische Angebot würde besser für ihre Wortmeldung passen betreffend Kunst und Kultur im Welser Kornspeicher.

Meine Damen und Herren, ein herzliches Dankeschön an alle Beteiligten der Kunst- und Kulturszene. Ein herzliches Dankeschön an die Abteilungen Kindergarten und Schulen bzw. an deren MitarbeiterInnen.

Durchaus versöhnlich möchte ich mit meiner Wortmeldung schließen. Ich wünsche ihnen schöne Feiertage, einen schönen Advent und ein frohes Weihnachtsfest.

StR. Kroiß: Zuerst ein Dank an Herrn Baudirektor DI. Karl Pany, Dr. Kröpl und Dr. Spitzer, allen DienststellenleiterInnen und allen Bediensteten des Magistrates der Stadt Wels, die mich bei der Erstellung des Budgets unterstützten. Es geht nicht darum, dass die FPÖ Stimmung gegen das Personal des Magistrates macht, das möchte ich auf das Schärfste zurückweisen. Wir wissen genau welche tollen Leistungen diese MitarbeiterInnen vollbringen. Es wird doch noch gestattet sein, aus der Sicht der Politik die Personalkosten zu diskutieren.

Wie in den vergangenen Jahren wird mein Budget für Straßenneubauten, für Verkehrsmaßnahmen, für Sanierungsmaßnahmen, für Verkehrssicherheitsmaßnahmen, für das Feuerwesen verwendet. Aufgrund des knappen Budgets ist es notwendig sich ganz genau zu überlegen, wann und wo wir welche Maßnahmen setzen. Geschätzter Kollege Mag. Teubl zu ihrer Aussage betr. Alleebäume muss ich sagen, für diese ist sehr wohl Ersatz vorgesehen. Entweder werden sie noch heuer oder spätestens im Frühjahr 2015 gepflanzt. D.h. wir bekommen dort wieder Alleebäume.

Die Liste der Bauvorhaben setzt sich aus der gesetzlichen Notwendigkeit zusammen aufgrund von Straßenerweiterungen und von Verkehrssicherheitsmaßnahmen. Wir haben eine lange Liste von Straßensanierungsmaßnahmen, die wir abarbeiten müssen, wie beispielsweise entstandene Schäden durch Frost. Das eigentliche Straßenbauprogramm sollte im Jänner diskutiert und beschlossen werden. Wir werden versuchen alle Bauvorhaben unterzubringen, viele Wünsche der Bevölkerung zu erfüllen. Aufgrund der Budgetansätze können natürlich nicht alle Wünsche erfüllt werden. Gerade im Straßenbau benötigen wir mehr Geld. Im Speziellen für die Abfahrt der A 8 Wels-Wimpassing, für Straßensanierungsmaßnahmen. Wenn beispielsweise eine Teilsanierung der Hans-Sachs-Straße 180.000 Euro kostet, dann wissen wir, dass ein 3 Mio.-Budget sehr schnell verbraucht sein wird.

Ein großes Thema, für welches Planungskosten (100.000 Euro) vorgesehen sind, ist der Bau der Parkgarage in der Neustadt. Alle Parteien sind sich einig darüber, dass dieses Vorhaben umgesetzt werden muss, damit diese unendliche Geschichte ein positives Ende findet. Im Jahre 1997 schickte Bürgermeister Bregartner einen Brief an die ÖBB mit dem er damals bereits auf die Thematik hinwies. 2004 wurde der Bahnhof gebaut ohne Parkhaus, weil man sich nicht einig wurde. Über mein Betreiben wurden die Gespräche mit den ÖBB wieder aufgenommen. Die Stadt Wels erarbeitete einen Plan für 500 Parkplätze. Derzeit gibt es einen Planungsvertrag von den ÖBB, welcher mit dem Planungsvertrag der Stadt Wels weit auseinander divergiert, was die Kosten betrifft.

Wenn dann der FPÖ und ÖVP vorgeworfen wird, dass wir daran Schuld seien, dass heute kein Beschluss gefasst wird, kann ich nur sagen, hätten wir diesen Planungsvertrag unterschrieben, dann hätten wir diese 10 Mio. Euro, welche die ÖBB für die Errichtung vorschrieb, bezahlen müssen. Mit dem Herrn Bürgermeister bin ich einig, dass wir weitere Verhandlungen führen müssen, damit die Kosten weniger werden. Es gibt wesentlich geringere Berechnungen der Stadt Wels und es gibt die Berechnungen der ÖBB. Eines ist klar, wenn wir diese 10 Mio. Euro unterschreiben, dann wird dieser Bau auch 10 Mio. Euro kosten. D.h. wir sollen und müssen hier weitere Verhandlungen führen, auf politischer Ebene weitere Gespräche führen, damit wir entweder von diesen 10 Mio. Euro runter kommen oder auf der anderen Seite andere Lösungsmöglichkeiten suchen, wie wir als Bauherr selbst diese Garage billiger bauen könnten oder wir akzeptieren diesen Preis. Darüber gehört im Gemeinderat abgestimmt, ob wir diesen Preis

zur Kenntnis nehmen. Eines ist mir schon klar, wir müssen endlich zu einem positiven Abschluss kommen, damit wir diese prekäre Parksituation in der Neustadt beenden. Aber ich verwehre mich hier als großer Verhinderer dazustehen so als hätten die ÖVP und FPÖ einen positiven Abschluss dieses Planungsvertrages verhindert. Das entspricht in keiner Weise den Tatsachen. Wir sollten selbstverständlich versuchen die Kosten für das Parkhaus zu verringern.

Ansprechen möchte ich die Umweltkarte der Linie Wels, die wir auch weiterhin unterstützen können, damit Welser Bürger um 250 Euro das ganze Jahr über mit der Linie Wels unterwegs sein können. Das ist ein wichtiger Bereich zur Förderung des öffentlichen Verkehrs.

Natürlich gab es auch in meinem Bereich Budgetkürzungen, gerade den Fahrradverkehr betreffend schmerzt mich das sehr. Wir können nur die gesetzlich notwendigen Markierungen durchführen.

Viel mehr Sorgen macht mir jedoch die geplante Steuerreform auf Bundesebene. Diese Steuerreform wird sich negativ auf die Kommunen auswirken, weshalb wir uns im Frühjahr 2015 Gedanken darüber machen müssen, welche Budgetkürzungen vorgenommen werden müssen. Gerade im Bereich des Straßenbauprogramms wäre es fatal, wenn wir die geplanten Projekte verschieben oder verkleinern müssten.

StR. Raggl-Mühlberger: Nach der heutigen Sicht und den heutigen Prognosen ist es durch eine leichte Steigung der Ertragsanteile möglich 2014 den ordentlichen Haushalt ohne Rücklagenentnahmen zu bedecken. An dieser Stelle möchte ich mich ganz herzlich bedanken bei Herrn Vzbgm. Wimmer und seinen Mitarbeitern für die Erstellung und die detaillierte Erarbeitung des Budgets 2015. Ganz besonders bedanken möchte ich mich aber bei allen Mitarbeitern aus meinem Ressort auch für die gute Zusammenarbeit.

Für die Berechnung der Ertragsanteile 2015 wurden die Prognosen von September 2014 herangezogen. Dadurch können wir den Haushalt 2015 nur mehr mit einer Rücklagenentnahme von 2 Mio. Euro decken. Zu denken geben sollten uns aber die Prognosen für die nächsten Jahre, da wir aus heutiger Sicht den Haushalt 2016 nicht mehr bedecken können. Wir wissen auch nicht wie weit die Steuerreform die Gemeinden zur Kassa bitten wird. Aus den Unterlagen ist ersichtlich, dass wir einen Schuldenstand von 76 Mio. Euro erreichen. Das ist auf der einen Seite zwar sehr besorgniserregend, auf der anderen Seite werden aber sehr wichtige Projekte für die Stadt realisiert. Es ist immer sehr schwierig die richtige Balance zwischen Sparen und den Mut für notwendige Investitionen zu finden. Jedes Jahr beschließen wir im Gemeinderat sehr viele Initiativanträge, die aber auch in ihrer Ausarbeitung viel Geld kosten.

Das im Budgetbegleitschreiben 2013 geforderte Optimierungskonzept im Bereich der Abfallwirtschaft werden wir mit Februar 2015 umsetzen, da wir dann mit der Tourenoptimierung beginnen können.

Wie auch im Jahr 2014 wurde das Budget für die Umweltförderungen mit 150.000 Euro angesetzt. Bereits jetzt im November sind 82 % davon ausgeschöpft, d.h. wir haben ca. eine Wartezeit von einem Jahr. Wir würden in etwa zwischen 220.000 und 250.000 Euro benötigen, um innerhalb von einem Jahr die Förderungen auszuzahlen. Wir dürfen

dabei nicht vergessen, dass diesen Förderungen Investitionen von Privaten vorausgehen. 2015 laufen die Umweltförderungs-Richtlinien aus. Ich bitte sie schon heute um die Zustimmung und Unterstützung der neu erarbeiteten Förderungen.

Es freut mich aber, dass wir im Bereich der Parkanlagen ein zusätzliches Budget bekamen. Wir können Spielplätze für die Eschenbachstraße, Wildgansstraße, Dragonerstraße aber auch das Traunufer attraktivieren.

Im Frühjahr möchten wir die Kampagne „Nichtrauchen auf Spielplätzen“ starten. Die Vorbereitungen für das Blühende Österreich laufen wieder, genauso wie für den Stadtball.

Nach meinem doch etwas kleineren Budget für die Sanierung der Marienwarte und des Sisi-Pavillons liegt unser Augenmerk natürlich auf der Umsetzung des Masterplans Friedhof. Dafür sind 300.000 Euro budgetiert. Starten möchten wir mit dem barrierefreien Wasser- und Abfallstellen. Derzeit werden Angebote eingeholt. Dann können wir sehen, welche Projekte 2015 realisiert werden können. Der Grillplatz und die Hundefreilaufzone wurden aus dem Budget gestrichen. Man sieht, an allen Ecken und Enden benötigen wir Geld. Es kann natürlich nicht jedes Projekt 2015 umgesetzt werden.

Es gehört einmal gesagt, dass die Stadt nicht für alles zuständig sein kann. Ich freue mich auf die Umsetzung der Projekte und auf ein spannendes Jahr 2015.

Vzbgm. Dr. Rabl: Leider hat es der Fraktionsobmann der SPÖ vorgezogen, lieber bei den Reden abwesend zu sein, weil er die Wahrheit über seine Behauptungen nicht gerne hört. Von diesem Wahlkampfgetöse und Klassenkampf abgesehen lieber Johnny, es freut mich jetzt, dass du Gelegenheit hast, meine Replik über dich ergehen zu lassen. Ich dachte, wir lassen den Wahlkampf vorerst noch draußen. Das von dir losgelassene Klassenkampfgetöse bin ich schon gewöhnt. Dass du mit deiner Partei die linkeste Position überhaupt einnimmst und links von dir nur mehr Kommunisten sind, verwundert wenig. Du tust ja so als wäre ich für die Schulden der Stadt verantwortlich. Das ist aber nicht der Fall. Immerhin regiert diese Stadt seit 1945 die SPÖ und diese ist es auch, welche die Schulden zu verantworten hat, die nur erstens durch Verkäufe des Kanals, zweitens durch Verkauf des Wels Stroms und jetzt vielleicht sogar noch durch den Verkauf der Sparkasse abgegolten werden können. Mit Verlaub – mit dem hatte ich nichts zu tun. Deswegen sage ich, dass du dich hier ein bisschen im Ton vergriffen hast. Ich kann nicht nachvollziehen, dass du mir derartige Vorhaltungen machst. Richtigstellen möchte ich in diesem Zusammenhang, dass die SPÖ für alle Neuschulden gestimmt hat, wir alleine in den letzten drei Jahren 20 Mio. Euro Schulden ablehnten. Das ist ein Drittel der insgesamt Neuverschuldung. Das hast du wieder einmal in deinen Recherchen übersehen. Aber, dass du es mit der Wahrheit nicht ganz so genau nimmst, ist ohnehin für mich nicht unbekannt.

Ich zitiere Johnny Reindl-Schwaighofer – wahrscheinlich wolltest du wieder einmal „eine Sau durch´s Dorf treiben“, deswegen behauptest du solche Dinge, die für mich nicht nachvollziehbar sind. Ich frage dich daher, wo sind die Reformen in der SPÖ, die jetzt seit 1945 ununterbrochen alleine regiert? Wo sind die Berichte? Wo ist die Aufgabe des Finanzreferenten, der hier seit Wochen und seit Jahren untätig ist? Weil er zwei Jahre Zeit hat, um solche Berichte herbeizuführen – nichts ist bisher passiert! Das sind die Fragen, die ich mir stelle. Als einzige Antwort fällt mir ein, dass man sich davor fürchtet,

derartige Maßnahmen zu setzen, weil dann laufen noch mehr SPÖ-Wähler davon, als sie jetzt schon verloren sind. Allein daraus kann ersehen werden, dass die SPÖ ständig eine Politik macht, die gegen den Bürger geht. Zuletzt zeigt sich das am Asylantenheim.

Was die aktive Grundpolitik betrifft, lieber Johnny, tut es ganz besonders weh, dass es einen Referenten gibt, der etwas weiterbringt. Ich erinnere nur an mein Programm für den geförderten Heizungseinbau, die geförderten thermischen Sanierungen, das geförderte Programm für Lifteinbauten, das geförderte Programm für Jungfamilien – alles Initiativen, die ich ins Leben rief. Betonen möchte ich, dass diese vor 2009 bekanntlich nicht vorhanden waren, sonst hätten wir sie nicht ins Leben rufen müssen. Also lieber Johnny, das ist es was die SPÖ versäumte. Jetzt hat man nicht mehr die Gelegenheit sich das Thema leistbares Wohnen „ans Hütchen zu stecken“ und als großes SPÖ-Thema damit hausieren zu gehen, weil es einen Referenten gibt, der seine Arbeit durchaus macht.

Die positiven Folgen sind ganz leicht ersehbar. Als ich 2009 das Amt übernahm, hatten wir 2000 Wohnungssuchende, jetzt sind es nur mehr 1700. D.h. wir brachten merklich etwas weiter bei der Wohnungssuche. Das ist vorher der SPÖ nicht gelungen. Vielleicht wäre es einmal Zeit selbst irgendwelche Initiativen zu setzen, die in irgendeiner Weise etwas bringen würden. Die SPÖ-Misswirtschaft war dazu jedenfalls nicht in der Lage.

Liebe Silvia, ganz kurz zu dir und zu deinen Berichten. Der erste Bericht sollte sein zur Hallenausgliederung – dieser Bericht ist nicht vorhanden oder unter Verschluss. Der zweite Bericht wäre gewesen zu den Jugendzentren – dieser Bericht ist nicht vorhanden oder unter Verschluss. Der dritte Bericht wäre gewesen zum Altersheim – der Bericht wurde nicht an die Fraktionen übermittelt oder ist unter Verschluss. Der vierte Bericht betrifft die Freizeitbetriebe – dieser Bericht ist nicht vorhanden oder unter Verschluss. Der fünfte Bericht betrifft das Facilitymanagement. Das ist der einzige Bericht, den die FPÖ bekam. Lieber Peter, ich glaube, der ÖVP ging es auch nicht anders. Ihr erhieltet auch nur diesen einen Bericht, die anderen vier Berichte fehlen nach wie vor. Dass man dies tut, ist durchaus nett und gut, aber mit Transparenz hat es in dieser Stadt nichts zu tun. Dann darf man sich auch nicht beschweren, wenn man dafür kritisiert wird. Wenn das so ist, dann ist das wohl auch mit Recht so.

Was das Referat Wohnen selbst betrifft glaube ich, dass es auch im nächsten Jahr sehr viele Initiativen gibt, die für uns sprechen. Ich bin froh über die Unterbringung im Budget. Es wird insbesondere im Bereich der Beleuchtung die LED-Technologie nochmals forciert. Wir wissen, dass sich derzeit die Investitionen in einem Zeitraum von nur fünf Jahren rechnen. Bei der Neuinstallation wird sehr viel Augenmerk auf eine Steigerung der Sicherheit durch eine bessere Ausleuchtung gelegt.

Ein wichtiges Projekt ist auch die Fußgängerzone Bäckergergasse – ein tolles Projekt, welches die Schmidtgasse, so wie sie bisher war, fortsetzt. Was den Masseplan Messe betrifft, so wird das Traunufer saniert – leider nur zu einem Geldbetrag von 200.000 Euro. Johnny, in diesem Zusammenhang war es ebenfalls die SPÖ, die es in den letzten Jahrzehnten nicht schaffte das Traunufer herzurichten. Auch das wäre einmal notwendig gewesen.

Im Bereich Tierpark wird der Haustierbereich nochmals ausgebaut. Wir wissen durch unsere Zählungen im Tierpark, dass wir weit über 180.000 Besucher pro Jahr haben, im Gegensatz zu anderen Institutionen, wie das Welios. Also sehr viel mehr Besucher bei

sehr viel geringeren Kosten. Ich würde mir wünschen in diesem Zusammenhang einmal andere Bereiche zu erwähnen.

Also so viel zur Objektivität deines Berichtes – leider bist du nicht in der Lage ein bisschen abseits von deiner Parteipolitik objektiv zu berichten und anzuerkennen, was gut gemacht wird und zu kritisieren, was schlecht gemacht wird. Es geht dir immer nur darum andere runterzudodeln, fertigzumachen oder, wie du das so schön sagst, „die Sau durch´s Dorf zu treiben“. Du solltest einmal überlegen, ob du Johnny weiter so Politik machen möchtest.

Vzbgm. Wimmer: Auch als Berichterstatter kann man sich jederzeit zu Wort melden. Das sieht unsere Geschäftsordnung vor. Ich hätte mich eigentlich nicht zwischendurch zu Wort gemeldet, wenn sich Vzbgm. Dr. Rabl nicht so aufgeregt hätte. Daher möchte ich dazu etwas beitragen ihn zu beruhigen. Wieso er heute so offensiv seinen Wahlkampf, den er bereits 2009 begann, fortsetzt, ist für mich völlig unverständlich. Er zählt irgendwelche nicht vorhandenen Berichte auf und meint sogar, ich sei dafür verantwortlich. Das ist interessant. Ich habe hier den Gemeinderatsbeschluss vom 13.12.2012. In dieser Klarheit wollte ich dies eigentlich nicht sagen, aber ich bin gerne bereit diesen Bericht durchzugehen.

Punkt 1: Burg und Minoritenmuseum, Änderung der Öffnungszeiten und Einführung von Schließtagen - wurde nicht erfüllt.

Punkt 2: Stadtbücherei, Evaluierung der Kostenstruktur – wurde nicht erfüllt.

Punkt 3: Volkshochschule Wels, Zusammenführung mit einer anderen Bildungseinrichtung – wurde nicht erfüllt.

Punkt 4: Tierpark, Erholungsraum bei freiem Eintritt, kein Zoo, heimische Tierarten – wurde nicht erfüllt.

Zwischenruf Vzbgm. Dr. Rabl: Das stimmt gar nicht! Wurde natürlich erfüllt. Es gibt einen einstimmigen Stadtsenatsbeschluss!

Vzbgm. Wimmer: Das ist der Text des Beschlusses – Punkt Tierpark wurde nicht erfüllt. Hier ein kleiner Exkurs zu den Abgängen des Tierparks. Der Abgang des Tierparks ist von 2014 mit 692.000 Euro, im Voranschlag 2015 auf 771.000 Euro gestiegen. Ganz klar sage ich dazu, ich bekenne mich zu diesem Tierpark. Ich schätze ihn. Es ist eine gute Einrichtung, ich trug jeden Beschluss mit. Wenn jetzt Dr. Rabl diese Beschlüsse auf die Waagschale legt: Bereits bei meinen Pressegesprächen heute Vormittag sagte ich, für mich ist an sich dieser Beschluss aus dem Jahr 2013 erledigt, im Wissen, dass viele Punkte nicht in dem Sinn erfüllt wurden, wie wir alle es gemeinsam vorgehabt hätten.

Zum Thema Volkshochschule fasste der Stadtsenat einen Beschluss, einen Mehrheitsbeschluss, den ich als Demokrat mittrage, dass anstelle der Zusammenführung mit einer anderen Bildungseinrichtung die Schließung der VHS Zweigstelle Gartenstadt erfolgte. Für mich ist dieses Thema erledigt. Warum das heute in dieser aggressiven Form von Dr. Rabl wieder aufgewärmt wird, ist mir absolut ein Rätsel.

Punkt 5: Fachhochschule, Vertragsprüfung hinsichtlich Kostendeckung – mir liegt darüber kein Bericht vor.

Punkt 6: Abfallwirtschaft, Referat Dr. Rabl, Prüfung Kostensenkung – mir liegt darüber kein Bericht vor.

Vzbgm. Dr. Rabl: Seit wann ist dies mein Bereich? Du kennst nicht einmal die Referatsverteilung.

Vzbgm. Wimmer: Ich dachte, das ist nun dein Bereich. Du ziehst ja alles an dich. Ich wiederhole: Abfallwirtschaft, der Text des Beschlusses lautet: Prüfung Kostensenkung – mir liegt darüber kein Bericht vor. Und so weiter und so fort.

Bgm. Dr. Koits: Kollege Wimmer, es liegt mir der Antrag auf Richtigstellung vor.

Vzbgm. Wimmer: Ja, aber nicht während ich spreche, das kommt überhaupt nicht in Frage. Man kann doch nicht eine Debatte unterbrechen.

Vzbgm. Dr. Rabl: Lieber Hermann, ich weiß das tut dir weh. Der Antrag auf Richtigstellung ist sofort zu behandeln. Ich stelle hiermit richtig, dass ich nicht für die Abfallwirtschaft zuständig bin. Es fällt in die Zuständigkeit der Frau Stadträtin Raggl-Mühlberger. Ich dachte mir du kennst die Referatszuteilung besser, aber dass du es mit der Wahrheit nicht so genau nimmst, ist auch nichts Neues.

Bgm. Dr. Koits: Jetzt ersuche ich sie wirklich, die Diskussionsformen zu wahren. Ich ersuche die Damen und Herren des Gemeinderates dringend in die ursprüngliche Diskussionsqualität zurückzukehren!

Vzbgm. Wimmer: Ich nehme zur Kenntnis, dass Herr Vzbgm. Dr. Rabl diese Berichtigung vornahm und ich daraus ersehe, dass er sich als Fraktionsobmann klar distanziert von den Aufgaben der Kollegin Raggl-Mühlberger. Er will mit ihr und ihrem Referat nichts zu tun haben. Ich nehme das sehr gerne zur Kenntnis.

Meine Damen und Herren! Dass wir hier externe Gutachten bei den Hallen usw. in Auftrag gaben, ist in absoluter Übereinstimmung mit den Kollegen Rabl und Lehner erfolgt, die beide, nachdem interne Berichte vorlagen, sagten, es wäre doch gut, das extern noch einmal ansehen zu lassen. Dieser richtigen Meinung habe ich mich angeschlossen. Es ist kein Problem diese Dinge auch von einem externen Berater untersuchen zu lassen. Dass dies aber bei so komplexen Materien, wie Seniorenwohnheime, wie Freizeitbetriebe, wie Rotax-Halle, Stadthalle, nicht von heute auf morgen geht, liegt auf der Hand. Wir haben eine Kapazität von Mitarbeitern im Haus, die nicht unbeschränkt nach oben erweiterbar ist. Daher sind diese Berichte erst in den letzten Tagen fertiggestellt und übermittelt worden. Selbstverständlich werden sie im zuständigen Organ einem Diskussionsprozess zugeführt werden.

Ich könnte nun, was die verschiedenen Punkte des Magistrates oder der Stadtverwaltung betrifft, eine Reihe von Vergleichen bringen. Das möchte ich nun unterlassen aber vielleicht die Gelegenheit wahrnehmen, um auf einige andere Dinge – das spare ich mir für das Schlusswort auf – einzugehen, die bereits gesagt wurden.

Dass Cicero vier Regeln erließ, ist bekannt. Aber es ist auch bekannt, dass Rom trotz dieser wichtigen Regeln unterging. Ich bin sehr froh über den Schlusssatz der Ausführungen des Kollegen Dr. Rabl, dass er die Frage der Aufgabenreduktion als Thema aufgriff. Hier sagte er das erste Mal die Wahrheit, nämlich die Wahrheit worauf es ihm

ankommt. Aufgabenreduktion heißt nichts anderes, als Dienstleistungen nicht mehr durchzuführen. Dienstleistungen für die Welserinnen und Welser. Dann muss aber diesen gesagt werden, welche Dienstleistungen Dr. Rabl nicht mehr möchte. Möchte er ein Pensionistenheim zusperren, möchte er einen Kindergarten zusperren, möchte er die Müllabfuhr einstellen oder die Straßenreinigung oder sonst etwas. Dann musst du die Wahrheit sagen. Darum geht es.

Bgm. Dr. Koits: Bitte 10 Minuten Redezeit für alle Debattenbeiträge!

Vzbgm. Wimmer: Nachdem ich beim Schlusswort einer Beschränkung nicht unterliege, werde ich mir den Rest für das Schlusswort sparen. Danke in der Zwischenzeit für die Aufmerksamkeit.

GR. Ganzert: Das Zukunfts- und Investitionsbudget für das Jahr 2015 stellt die Sozialstadt Wels auf eine solide Basis für die Anforderungen und Bedürfnisse der Welser Bevölkerung. Mein Dank geht an alle KollegInnen des Magistrates Wels, die bei der Erstellung des Budgets mitwirkten und dem Finanzreferenten Hermann Wimmer, der die Aufgabe meisterte ein ausgeglichenes Budget vorzulegen.

Es wurde sehr viel über Zahlen, Quoten, Prämissen usw. gesprochen. Klar ist, dass hinter den Zahlen, Daten und Fakten konkrete Projekte, konkrete Anliegen und natürlich auch Menschen stehen, die sich unsere Zuwendung erwarten und diese auch verdienen.

Exemplarisch möchte ich einige Punkte und Projekte aus dem Budget aufzeigen, um die Anstrengungen der Stadt Wels in diesem Bereich zu zeigen. Mit der geplanten Errichtung eines Jugendtreffs samt Außenanlagen in der Noitzmühle, wie z.B. Fun Court etc., trägt die Stadt Wels den Anforderungen in diesem Stadtteil Rechnung und lässt die Welser Jugend nicht stehen, sondern holt sie mit attraktiven Angeboten und Beschäftigungsmöglichkeiten ab. Damit verbunden ist selbstverständlich die starke Hoffnung und der unbedingte Wille auf Umsetzung der Beschlüsse des Gemeinderates in den zuständigen Gremien und auch die Arbeit, die seitens des Magistrates bezüglich Grundankauf etc. noch vorgenommen werden.

Hinweisen möchte ich beispielsweise auf das Beteiligungsprojekt der Jugend und des Maturaprojektes der HAK II „Wels, what else?“. Diese Jugendlichen der Maturaklasse und alle, die bei diesem Projekt mitarbeiteten, haben es sich verdient, dass die Stadt ihre Anliegen ernst nimmt, ihre Anliegen durchsetzt und die Referenten und zuständigen Abteilungen diese Dinge auch umsetzen werden.

Ich möchte sehr wohl StR. Silvia Huber in Schutz nehmen und andere KollegInnen berichtigen. Ich finde es befremdlich, dass anscheinend Ausschussmitglieder nicht immer an die jeweiligen Fraktionsvorsitzenden berichten. Es gab sehr wohl in der vergangenen Sitzung des Sozialausschusses einen Bericht über den Bereich Ausgliederung der Jugendtreffs, wie geht es damit weiter. Es gibt ein Projektteam mit dem Begriff „Jugendtreffs 2015+“, es gibt das Angebot des KDZ, wo noch weiter nachgeforscht werden kann, was die beste Möglichkeit ist. Dazu gab es, wie erwähnt, in der letzten Ausschusssitzung einen Bericht. Vollstes Verständnis habe ich jedoch, wenn der Bericht

vergangenen Freitag schriftlich vorlag, diesen nicht sofort am Montag Vormittag zu verteilen. Es ging wahrscheinlich eine andere wichtige Arbeit vor.

Natürlich gehört der beschlossene Audits für familienfreundliche Gemeinde dazu. Es gibt viele Bereiche, in denen sich die Stadt Wels in den nächsten zwei Jahren sehr viel vornimmt, um die Stadt familienfreundlicher zu gestalten.

Nicht unerwähnt lassen möchte ich die beiden neuen Alten- und Pflegeheime, des bereits in Bau befindliche Alten- und Pflegeheim Noitzmühle und das neue Leopold-Spitzer-Heim. Natürlich auch die zweite Wohngemeinschaft für Demenz, die ebenfalls dieses Jahr beschlossen wurde, im Budget enthalten ist und nächstes Jahr eine Verstärkung der bereits bestehenden WG in der Dragonerkaserne darstellen wird.

Mit dem neuen Quartier Gartenstadt in der Otto-Löwi-Straße, das ist die ehemalige Außenstelle der Volkshochschule in der Gartenstadt, setzt die Stadt Wels vor allem aber nicht nur mit der Sozialabteilung die richtigen Hebel für Gemeinschaftswesen vor Ort in dieser Siedlung. Dort können die zahlreichen Angebote der Stadt Wels in geballter Form und mit zentraler Anlaufstelle angenommen und kommuniziert werden. Dieses bietet hierbei als One-Stop-Shop ein breites Angebot für alle BewohnerInnen des Stadtteils.

Außerdem nicht auszulassen sind die geplanten präventiven Hausbesuche in der Stadt, die nächstes Jahr beginnen werden, wo allen neugeborenen Kindern ein Besuch abgestattet wird und diese über die qualitativen und quantitativen Angebote der Stadt Wels informiert werden.

Zuwendungen an verschiedene Vereine in unserer Stadt, die das gesellschaftliche Leben bereichern und mit dem zahlreichen ehrenamtlichen Engagement einen wesentlichen Beitrag zum Zusammenhalt in unserer Stadt leisten, zeigen den hohen Stellenwert, den das Vereinswesen in unserer Stadt hat.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich lade sie ein sich selbst ein Bild über die zahlreichen Angebote der Stadt Wels aber auch über viele private Initiativen im sozialen Bereich zu machen. Denn dann werden sie bemerken, wie groß das Bemühen der Stadt ist, allen Menschen, egal ob jung oder alt, eine Teilhabe am sozialen Netz unserer Stadt zu ermöglichen und zu unterstützen, wo sie denn notwendig ist. Denn eines steht für mich fest: Die Stärke einer Gesellschaft bzw. wie in unserem Fall einer Stadt lässt sich daran messen, wie sie mit ihren schwächsten bzw. hilfsbedürftigen Gliedern umgeht. Über die sozialen Standards in unserer Stadt bin ich stolz und es muss eine Aufgabe von uns allen sein für diese weiter zu kämpfen, sie ebenfalls jeweils auf ihre Wirksamkeit zu überprüfen, zu erhalten und weiterhin auszubauen. Denn dafür steht eine Sozialstadt Wels.

GR. DI. Leitinger: Walter Teubl hat unsere Position schon klar und deutlich dargestellt. Ich möchte nur zwei Punkte ergänzen. Der erste Punkt betrifft das Thema Reformkonvent, wie von Andreas Rabl angeführt. Dieser Punkt wurde von uns schon 2013 unter anderem Namen eingebracht. Es geht darum, dass wir einen Budgetkonsolidierungsprozess unter Leitung beispielsweise des KDZ durchführen. Dieser Antrag wurde damals dem Ausschuss zugewiesen mit den Stimmen aller anderen Parteien. Bis heute ist nichts passiert. Dieser Reformkonvent, nennen wir ihn wie Andreas Rabl ihn nannte,

würde uns die Möglichkeit geben gezielte Schwerpunkte zu setzen, um die Stadt weiterhin attraktiv und lebenswert zu halten und trotzdem Geld zu sparen. Denn natürlich würden die von Walter Teubl angeführten offenen wichtigen Punkte, die umzusetzen wären, zusätzliche Kosten verursachen. Aber uns geht es darum gemeinsam mit Experten zu beraten, was brauchen wir als Stadt wirklich um zukunftsreif zu sein. Dafür brauchen wir diesen Prozess. Dieser liegt derzeit im Ausschuss und wird seit einem Jahr ignoriert. Greifen wir doch diesen Vorschlag auf und gehen endlich daran hier etwas umzusetzen.

Der zweite Punkt betrifft das Thema Transferzahlungen des Landes. Es stimmt, die Transferzahlungen, die das Land OÖ uns Städten gibt, sind leider nicht entsprechend und adäquat. Wir sollten hier als Stadt oder noch besser alle Städte gemeinsam bzw. mit den Landtagsabgeordneten, die hier im Gemeinderat sitzen, an das Land herantreten und eine Initiative setzen, um diese Transferzahlungen zu erhöhen. Im Land ist meines Wissens ein Trend zur Stärkung des ländlichen Raums vorhanden. Aber wenn wir uns die Entwicklung in Oberösterreich anschauen, dann wird das Wachstum in den nächsten Jahren und Jahrzehnten in den Städten und in den Speckgürteln um diese stattfinden. D.h. wir als Stadt bräuchten mehr Mittel, um unseren Bürgern und Bürgerinnen, den Betrieben, allen Einrichtungen, die uns wichtig sind, auch weiterhin ein gutes Umfeld anbieten zu können. Daher halte ich es für wichtig, tun wir uns zusammen und setzen wir hier eine Initiative, um mehr Geld vom Land zu bekommen. Wir werden es brauchen.

GR. LAbg. Dr. Csar: Es wurde 16.30 Uhr bis Stefan Ganzert als erstes Mitglied des Gemeinderates die Diskussion der Gemeinderatsmitglieder eröffnete. Vorher waren die Budgeterklärungen, die Fraktionserklärungen und die Erklärungen der Stadtsenatsmitglieder. Ein sehr langer Zeitraum bis endlich der Gemeinderat diskutieren kann. Es wäre interessant und schöner gewesen, diesen Zeitraum zu verkürzen.

Zur Budgetdiskussion an sich, fällt mir der Film ein „Täglich grüßt das Murmeltier“. Der Finanzreferent erläutert zuerst sehr wortreich das ausgeglichene Budget, dann kommt eine sehr wortreiche Wortmeldung der GRÜNEN mit sehr interessanten Ansätzen. Dazu muss ich wirklich gratulieren, insbesondere im Hinblick auf das Zukunftsbudget, das wieder nicht vorhanden ist. Dann gibt es aber auch eine interessante Wortmeldung seitens der FPÖ. Worüber diskutieren wir an sich?

Wir hörten zuerst das Budget ist ausgeglichen. Ein ausgeglichenes Budget klingt doch sehr positiv. Das klingt nur so gut, tatsächlich kann man dies nicht vergleichen mit einem privaten Haushalt. Denn wenn ich sagen kann es ist ausgeglichen, dann decken sich meine Einnahmen mit meinen Ausgaben. Das ist in der Stadt Wels nicht der Fall. Die Einnahmen decken sich nicht mit den Ausgaben. Sie werden erst deckungsfähig dadurch, dass ich gewisse Maßnahmen setze. Diese Maßnahmen werden mit Rücklagenauflösung gesetzt. Der zweite Punkt betrifft die Darlehensaufnahme. Wenn man nun überlegt, wieviel Darlehen wir in Wels bereits aufnahmen, dann wird es bedenklich.

Im Jahr 2009 betrug der Verschuldensgrad 7,5 %. Das sind Zahlen aus den uns vorgelegten Unterlagen. Im Jahr 2015 beträgt der Verschuldensgrad 32,7 % - das ist eine beträchtliche Steigerung innerhalb von sechs Jahren.

Was bedeutet das für den einzelnen Welser? Die Pro-Kopf-Verschuldung im Jahr 2009 betrug 343 Euro, im Jahr 2015 beträgt diese 1.281 Euro, oder, wenn wir die IMMO KG dazurechnen, 1.600 Euro. Eine gigantische Steigerung allein in sechs Jahren. Wenn wir dies österreichweit im Gemeindedurchschnitt vergleichen, beträgt die Pro-Kopf-Verschuldung ein wenig mehr als tausend Euro. Wels ist im Spitzenfeld. Darauf können wir nicht stolz sein. Wir können aber schauen, wie wir das auffedern können. Können wir die Einnahmen steigern? Die Einnahmen sind zurzeit für Wels ganz rosig. Die Ertragsanteile vom Jahr 2009 auf 2015 belaufen sich von 60,6 Mio Euro auf 74,2 Mio Euro. Kommunalsteuer 2009 28 Mio Euro, im Jahr 2015 35,6 Mio Euro, also auch ein beträchtlicher Zuwachs. Die Abfallgebühren stiegen von 4,9 Mio Euro auf 6,07 Mio Euro. Die Einnahmen fließen in das Stadtbudget. Aber es wird daraus nicht viel gemacht. Es wird immer geschaut, dass die Mehrausgaben mit Darlehen und mit Rücklagenentnahmen abgedeckt werden. Könnten wir nicht eher die Ausgaben reduzieren? Es wurden heute bereits einige Male die Personalausgaben angesprochen. Die Quote ist mit 34 % angegeben. Wenn die Pensionskomponente noch dazugerechnet wird, sind dies fast 40 %. Das ist beträchtlich viel. Im Vergleich mit anderen Gebietskörperschaften, wie das Land oder sonstige Gemeinden, werden jedoch die Pensionskosten dazu gerechnet. In Wels sind diese nicht miteingerechnet.

Der Landestransfer wurde angesprochen. Ja, es klingt tragisch und dramatisch, wenn an das Land so viel Geld fließt, aber nicht so viel Geld zurückkommt. Es gibt einen Ausgleich zwischen den einzelnen Gebietskörperschaften. Aber eines müssen wir auch wissen: Der Krankenhausbeitrag wäre in den letzten Jahren immens angestiegen, wenn nicht die Spitalsreform gewesen wäre. Auch da ist für die Stadt Wels immenser Einsparungspotential gehoben worden. Das ist im Bericht der Finanzdirektion enthalten. Auch hier stiegen die Einnahmen.

Wir müssen aufpassen, dass wir nicht immer sagen die Landesabgaben sind so hoch. Wir vergessen jedoch immer wieder, es fließt auch sehr viel Geld an die Stadt zurück. Insbesondere auch darum, weil das Land individuelle Förderungen gibt. Beispielsweise bei Sportprojekten, bei der Fachhochschule, bei Schul- und Straßenprojekten usw.

Dieses Budget ist statisch verwaltet ist und gibt der Bevölkerung keine Zukunftshoffnung. 2009 sagten wir bereits, wir brauchen ein Zukunftsbudget, eine intelligente Maßnahme dafür Varianten aufzeigen zu können wie es in Wels weitergeht. Damals wurde uns diese Forderung vollmundig versprochen. Nichts ist bis jetzt geschehen. Wir haben viel Handlungsbedarf.

Vzbgm. Lehner zählte bereits viele Punkte auf. Es gibt viele Möglichkeiten Zukunftshoffnung für die Welser Bevölkerung zu geben, damit Wels auch entsprechend lebens- und liebenswerter wird. Wir brauchen ein gutes Verkehrskonzept. Die Welser Bevölkerung ärgert sich jeden Tag über den Stau in und aus der Stadt. Sie ärgert sich über die mangelnden Parkplätze und über das Einbahnkonzept. Bis heute wurde dieses Konzept nicht saniert, nicht geändert. Wir haben Handlungsbedarf beim Radwegkonzept. Es wird hier sehr wenig getan.

Ich möchte auf die Problematik der öffentlichen Verkehrsmittel hinweisen. Wir müssen viel mehr darauf schauen die Lebensqualität der WelserInnen zu erhöhen. Dementsprechend sollen Maßnahmen gesetzt werden. Mit einem Zukunftsbudget könnte dies geschehen - mit einem Budget, welches sich die WelserInnen verdient hätten. Schade, dass dies nicht getan wird!

Aus diesen Gründen überlegte die ÖVP-Fraktion, ob sie diesem Budget überhaupt zustimmen kann. Wie können wir einem Budget zustimmen, von dem wir nicht überzeugt sind? Wir wissen genau, die SPÖ und FPÖ werden sich einigen. Eins werden darüber, dass Maßnahmen gesetzt und umgesetzt werden. Es würden die Referate von Peter Lehner und Walter Zaunmüller auf der Strecke bleiben. Daher können wir nicht anders als das Budget hinzunehmen und das Beste für unsere Referate herauszuholen. Daher werden wir diesem Budget zustimmen.

GR. Prof. Mag. Teubl: Nur drei kurze Repliken: Die erste Replik geht an Vzbgm. Dr. Rabl. Ich wunderte mich beim Zuhören zum Teil. So viel zu hören, was ich knapp vorher sagte, bedeutet für mich eine große Übereinstimmung. Es gibt viel Kritik an diesem Budget. Eine ganz scharfe Kritik an diesem Budget, das Budget wird geradezu verdammt, aber offensichtlich wird die FPÖ diesem Budget zustimmen – interessant! Also Wahlkampfgetöse und sonst nichts! Nichts dahinter wenn es darum geht Taten zu setzen.

Eine Replik an StR. Zaunmüller: Ich wunderte mich sehr darüber, dass ein so vornehm wirkender Mann so untergriffig sein kann. Der Vorwurf, kein Interesse an Kulturveranstaltungen zu haben, trifft mich nicht wirklich, wenn ich mit einem Stadtrat darüber diskutiere, der bei der YOUKI-Eröffnung im Glanz der Kamera anwesend ist und dann verschwindet und ich es mit einem Stadtrat zu tun habe, der nicht imstande ist die Vorbereitungen für das Budget so zu machen, dass das Schulsanierungskonzept ordentlich vorliegt und die Nachmittagsbetreuung entsprechend konzipiert ist. Aber gut!

Eines möchte ich sagen, das rege Kulturleben, welches wir in Wels zweifelsohne haben, haben wir nicht wegen der Bemühungen unserer Stadtpolitik sondern trotz der Kulturpolitik, die in dieser Stadt herrscht.

Eine letzte Replik an Kollegin Huber: Sie sagte, wir sollen doch auch den Schulden den Vermögenswerten der Stadt gegenüber stellen und darauf achten, dass dies erhebliche Werte sind. Ja, warum machen wir denn dann nicht endlich zusätzlich zur Budgetierung, wie sie uns die Rechtsvorschriften abverlangen, eine ordentliche Bilanz, aus der wir ersehen können wie die Sache aussieht? Das würde tatsächlich einmal die Finanzsituation der Stadt beurteilen können. Niemand hindert uns daran. Machen wir es, dann werden wir vielleicht besser sehen wie es um unsere Stadt finanziell bestellt ist.

GR. Brenner-Nerat: Zuerst einen herzlichen Dank an unseren Finanzreferenten, dem Finanzdirektor und an alle MitarbeiterInnen, die mit dem Budget beschäftigt waren. Es passt auch gut, dass ich nach dem Kollegen Mag. Teubl sprechen kann, denn ich möchte zum Thema Sport etwas ausführen.

Zur Generalsanierung der Kunsteisbahn: Neben dem wichtigen Schritt auch einen Campingplatz dazu zu errichten, ist dies vor allem eine gute Investition in die Jugendlichen und Kinder. Weiters freuen sich darüber nicht nur die Stockschiützen sondern vor allem die beiden Eishockeyvereine, die wie alle Welser Sportvereine eine große und äußerst bedeutende Rolle in der guten Nachwuchsarbeit spielen.

Zum Sportzentrum Wimpassing: Auch hier kann von einer notwendigen Investition gesprochen werden, da es rund 400 Kindern und Jugendlichen des FC Wels eine zeitgemäße und moderne Heimstätte bieten wird. Beide Investitionen sind wegweisend für die

Zukunft. Gerade als Mutter einer Tochter, die in einer sehr computer-, hightech-orientierten und multikulturellen Zeit aufwachsen wird, ist das Thema Sport sehr wichtig. Nicht nur weil er den Zusammenhalt fördert und stärkt, gewinnen und verlieren lehrt, ist vor allem der gesundheitliche Aspekt mit der Bewegung von zentraler Bedeutung. Desweiteren leisten die Sportvereine seit Jahren wichtige Integrationsarbeit, indem Ehrenamtliche mit viel Engagement und Herzblut die Gemeinsamkeit der Kinder und Jugendlichen über nationale Grenzen stärken. Vielen herzlichen Dank für diese Arbeit.

Die Vereine sind mit ihrer Arbeit außerdem Werbeträger der Stadt Wels und tragen mit den vielen überregionalen Veranstaltungen zur positiven Imagepflege bei. Dadurch kommt durch Übernachtungen usw. Geld zurück in die Stadt Wels.

Sport verbindet und stärkt die Menschen in jeglicher Hinsicht, das muss gefördert werden!

Ein ebenfalls wichtiges Thema für mich als Mutter bzw. für Jedermann ist der elternbeitragsfreie Kindergarten. Hier gab es die Zusage von Frau Landesrätin Dr. Hummer, dass mit Einführung des beitragsfreien Kindergartens für die Gemeinden keine Mehrkosten entstehen, da diese vom Land übernommen werden würden, was so nicht umgesetzt wurde. Von unserer Seite gibt es dazu ein klares Bekenntnis, dass dies sehr gut investiertes Geld ist, um für alle Kinder Chancengleichheit bieten zu können. Nicht jede Familie kann auf Unterstützung zurückgreifen. Daher steht die Vereinbarkeit von Familie und Beruf an oberster Stelle. Es geht aber vor allem um die Kinder, denen in dieser ersten Bildungseinrichtung die gleichen Ausgangschancen ins weitere Leben geboten werden. Doch nicht nur die Vorbereitung auf die Schule sondern vor allem auch soziales Lernen, ein gutes Miteinander von klein auf, über internationale Grenzen hinaus keine Berührungängste zu haben, sind wichtige Faktoren. Das Geld ist also in die Zukunft investiert. An dieser Stelle möchte ich mich ganz besonders bei den engagierten PädagogInnen bedanken, die dies möglich machen.

Die Stadt Wels gilt außerdem als Vorreiter in Sachen Kinderbetreuung. Daher möchte ich auch kurz auf die § 15a-Vereinbarung eingehen. Für all jene, die nicht wissen worum es sich hier handelt: Dies ist die Einigung der Länder mit dem Bund, dass das Familienministerium zusätzliches Geld ausschüttet für den Ausbau von Kinderbetreuungseinrichtungen und den Ausbau von Qualität. Grundsätzlich natürlich eine ganz tolle Sache, bei der wir als Stadt für Neubauten und Erweiterungen des Angebotes ebenfalls profitieren. Oder besser gesagt, profitieren sollten! Denn, wie schon erwähnt, als Vorreiter können wir bereits eine sehr gute Qualität vorweisen und erhalten deshalb weniger finanzielle Unterstützung als Gemeinden, die bisher schlechtere Qualität vorzuweisen hatten. Der Vertrag wurde von Landesrätin Dr. Hummer unterschrieben als Bestrafung von Vorreitergemeinden und Städten.

Ganz kurz möchte ich zur Wortmeldung von StR. Zaunmüller erinnern an unseren Beschluss zum Ausbau der Krabbelstuben, da hier dringender Bedarf besteht, wie er selbst bereits erwähnte.

Im Bereich der Ganztagschulen gebe ich Walter Zaunmüller Recht. Hier muss es uns als Stadt gelingen den Eltern das Angebot zu bieten, welches sie bereits vergeblich suchen.

In aller Kürze noch zum wichtigen Bau der Schule Wels-West, für den es bereits eine Finanzierung gibt und zeigt, dass die Stadt Wels eine wachsende Stadt ist, vor allem im Bereich der Bildung.

Abschließend noch einen herzlichen Dank an den Finanzreferenten und die zuständigen Mitarbeiter.

GR. Pernkopf: Zum Voranschlag 2015 und zur Mittelfristigen Finanzplanung 2015 – 2019 möchte ich Folgendes ausführen: Alle Referenten haben sich hier ganz sachlich verhalten. Der Fraktionsvorsitzende der SPÖ verwendete seine Rede hauptsächlich dazu abzulenken, das Merkmal Richtung Land und Bund zu lenken, um die Schuld wo anders zu suchen und nicht im Gemeinderat Wels. Das ist befremdlich. Der Fokus sollte auf der Stadt Wels liegen.

Im Besonderen stechen die Förderungen der Sportvereine deutlich hervor. Ich bin jedem Verein alles willig - diese sollen ihr Geld bekommen. Aber wenn die Ermessensausgaben des Finanzreferenten im Jahr 2014 von etwa 700.000 Euro auf 1,2 Mio. Euro erhöht werden, könnte man den Eindruck gewinnen, es steht nächstes Jahr eine Wahl bevor. Klientelbefriedigung könnte man sagen.

Bezüglich Planstellen im Magistrat darf doch ein Quervergleich gezogen werden. Wir haben 1.501 MitarbeitInnen. Ich bin froh, dass diese einen guten Arbeitsplatz haben. Jedoch die politische Verantwortung kann uns keiner nehmen. Würde ich den Vergleich mit dem Personal der Polizei ziehen und das Personal der Polizei in diesem Ausmaß erhöhen, dann wären Herr Faymann und Herr Ostermayer in keinsten Weise bereit gewesen nur eine Planstelle mehr herzugeben. Das wären 4000 bis 5000 Polizisten mehr – so würde eine prozentuelle Umrechnung aussehen.

Viele gute und notwendige Verkehrsmaßnahmen sind im Budget enthalten. In diesem Konzept fehlt leider aber immer noch die Neinergutstraße. Das stellt ein Versäumnis des Verkehrsreferenten dar. Den Lückenschluss von 800 m hätte man durchaus machen müssen.

Das Parkhaus ist eine unendliche Geschichte. Es passiert bereits seit so vielen Jahren nichts. Tatsache ist, es gibt ein Infrastrukturministerium, man weiß wer dafür zuständig ist. So zu tun als wäre die ÖVP und die FPÖ Schuld an dieser Misere, weisen wir ganz klar zurück. Diese liegt ganz wo anders.

Bgm. Dr. Koits übergibt den Vorsitz an Vzbgm. Dr. Rabl.

StR. Huber stellt den Antrag zur Richtigstellung: Wenn gesagt wird, es ist Wahlkampf und darum hätte sich der Finanzreferent Vzbgm. Wimmer die Subventionen im Sportbereich erhöht, muss ich das schon richtig stellen. Im Voranschlag 2014 sind die Summen von Pflicht- und Ermessenssubventionen 1,274.800 Euro und 2015 1,352.300 Euro ersichtlich. Ich weiß nicht, wo du die zitierten Zahlen gesehen hast. Man darf sich nicht den Antrag der Abteilung ansehen, sondern den Bedeckungsvorschlag.

Vzbgm. Dr. Rabl dankt für diese Richtigstellung.

GR. Schönberger: Seitens der Wirtschaft möchte ich auf dieses neue Budget blicken. Nachdem Kollege Dr. Rabl Cicero zitierte, würden sich viele Wirtschaftstreibende wahrscheinlich wünschen wir hätten diese Zeiten, war doch damals die typische Arbeitskraft der Sklave. Wir befinden uns Gott sei Dank heute in einer anderen Zeit.

Zum Budget 2015 glaube ich, dass mit diesem Investitionsvolumen alleine im ordentlichen Haushalt von 21 Mio. Euro die Stadt Wels einer der wichtigsten Auftraggeber in der heimischen Wirtschaft ist, in der Region, im Bezirk. Dadurch senden wir deutliche wirtschaftliche Impulse aus. Anreize, die wirklich in sehr vielen Gemeinden und Kommunen aufgrund der budgetären Lage nicht mehr geschaffen werden können.

Z.B. investieren wir in den Ausbau der Infrastruktur, massiv in den Ausbau des neuen Gewerbegebietes Wimpassing, welches sehr weitreichende Wirkungen für die zukünftigen Generationen der ansässigen Betriebe hat. Die Mittel für das Stadtmarketing im Speziellen für die Inwertsetzung der Innenstadt sind ein deutliches Bekenntnis zur weiteren Entwicklung unseres Stadtkerns.

Die neuen Wirtschaftsförderungsrichtlinien, u.a. die heute zu beschließende Kleinstunternehmen-Förderung, soll den Wirtschaftstreibenden in Wels die Möglichkeit geben in schwierigen Zeiten ihre Betriebe durch zusätzliches Personal weiter zu entwickeln und Investitionen zu tätigen.

Das Projekt Wirtschaftspark nimmt seinen Lauf, um für die Zukunft gerüstet zu sein. Das ÖEK zeigt unseren Unternehmen wohin die Reise am Betriebsstandort Wels gehen kann und wird.

Im gesamten Budgetvolumen sind somit im Jahr 2015 erhebliche Mittel dafür vorgesehen den Arbeits- und Wirtschaftsstandort Wels weiter zu attraktivieren. Nach wie vor ist die Stadt Wels im nationalen als auch internationalen Ranking eine sehr gute Adresse. Es wird seitens der Stadt sehr viel dafür getan.

Die Hausforderungen in den Stadtteilen sind natürlich gegeben. Das Parkhaus, der ruhende Verkehr in der Neustadt – das sind Themen um die wir uns kümmern müssen.

Vielleicht noch ein paar Worte zur Pro-Kopf-Verschuldung. Unternehmen, auch solche die größere oder kleinere Brötchen backen, finanzieren in der Regel Grund und Boden sowie Anlagen und Gebäude mit fremdem Kapital, also Krediten. Der Unterschied zur Stadt Wels ist nur, dass sie in den Bilanzen der Firmen auf der positiven Seite aufscheinen. Somit wäre es höchst angebracht, da stimme ich Walter Teubl zu, die WelsInnen doch darüber zu informieren, wie groß das Pro-Kopf-Vermögen ist. Also ich würde schätzen, dass dies sicher ein fünfstelliger Euro-Betrag sein wird. Ich meine damit die definitiv veräußerbaren Vermögensanlagen.

Für diese nachhaltige Schaffung von Stadtvermögen ist seit Jahrzehnten die SPÖ verantwortlich unter der Federführung von Hermann Wimmer. Dieser ist Garant für diese stabile Finanzpolitik. Er hat Wels in stürmischen Zeiten in der Wirtschaft und in der Weltentwicklung auf Kurs gehalten. Er wird es auch sein, der den WelsInnen die Sicherheit in den nächsten Jahren geben wird, damit er mit seinem menschlichen und finanziellen Know-How dieses Schiff Wels in einen sicheren Hafen bringen kann. Dafür steht auch das Budget 2015. Als Sozialdemokraten werden wir uns immer zu den Menschen bekennen. Es ist natürlich wichtig und richtig uns anzuschauen, wie das Geld

verteilt wird. Um das Geld richtig zu verteilen, braucht es eine starke sozialdemokratische Hand – die ist in Hermann Wimmer gegeben.
Mein Dank gilt dem Herrn Bürgermeister und allen damit befassten Magistratsbediensteten.

Vzbgm. Dr. Rabl: Da der Referent für das Schlusswort nicht im Sitzungssaal anwesend ist, komme ich zur Abstimmung.

Der Antrag (Anlage 10) zu Punkt 8. wird mit

gegen 31 Ja-Stimmen (SPÖ-, FPÖ- und ÖVP-Fraktion)
2 Nein-Stimmen (GRÜNE-Fraktion)

angenommen.

Vzbgm. Wimmer kommt während der Abstimmung in den Sitzungssaal.

9.)

Mittelfristige Finanzplanung 2015-2019
FD-Fin-50-2014

Der Antrag (Anlage 12) lautet:

Die beiliegende Mittelfristige Finanzplanung bestehend aus dem Voranschlag 2015 und den Planjahren 2016 bis 2019 wird beschlossen.

Vzbgm. Wimmer: Zunächst möchte ich mich für die durchaus konstruktive Diskussion bedanken, natürlich mit wenigen Einschränkungen. Ich bin aber nicht der Typ, der in das Wahlkampfgetöse anderer einsteigen wird. Ganz im Gegenteil – dieses Thema haben heute andere begonnen. Der Erste war Kollege Lehner, der meinte, es wird 2016 einen neuen Finanzreferenten geben. Der Zweite war Kollege Markus Wiesinger, der es nicht unterlassen konnte im Facebook permanent zu posten „die Ära Wimmer geht zu Ende“. Ich darf ihnen versichern, die Ära Wimmer geht nicht zu Ende.

Wenn der Oö. Landtag den einstimmig gefassten Gemeinderatsbeschluss zum Thema Demokratiereform - Stadtstatut-Novelle beschließt, ist eines sicher: Die Ära von Vzbgm. Lehner geht zu Ende, denn wir schlugen vor in Zukunft nur mehr zwei Vizebürgermeister zu haben.

Zwischenruf von Vzbgm. Lehner: Das ist nicht sicher Herr Finanzreferent - es ist ja noch eine Wahl dazwischen!

Vzbgm. Wimmer: Ich steige auch nicht weiter auf dieses Thema ein, denn ich muss ihnen nur eines sagen: Gestern Abend ging ich durch die Stadt, Weihnachtsmarkt

Stadtplatz, Weihnachtsmarkt Pollheimerpark, Adventmarkt Gösser, und es war alles äußerst gut besucht, ja alles überfüllt. Ich ging zweimal durch und hatte zweimal keine Chance irgendetwas zu konsumieren, weil sich so viele Leute bei den diversen Verpflegungsausgaben anstellten. Letzter Versuch Gastzimmer Gösser – kein einziger Sessel frei. Darüber freue ich mich, meine sehr geehrten Damen und Herren. Das sind die wichtigen Dinge in unserer Stadt, dass sich die Menschen hier wohl fühlen, dass sie in die Stadt gehen, dass sie sich aktiv beteiligen, dass sie sich am schönen Programm erfreuen. Gestern kamen die Perchten und es waren Menschenmassen am Stadtplatz anwesend. Also eine tolle Sache. Ich gratuliere hier dem Stadtmarketing Wels ganz ausdrücklich. Ich bin stolz darauf in Wels zu leben, zu wohnen und für diese Stadt zu arbeiten.

In diesem Sinne bedanke ich mich für die Zustimmung zu diesem Budget und bitte um die weiteren Abstimmungen.

Vzbgm. Dr. Rabl dankt dem Referenten und ersucht um Abstimmung.

Der Antrag (Anlage 12) zu Punkt 9. wird mit

gegen 31 Ja-Stimmen (SPÖ-, FPÖ- und ÖVP-Fraktion)
2 Nein-Stimmen (GRÜNE-Fraktion)

angenommen.

Vzbgm. Dr. Rabl übergibt den Vorsitz wieder an Bgm. Dr. Koits.

10.)

Darlehensaufnahme für Investitionen des Voranschlages 2015
FD-Fin-908-2014

Der Antrag (Anlage 13) lautet:

Die Aufnahme von Darlehen für im a.o.H. des Voranschlages 2015 mit Darlehen bedeckte Investitionsausgaben bis zur Höhe von € 11,506.000,00, für die noch keine Darlehensgenehmigung des Gemeinderates vorliegt, sowie für die Finanzierung der in Folgejahren zu bedeckenden Ausgaben gemäß den o.a. angeführten beschlossenen Grundsatzbeschlüssen bzw. beabsichtigten Sachbeschlüssen in Höhe von € 1,160.800,00 und ein zusätzlicher Rahmen für den Budgetvollzug 2015 in Höhe von € 300.000,00, somit insgesamt € 12,966.800,00, wird genehmigt. Dieser Betrag erhöht sich in dem Ausmaß in dem im VA 2015 budgetierte Bundes- und Landesförderungen, Verkaufserlöse und sonstige Einnahmen nicht gewährt bzw. erzielt werden. Die tatsächliche Darlehensaufnahme erfolgt entsprechend des notwendigen Finanzbedarfes für die Ausgaben des a.o. Haushaltes in Abstimmung mit der Kassenliquidität. Zur Zwischenfinanzierung von Ausgaben des a.o. Haushaltes wird die Aufnahme von Barvorlagen genehmigt.

Der Antrag (Anlage 13) zu Punkt 10. wird mit

gegen 31 Ja-Stimmen (SPÖ-, FPÖ- und ÖVP-Fraktion)
2 Nein-Stimmen (GRÜNE-Fraktion)

angenommen.

11.)

Verordnung des Gemeinderates der Stadt Wels, mit der die Abfallgebühren-Verordnung 2011 geändert wird (4. Novelle zur Abfallgebühren-Verordnung 2011) FD-StV-10-2014

Der Antrag (Anlage 14) lautet:

Der Gemeinderat möge die 4. Novelle zur Abfallgebühren-Verordnung 2011 beschließen.

GR. Markus Wiesinger: Wie schon im Ausschuss erwähnt, wird die ÖVP-Fraktion der Abfallgebührenerhöhung nicht zustimmen. Seit Jahren wird in Wels darüber diskutiert, dass das Wohnen nicht leistbar ist und immer teurer wird. Ich erwähne das deshalb, weil zur Miete auch die Betriebskosten zählen. Vor einiger Zeit wurde eine sehr interessante Studie bezüglich des Anteils der Betriebskosten an der Gesamtmiete veröffentlicht. Dieser Anteil beträgt 35 % im sozialen Wohnbau und im privaten Bereich 25 %. Die Betriebskosten setzen sich aus Abwasser, Kanalaräumung, Rauchfangkehrer, Hausreinigung, öffentliche Abgaben und die Müllgebühren zusammen.

Der Gemeinderat beschloss Maßnahmen zum Thema „leistbares Wohnen“. Ich bin der Meinung, hier sollte die Stadt Wels ein Zeichen setzen, denn bei diesem Tagesordnungspunkt geht es um eine Erhöhung von 1,57 %. Das mag nicht viel sein, aber die Betriebskosten setzen sich aus den vorher genannten Punkten zusammen – auch aus der Müllgebühr. Die Stadt hat nicht viele Möglichkeiten das Wohnen leistbarer zu machen, weil der Mietzins und viele Gebühren durch Gesetze festgelegt sind.

Es ist zu hinterfragen, warum bei 1,57 % die Indexierung schon angewendet wird. Es könnte überlegt werden einen Schwellenwert einzuführen, damit nicht jedes Jahr ein Gemeinderatsantrag eingebracht, alle Tarife neu ausgezeichnet und die Rechnungen umgeschrieben werden müssen. Ich glaube, es ist an der Zeit, dass wir als Stadt Wels diese Erhöhung nicht vollziehen, sondern heuer aussetzen.

Ein weiteres Zeichen für leistbares Wohnen könnten wir beim Strompreis setzen – leider scheiterten wir damit mit unserem Antrag. Die anderen Fraktionen waren sich einig, kein Gespräch zur Senkung des Strompreises zu suchen. Die ÖVP-Fraktion wird diesem Tagesordnungspunkt nicht zustimmen und hofft auch andere Fraktionen werden dem folgen.

GR. DI. Leitinger: Diese Wortmeldung ergab sich spontan als Antwort auf deine Ausführungen, lieber Markus. Natürlich wird die Indexanpassung der Abfallgebühren zu einer Erhöhung im kleinen Ausmaß der Mieten führen. Wesentlich mehr zu einer Erhöhung der Mietkosten führt die derzeitige Lage beim Mietrecht. Hier sind SPÖ und ÖVP gefordert, denn seit Jahren wird herumdiskutiert, das Mietrecht ist völlig unübersichtlich und niemand kennt sich wirklich aus. Es führt zu riesigen Spielräumen beim Festlegen der Mieten. Die Indexanpassungen bei den Mieten liegen derzeit jährlich bei 4 bis 4,5 %. Jeder kennt die Lohnerhöhungen der letzten Jahre in Höhe von 1 % oder 1,5 %. Auch die Inflationsraten waren wesentlich unter 4 %.

Hier ein Appell an die zuständigen Parteien in der Bundesregierung: Gehen sie doch einmal das Mietrecht an und kommen sie zu einer vernünftigen Lösung im Sinne der Bürger und Bürgerinnen, denn Wohnen wird bald nicht mehr leistbar sein.

GR. Reindl-Schwaighofer: GR. Wiesinger sprach es an, das Thema Strompreis diskutierten wir bereits im Gemeinderat. Nach einer mehrstündigen Debatte beschlossen wir das Budget und bereits beim nächsten Antrag würden wir bei Beschluss desselben eine wesentliche Zahl dieses Budgets konterkarieren. Wie ernst nehme ich mich als Gemeinderat der Stadt Wels, wenn ich so einen Antrag fünf Minuten später beschlossen haben möchte?

Bei unqualifizierten Aussagen wird angedeutet, es gehe in Richtung Wahlkampf. Aber das nenne ich Wahlkampf! Zu diesem Strompreisantrag möchte ich anführen, er setzt sich aus drei Faktoren zusammen, nämlich Strom, Netz und Steuern, wovon die Steuern 40 % ausmachen. Bei leistbarem Wohnen sollte beim Bauen, beim Grundpreis und den Verwaltungskosten versucht werden einzusparen.

Wenn wir diese Anträge in der Form heute beschließen, möchte ich nicht wissen, was wir in den nächsten Monaten bis zur Gemeinderatswahl noch alles beschließen müssen, um dem Drang nach Populismus nachzugeben. Wir werden diesen Antrag natürlich nicht mitbeschließen.

GR. Weidinger: Ich möchte hier nur ein schnelles Feedback an GR. Reindl-Schwaighofer abgeben. Wie ernst nimmst du dich? Wie ernst nehmt ihr euch von der FPÖ-Fraktion, wenn ihr von leistbarem Wohnen sprecht? Da geht es darum, dass die Mieter nicht mehr im Monat zahlen dürfen. Letztes Mal brachten wir einen Antrag betreffend Strompreis ein. Vielleicht ginge es ja auch so, dass wir das an den Mieter weitergeben – eigentlich ist es eine direkte Förderung. Da muss ich schon fragen, lieber Johnny, wo siehst du dich, wenn du die Forderungen alles für den Mieter, leistbares Wohnen, tausende Forderungen erhebst und dann sagst, das ist Populismus, das ist ein Wahlkampfthema! Schade – wir werden dem Antrag nicht zustimmen, denn uns geht es wirklich um die Mieterinnen und Mieter und um leistbares Wohnen in Wels.

GR. Josseck-Herdt: Wenn man von Populismus spricht, muss ich das schon an sie von der ÖVP-Fraktion zurückgeben. Lassen wir doch die Kirche im Dorf. Es geht beispielsweise bei meinem Müllaufkommen im Jahr um 1,72 Euro. Es ist lächerlich, wenn das ins Treffen geführt wird, denn bei 2-wöchiger Entleerung sind das vielleicht 5 Euro pro Jahr, also nicht einmal eine Zigarettenschachtel. Vielleicht ist es wichtiger, die Men-

schen darauf aufmerksam zu machen, dass die Müllentsorgung wirklich das kostet. Durch bessere Mülltrennung kann von 1-wöchiger auf 2-wöchige oder monatliche Entleerung umgestellt und dabei bis zu 70 Euro im Jahr gespart werden. Es ist doch viel sinnvoller den Menschen klarzumachen, das kostet es. Diese geringen Mehrkosten kann jeder verschmerzen und wenn sie jetzt den Erfolg für leistbares Wohnen in Frage stellen, finde ich das wirklich lächerlich.

Vzbgm. Lehner: Einerseits müssen wir den Budgetbeschluss strikt von Sachbeschlüssen, die in der Folge kommen, trennen. Ich glaube, es gibt in jedem Bereich des Budgets Themen, Verteilungen der finanziellen Mittel, mit denen nicht jede Fraktion zu 100 Prozent einverstanden ist. Die eine Beschlusslage ist eben jetzt zufällig kurz darauf, andere Themen werden uns das ganze nächste Jahr begleiten. Das zur Glaubwürdigkeit, lieber Jonny!

Es wurde von uns schon im Ausschuss dokumentiert, diesem Antrag nicht zuzustimmen. Natürlich werden wir, um glaubwürdig zu sein, das auch im Gemeinderat vertreten, weil es uns um leistbares Wohnen geht. Es geht nicht um 1, 3 oder 5 Euro, sondern es geht darum, ob wir eine Automatik wollen, die Betriebskosten unabhängig von der Kostensteigerung in einem Bereich teurer macht oder nicht.

Der Überschuss aus den Müllgebühren steigt durch diese Erhöhung. Das heißt, die Erhöhung ist nicht dazu da, die tatsächlichen Kosten abzudecken, sondern die Erhöhung ist dazu da, um einen Beitrag für das Budget zu leisten. Und das ist nicht die Aufgabe von leistbarem Wohnen, um hier extra Beiträge ins Budget abführen zu lassen. Leistbares Wohnen darf kein Lippenbekenntnis in unserer Stadt, sondern muss eine politische Kraftanstrengung für uns alle im Gemeinderat sein.

GR. Markus Wiesinger: Ich muss mich jetzt noch einmal zu Wort melden, ich glaube, ich bin falsch verstanden worden. Das möchte ich nicht so im Raum stehen lassen, ich möchte es berichtigen. Ich sprach nie davon, dass es sich dabei um Unsummen handelt, sondern um ein Zeichen. Ein Zeichen, welches die Stadt Wels, dieser Gemeinderat an die Welserinnen und Welser aussenden kann. Wir können hier nicht jahrelang über leistbares Wohnen diskutieren, debattieren und beschließen, wenn wir dann beim Budgetgemeinderat höhere Müllgebühren beschließen.

Kollege Lehner führte es schon an, wir nehmen über die Müllgebühren 6 Mio. Euro ein. Hinzu kommen noch Einnahmen durch eine Standortabgabe bei der Mülldeponie.

Lieber Kollege Reindl-Schwaighofer, ich muss dich zum Thema Strom belehren. Es geht dabei schon um Geld. Im Osten Österreichs wurden die Strompreise um 10 % gesenkt. Ich betone noch einmal, dass es dabei um ein Zeichen des Welser Gemeinderates an die Welser Bevölkerung geht. Vielleicht gibt es die Möglichkeit für die Fraktionen, darüber nachzudenken und doch nicht mitzustimmen.

GR. Reindl-Schwaighofer: Ich musste mich hier einfach noch einmal zu Wort melden, weil wir als Kunden der Wels Strom wissen, dass die Wels Strom jeden Kunden ein Angebot machte, welches genau 10 % Ersparnis bringt. Wir brauchen nicht von etwas Besonderem reden bei dieser Aktion im Osten Österreichs, sondern die Wels Strom setzte

das auch für ihre Kunden um. Jeder von uns erhielt dieses Angebot und nahm es wahrscheinlich auch an.

Bei der Mülltrennung teile ich voll inhaltlich die Meinung von GR. Josseck-Herd. Es geht im Wesentlichen darum, dass diese Bagatellbeträge rein rechnerisch in der Geldtasche nicht ankommen und vielen Menschen suggeriert, das alles koste nichts. Im Bereich der Müllentsorgung ist es viel wesentlicher, wenn wir vorhandene Gelder stärker in die Aufklärung zur Funktionsweise der Mülltrennung, der Revitalprodukte etc. einsetzen. Das sind sinnvolle Maßnahmen, weil die Entscheidung, ob eine 2-wöchige oder 4-wöchige Entsorgung benötigt wird, jede Familie für sich selbst trifft. Dabei handelt es sich um einen beträchtlichen Betrag, den ich verändern kann, wenn ich die Frequenz der Müllabfuhr für meinen Haushalt ändere.

Ich möchte noch korrigieren - ich versprach mich bei meiner ersten Wortmeldung – ich schließe mich nicht dem von der ÖVP-Fraktion Gesagtem an.

GR. Schönberger: Diese Müllgebühr als Beitrag zu leistbarem Wohnen zu nennen, ist eine Verhöhnung der Betroffenen, wenn auf der einen Seite - wie bei uns in der Straubinger Straße - die Annuitätenzuschüsse wegfallen und die Miete bei einer 80 m² großen Wohnung um knapp 100 Euro im Monat steigt. Da wird mit den 60 Cent im Monat den Bewohnern nicht wirklich geholfen sein, weil die Differenz dann immer noch 99,40 Euro ausmacht.

Ich denke, es ist unehrenhaft zu sagen: Wir unterstützen leistbares Wohnen mit 60 Cent im Monat.

Vzbgm. Wimmer: Ich schließe mich dem Lob von GR. Reindl-Schwaighofer an GR. Josseck-Herd an. Sie hat auf alle Fälle Recht, denn Herr Kollege Lehner, sie unterliegen mit den steigenden Überschüssen und geleisteten Beiträgen zum Budget einem Irrtum. Wir haben keine Überschüsse in der Abfallwirtschaft, denn der Abgang betrug im Jahr 2014 169.600 Euro und wird hochgerechnet 2015 auf 185.100 Euro steigen. Es stimmt, die Jahre davor hatten wir geringste Überschüsse in der Höhe von ca. 70.000 Euro. Das aktuelle und das kommende Jahr weisen Abgänge in diesem Bereich auf. Diese Indexanpassung stellt einen kleinen Teil zu dieser Abgangsdeckung dar.

Dieser Gemeinderat beschloss in der Vergangenheit sehr wirksame Maßnahmen zum Thema leistbares Wohnen. Wirksame Maßnahmen, die sich im Bereich der Förderung des Lifteinbaues und im Bereich der thermischen Gebäudesanierung niederschlagen. Dabei geht es um ganz andere Beträge, als hier bei der Abfallgebühren-Verordnung. Daher empfehle ich dieser Indexanpassung zuzustimmen, denn sonst sind wir in drei, vier Jahren wieder gezwungen acht, neun oder zehn Prozent zu erhöhen, um die Kostenwahrheit wieder herzustellen. Es hat sich bei dieser und auch bei anderen Tarifordnungen bewährt den Index jährlich zu berechnen und vorzuschreiben, weil damit die Belastungen für den Mieter geringer sind.

Ich gebe Frau DI. Leitinger Recht was das Mietrecht betrifft. Hier besteht enormer Handlungsbedarf. Ein kleiner Schritt wurde von der Koalition auf Bundesebene mittlerweile gesetzt und die Klarstellung herbeigeführt, wer für die Reparaturen und Instandhaltungsmaßnahmen bei Heiz- und Boiler-Geräten zuständig ist. Das ist allerdings nur

ein kleiner Tropfen auf dem heißen Stein. Es ist hier tatsächlich großer Sanierungsbedarf im Österreichischen Mietrecht gegeben. Ich ersuche um Zustimmung.

Der Antrag (Anlage 14) zu Punkt 11. wird mit

25 Ja-Stimmen (SPÖ-, FPÖ- und GRÜNE-Fraktion)
gegen 8 Nein-Stimmen (ÖVP-Fraktion)

angenommen.

StR. Kroiß verlässt die Sitzung um 17.20 Uhr.

12.)

Stadt Wels; Erwerb eines Grundstückes für die
Errichtung des Stadtteilparks Laahen
DI-LV-34-2013

Der Antrag lautet:

Von Frau Ernestine Huemer, Wels, Mozartstraße 34a, wird der für die Errichtung des geplanten Stadtteilparks Laahen erforderliche Grund, im Konkreten das Grundstück Nr. 353/1, EZ. 1, KG. Obereisenfeld im Ausmaß von 8.387 m² unter nachstehenden Bedingungen erworben:

1. Als Kaufpreis für die Grundstücke wird ein Preis von € 47,50 pro Quadratmeter festgelegt.
2. Sämtliche mit der Errichtung und grundbücherlichen Durchführung des Kaufvertrages verbundenen Kosten, Gebühren und Abgaben aller Art, die Vermessungskosten und die Grunderwerbsteuer gehen zu Lasten der Stadt Wels.
3. Der beiliegende Kaufvertrag wird genehmigt.

GR. Pernkopf: Ich glaube, diese Maßnahme ist absolut ein Grund zur Freude. Es ist wichtig, in diesem Bereich mit sehr viel Zuzug in den nächsten Jahren ein Zeichen für die Bevölkerung – für Groß und Klein – zu setzen. Hier ist das Geld absolut richtig eingesetzt. Es ist sehr unterstützenswert diesen Park zu errichten, um mehr Lebensqualität in diesen Wohngebieten anzubieten.

Der Antrag zu Punkt 12. wird

einstimmig angenommen.

13.)

Stadt Wels; Aufschließungsstraße „Oberthan – Wimpassing -
Straßengrunderwerb; Vorausverfügung – nachträgliche Genehmigung
DI-LV-40-2013

Der Antrag lautet:

Der für die Schaffung der Aufschließungsstraße „Oberthan - Wimpassing“, erforderliche Grund wird von den betroffenen Grundeigentümern zu nachstehenden Bedingungen erworben:

- Erwerb der benötigten Grundflächen durch die Stadt Wels zum Preis (€ 60,59, € 51,50 bzw. € 25,29 pro Quadratmeter) laut vorstehender Flächen-/Kostenaufstellung und derzeitigem Planungsstand im Ausmaß von 17.663 m² und einem daraus resultierenden Preis von € 748.501,70
- Erwerb der Flächen Schobersberger im Enteignungswege zum behördlich, mit Bescheid vom 7.10.2014, BZ-BauR-7002-2014, festgesetzten Betrag von € 73.843,90
Nebenkosten: (Vermessung, Gebühren, GrEst., Gutachten) ca. € 50.000,00
- Arrondierung/Restflächeneinlöse der durch die neue Trassenführung entstehenden Restflächen die eigenständig nicht mehr bewirtschaftbar sind. (in Kostenaufstellung enthalten)
- Bei Grundeinlöse Freymüller: Eintausch stadteigenes Grundstück Nr. 57. KG. Puchberg im Ausmaß von 2.313 m² (Grünland) für Straßengrundbedarf aus Grundstück Nr. 449/1 (1.403m²) sowie Erwerb der verbleibenden Restfläche des Grst. Nr. 449/1 (Bauerwartungsland) zum Kaufpreis von € 60,59 pro Quadratmeter. (in Flächenaufstellung enthalten)
- Weiterbenutzungsrecht der Flächen durch die Vorbesitzer bis zur Straßenerrichtung/Verwertung.
- Die mit der Eigentumsübertragung und bücherlichen Durchführung der Straßengrundabtretung verbundenen Kosten und Gebühren gehen zu Lasten der Stadt Wels.“

Die vom Bürgermeister gemäß § 49 Abs. 6 StW. 1992, i.d.g.F., in Verbindung mit § 47 Abs. 5 StW. 1992, i.d.g.F., durchgeführte Vorausverfügung wird nachträglich genehmigt.

GR. Mag. Teubl: Es handelt sich hier um die Genehmigung einer Vorausverfügung und wir haben diese Vorausverfügung genauso unterschrieben wie alle anderen Fraktionen. Allerdings in der Annahme, dass mit den Grundstückseigentümern im Vorfeld bereits ein Einvernehmen erzielt wurde. Dies war offensichtlich nicht der Fall, da es auch zu einem Enteignungsverfahren kam. Diese Vorgehensweise finde ich nicht sehr professionell. Wir würden uns wünschen, dass in Zukunft Optionsverträge im Vorfeld abgeschlossen werden und erst dann eine solche Erschließung vorgenommen wird. Deshalb werden wir uns bei diesem Tagesordnungspunkt nicht positiv aussprechen können.

Vzbgm. Wimmer: Man muss zur Kenntnis nehmen, dass die Vorausverfügung unterschrieben wurde, obwohl im diesbezüglichen Amtsbericht ganz klar auf den Erwerb der

Flächen Schobersberger im Enteignungswege hingewiesen wurde. Dies wurde offenbar übersehen. Bitte um Zustimmung.

Der Antrag zu Punkt 13. wird mit

gegen 31 Ja-Stimmen (SPÖ-, FPÖ- und ÖVP-Fraktion)
2 Nein-Stimmen (GRÜNE-Fraktion)
angenommen.

14.)

Sportplatz „Am Berg“; Abschluss eines Vergleiches mit
Herrn Helmut Wiesinger, der Stadt Wels und der WBA GmbH
DI-LV-58-2014
miterledigt: DI-ZR-47-2014)

Der Antrag lautet:

Der Gemeinderat möge den Vergleich mit Herrn Helmut Wiesinger, der Stadt Wels und der WBA GmbH beschließen.

Vzbgm. Lehner: Ich muss dem Finanzreferenten hier leider widersprechen. Es geht weder um Muskel- noch um Gehirnmasse in diesem Fall. Es geht darum, dass wir bei der Sportanlage „Am Berg“ mit dem ursprünglichen Grundstückseigentümer eine sehr sinnvolle und sehr faire Vereinbarung fanden, die es uns ermöglicht aus der Fläche in der Folge entsprechend einen besseren Ertrag zu lukrieren.

In diesem Zusammenhang möchte ich mich ausdrücklich bedanken bei den Mitarbeitern auf Landesebene, beim Landesforstdirektor genauso wie bei Frau Ing. Wendt und natürlich bei den Mitarbeitern des Magistrates der Stadt Wels, bei Herrn Ing. Lindinger und bei Herrn Helmreich, die diese Verhandlungen führten.

Es ist oft nicht einfach einen Konsens zu finden. Hier wurde in vielen Gesprächen jedoch ein Konsens gefunden bei dem ich denke, dieser stellt für alle Beteiligten eine sehr vertretbare Variante dar. Es gibt hier keine großen Gewinner und keine großen Verlierer. Die einzigen Gewinner werden diejenigen sein, die „Am Berg“ irgendwann einmal wohnen werden. Denn dort wird es uns gelingen eine sehr schöne Wohnanlage, direkt in der Nähe zur Natura 2000, zu ermöglichen. Mehr Lebensqualität in unsere Stadt zu bringen ist sicher ein guter Zukunftsweg.

Der Antrag zu Punkt 14. wird

einstimmig angenommen.

Bgm. Dr. Koits dankt für die Berichterstattung.

Berichterstatter Vizebürgermeister Peter Lehner

15.)

Projekt Innenstadt – Ökonomische Inwertsetzung
BZ-P-003-2013

Der Antrag (Anlage 15) lautet:

Die im Bericht der Arbeitsgruppe Ökonomische Inwertsetzung angeführten Maßnahmen einschließlich des budgetären Rahmens in Höhe von voraussichtlich € 496.500,00 werden grundsätzlich nach Maßgabe der budgetären Mittel genehmigt.

Die Wels Marketing & Touristik GmbH soll diese Maßnahmen im Rahmen ihrer finanziellen und personellen Ressourcen umsetzen.

GR. Prof. Mag. Teubl: Diese sehr positive Beschlussvorlage unterstützen wir natürlich voll und ganz. Ich möchte besonders die Möglichkeit der Flächenbevorratung hervorheben, also die Anmietung und weitere Untervermietung von Handelsflächen an Handelsunternehmen, weil es damit der Stadt erstmals möglich wird den Branchenmix in der Innenstadt mitzugestalten. Damit kommen wir weg von Telefongeschäften, Kebabuden, 1-€-Shops und sonstigen nicht gerade notwendigen weiteren Geschäften hin zu einem Branchenmix, der wieder als positiv empfunden wird.

Ich halte es auch für sehr wichtig, dass beim Stadtmarketing eine Stelle eingerichtet werden soll, welche die neuen Geschäfte vor und während der Eröffnungsphase in jeglicher Hinsicht begleiten soll. Wir glauben allerdings, dass diese Begleitung dann nicht enden soll, wenn das Geschäft eröffnet hat, sondern es auch während der Anfangsphase notwendig sein wird noch unterstützend beizustehen. Das würden wir uns wünschen. Gerade bei Kleinstunternehmen ist es oft sehr wichtig, diese in den ersten ein bis zwei Jahren weiter zu betreuen.

Natürlich freuen wir uns auch darüber, wenn endlich eine alte Forderung der GRÜNEN realisiert wird. Nämlich ein Servicecenter, in dem es möglich sein wird rund um die Uhr eine vernünftige Toilette zu benutzen, Kinder zu wickeln, Einkäufe in einem Schließfach unterzubringen und Ähnliches. Das alles sind Dinge, die sehr wichtig sind, wenn wir mit der Innenstadt als der Handelsfläche Nummer Eins gegenüber der Konkurrenz der Einkaufszentren am Stadtrand bestehen wollen - das wünschen wir uns von Herzen.

GR. LAbg. Dr. Csar: Alle reden von der Innenstadtbelebung - der Wirtschaftsreferent macht etwas. Dafür Gratulation und ein herzliches Danke an Vzbgm. Lehner für diese Initiative und das Engagement. Mit dieser Richtlinie werden maßgebliche Impulse gesetzt. Auch ein Dankeschön für deine letzte Maßnahme, mit der wieder in der Innenstadt ein Nahversorger eingerichtet werden kann. Dazu gratuliere ich dir!

GR. Schönberger: Wir diskutierten dieses Thema bereits sehr ausführlich im Stadtmarketing. Wir erwarten uns eine sehr zielführende Strukturierung der Innenstadt und ich denke, jeder investierte Euro ist es letztendlich auch Wert.

Dadurch werden hoffentlich die bereits angesprochenen Leerstände in Grenzen gehalten und besser verwertet werden können. Mit diesen geschaffenen Maßnahmen, zum Beispiel das übergreifende Zusammenwirken von Geschäftsflächen, hoffen wir den einen oder anderen attraktiven Wirtschaftstreibenden in die Innenstadt zu bekommen, damit diese wieder mehr belebt wird. Mit dem in der Stadtmarketing-Sitzung beschlossenen engagierten Aufgabenkatalog wird Herr Stadtmarketingdirektor Jungreithmair sehr gefordert sein.

Vzbgm. Lehner: Es ist noch viel Arbeit, es braucht auch noch das Bemühen den Branchenmix in der Stadt Wels noch etwas zu verbessern. Aber es wird nicht gelingen jeden 1-€-Shop, jeden Kebap-Laden oder was auch immer zu verhindern. Der Markt funktioniert so wie er funktioniert und wir können nicht alle Flächen als Flächen der Stadt Wels anmieten. Aber es muss uns gelingen dort, wo wir Chancen sehen durch das Zusammenführen von Flächen neue und andere Ansiedlungen zu ermöglichen, mitzugestalten und damit für eine Verbesserung in der Innenstadt zu sorgen.

Es ist viel Arbeit und daher ist es auch wichtig, dass wir das Wels Marketing entsprechend mit finanziellen Mitteln ausstatten. Das geschah mit dem heutigen Budgetbeschluss. Man sieht, das viel investierte Geld in diese erfolgreichen Maßnahmen ist sehr gut angelegt und kommt mehrfach in die Stadt wieder zurück.

Der Antrag (Anlage 15) zu Punkt 15. wird

einstimmig angenommen.

Bgm. Dr. Koits: Die Punkte 16. und 17. bitte in einer gemeinsamen Diskussion zu behandeln.

16.)

Beschluss des Gemeinderates der Stadt Wels, mit dem die Richtlinien Wirtschaftsförderung Wels 2014 (WIFÖ 2014) erlassen werden
FD-WF-3000-2013

Der Antrag (Anlage 16) lautet:

Der Gemeinderat möge die Richtlinien Wirtschaftsförderung Wels 2014 (WIFÖ 2014) beschließen.

GR. Ganzert: Ich möchte mich für diesen Antrag bedanken, denn dank eines Initiativantrages der SPÖ-Fraktion noch vor der Sommerpause gelang es, aus der Wirtschaftsförderung auch eine Förderung für die Kleinunternehmer zu machen. Vor allem diese

Klein- und Kleinstunternehmer sind es, die sich mit der Stadt identifizieren, die sehr viel Energie und Engagement in diese Stadt einbringen und für einen großen Branchenmix stehen. Dafür möchte ich auch den jeweiligen UnternehmerInnen sehr herzlich danken, dir lieber Peter und auch dem Kollegen Schönberger für die Ausarbeitung des Initiativantrages, aufgrund dessen heute diese Förderungen beschlossen werden.

GR. Hacker: Eine gut funktionierende Wirtschaft ist das Fundament für Wohlstand, Sicherheit und Stabilität. Die erarbeiteten vereinfachten neuen Förderrichtlinien erwirken, dass der Betriebsstandort Wels attraktiv bleibt, etwaige Erweiterungen unterstützt werden, Arbeitsplätze gesichert sind und weitere geschaffen werden können. Alle gewerblichen und industriellen Unternehmen, welche den derzeitigen oder zukünftigen Standort in Wels haben und Kommunalsteuer leisten, sind grundsätzlich förderbar. Ob es die Förderung von Wirtschafts- oder Kleinstunternehmen betrifft, bedeutet es bei der derzeitigen wirtschaftlich angespannten Situation den Arbeitsmarkt wieder in Schwung zu bringen. Das ist ganz, ganz wichtig!

Dieser Schritt muss von Seiten der Politik zur Gänze unterstützt werden. Schließlich kommt wieder alles unserer Stadt zu Gute. Dabei spreche ich von den Steuereinnahmen, speziell von der Kommunalsteuer, die jährlich steigt und wo ich mir ein Lächeln auf dem Gesicht unseres Finanzreferenten gewünscht hätte. Aber dazu ist die Budgetsituation in unserer Stadt zu angespannt und zu ernst. Im Namen der ÖVP-Fraktion möchte ich mich bei allen Wirtschaftstreibenden samt ihren Mitarbeitern auf das Herzlichste für ihre Leistungen bedanken – geht es der Wirtschaft gut, geht es allen gut.

GR. Prof. Mag. Teubl: Arbeitsplatzschaffung ist uns natürlich ein großes Anliegen. Ich betone noch einmal, wir hoffen die Neuregelung der Wirtschaftsförderung trifft hier punktgenau und es gelingt tatsächlich neue Arbeitsplätze zu schaffen. Besonders begrüßen wir die Kleinstunternehmerförderung, die sicher für viele Ein-Personen-Unternehmen von großer Bedeutung ist, die es sich schon sehnlichst wünschen eine zusätzliche Arbeitskraft einzustellen, um sich die Arbeit zu erleichtern oder ihr Geschäftsfeld ausweiten zu können.

Dabei war es uns aber ein Dorn im Auge, dass Kleinstunternehmer zwei Jahre in Wels ansässig sein hätten müssen, um in den Genuss dieser Förderung zu kommen. Wir setzten im Ausschuss daher die Initiative diese Frist zu verkürzen. Ich bedanke mich bei den anderen Fraktionen für die Möglichkeit diese Frist auf ein Jahr zu verkürzen. Dadurch kann diese Förderung bereits nach dem ersten Jahr in Anspruch genommen werden und die eine oder andere Arbeitskraft in einem Kleinstunternehmen zum Zuge kommen. Deshalb unterstützen wir beide Anträge.

Vzbgm. Dr. Rabl: Ich erlaube mir zu beiden Richtlinien Stellung zu nehmen. Die ÖVP spricht, wenn sie über Wirtschaft redet, immer von einer Entfesselung der Wirtschaft. Aus meiner Sicht ist das ein guter Ansatz, der auch voll unterstützenswert ist. Wer in der Wirtschaft arbeitet weiß, die Wirtschaft ist mit überbordenden Bestimmungen in vielen Bereichen konfrontiert. Nachweise müssen erbracht, man erhält Vorschriften und statistische Auswertungen müssen getätigt werden.

Es wäre aus meiner Sicht zielführend gewesen, eine einzige Förderrichtlinie zu erstellen. Ich verstehe nicht, warum zwei Richtlinien benötigt werden, denn eine Zusammenlegung wäre sehr wohl möglich gewesen. Dennoch bin ich schon dankbar für die Einigung auf zwei Förderrichtlinien. Aber mich irritieren die dafür erforderlichen Nachweise und Bestätigungen. Bei der einen Förderung werden neun Bestätigungen und sieben Nachweise (Aufstellung, Förderungswerber, Anteil der beschäftigten Arbeitnehmer, Lohnnebenkosten, saldierte Rechnungen, Auszug aus dem Gewereregister, DeMinimis-Erklärung etc.) gefordert – bitte wofür? Für eine Förderung in der Höhe von 1.500, 2.000 oder 3.000 Euro?

Welcher Unternehmer nimmt es auf sich für diese Miniförderungen so viele Bestätigungen, Erklärungen und Nachweise abzugeben? Das macht doch keiner! Es war ja schon bisher ein Problem, dass diese Förderungen nicht angenommen wurden, weil dem Unternehmen Hürden auferlegt wurden, die er aus Zeitgründen nicht bereit ist zu erfüllen.

Bei der anderen Richtlinie benötige ich dann gar neun Nachweise und elf Bestätigungen. Wofür? Entfesseln wir doch die Wirtschaft. Sind wir doch bereit und sagen, der Referent hat das Entscheidungsrecht, ob jemand eine Förderung erhält oder nicht. Dann wird es ohnehin dem Ausschuss und dem Stadtsenat zur Beschlussfassung vorgelegt. Wozu diese vielen unnötigen Nachweise? Dazu benötigen wir Beamte, die diese Nachweis überprüfen. Wir sprechen heute immer wieder von überbordend aufgenommenem Personal. Wir übertragen diesem Personal ständig neue Aufgaben, die erledigt werden müssen, denn irgendjemand muss das alles bearbeiten. Und das für 1.500 oder 2.000 Euro? Haben wir die Angst, der Unternehmer könnte etwas bekommen, was er nicht verdient und dann nicht zurückbezahlt werden kann. Wenn ein Unternehmer betrügen möchte, macht er das. Wenn er etwas unehrlich erwerben möchte, dann fälscht er etwas. Wir können doch nicht von vornherein davon ausgehen, dass sich jemand eine Förderung erschleichen möchte – das ist auch gar nicht so!

Entfesseln wir die Wirtschaft, so wie wir das vorgehabt hätten. Denken wir noch einmal darüber nach, ob es wirklich nötig ist, für jede Förderung – unabhängig von der Höhe – all diese Nachweise, all diese Bestätigungen zu erbringen. Es reicht eine Förderrichtlinie und bis zu einer gewissen Höhe können wir es ruhig riskieren keinen Nachweis einzufordern. Wenn der Referent bei dem einen oder anderen Unternehmer kein gutes Gefühl hat, wird er ihn auch nicht als Förderungswerber vorschlagen. Ich denke, den Politikern kann in diesem Bereich etwas mehr Verantwortung übertragen werden, damit er ein bisschen freier agieren kann. Dazu brauche ich dann keine ganze Beamtenschaft zur Prüfung derartiger Förderanträge heranziehen. Deswegen möchten wir das gerne kürzen und werden wir uns in Bezug auf diese Richtlinien der Stimme enthalten.

GR. Reindl-Schwaighofer: Natürlich können wir hergehen und sagen: Es gibt keine Voraussetzungen zum Erhalt einer Förderung. Wie würden die Diskussionsbeiträge in anderen Bereichen aussehen?

Ich möchte auf die zu erbringenden Nachweise und Bestätigungen hinweisen. Beispielsweise: Die Gewährung der Förderung ist nur zulässig, wenn der Förderungswerber während der letzten zwei Jahre und innerhalb der nächsten zwei Jahre die Einhaltung bzw. Bezahlung seiner Beschäftigten gemäß dafür geltender Kollektivverträge bestätigt. Im Umkehrschluss sollen wir jetzt ausklammern, wenn ein Betrieb seine Mitar-

beiter nicht im Kollektivvertragsrahmen bezahlt, soll er trotzdem eine Förderung bekommen.

Oder: Es ist unzulässig, wenn jemand Schwarzarbeiter beschäftigt. Das heißt im Umkehrschluss wir sollen nicht überprüfen, ob sich ein Betrieb an die gesetzlichen Bestimmungen hält. Ich bin ganz klar der Meinung, es müssen Rahmenbedingungen zur Auszahlung von Förderbeiträgen vorliegen. Wir beschlossen für die Bereiche Subventionen und Vereine eine eigene Subventionsordnung. Das ist für mich auch so in Ordnung, wenn wir bestimmte Mindeststandards von Betrieben verlangen, denen wir als Stadt Wels eine Förderung geben. Außerdem würde ich nicht sagen, dass 1.500 Euro unbedeutend für einen Betrieb sind. Deshalb sind wir dafür, diesen Antrag so zu beschließen wie er vorliegt.

GR. Schönberger: Diese Anträge wurden sehr ausführlich im Wirtschaftsausschuss diskutiert. Am Tage des Wirtschaftsausschusses kommt von der FPÖ-Fraktion ein zusammengefasster Antrag, den nicht einmal die vertretenen Mitglieder der FPÖ-Fraktion im Wirtschaftsausschuss kannten. Herr Drumm erklärte uns dann, wie oder wie nicht haltbar das Ganze rein rechtlich ist. Ich als Unternehmer weiß selbst um die vielen Nachweise, die im Geschäftsleben zu erbringen sind. Wenn ich dann Geld von der öffentlichen Hand bekomme, werde ich diese paar Bestätigungen abgeben können.

Herr Drumm bestätigte uns auch, dass die Mithilfe der Mitarbeiter des Magistrates jederzeit gegeben sei und das Ganze relativ problemlos erledigt und abgearbeitet werden kann. Auf der einen Seite wird von der FPÖ eine Ausweitung der Kontrolle verlangt und unterstellt allen Vereinen mit ihren ehrenamtlichen Mitgliedern das Verschwinden von Geldern bzw. deren nichtordnungsgemäßen Einsatz. Andererseits würden bei den Betrieben dieselben Kriterien nicht mehr gelten. Hier wird mit zweierlei Maß gemessen. Ich würde mir wünschen, sich auf einer fundierten Rechtsgrundlage im Sinne der Unternehmerinnen und Unternehmer zu bewegen. Wer diese Förderung möchte, wird diesen Aufwand auf sich nehmen müssen.

GR. LAbg. Dr. Csar: Lieber Andreas Rabl, ich dachte nicht, dass du dich so aufregen kannst bei solch einer positiven Initiative, die auch im Ausschuss positiv behandelt wurde. Offensichtlich möchtest du das nicht und suchst nach einem maßgeblichen Grund zur Ablehnung.

Ich bekenne mich dazu, dass gewisse Voraussetzungen zur Gewährung von öffentlichen Geldern eingehalten werden müssen. Johnny, auch wir sind gegen Lohndumping, gegen Schwarzarbeit und wir möchten solche Situationen nicht fördern, unterstützen oder dafür eintreten. Diese angesprochenen Umstände möchten wir in Wels schon gar nicht haben. Solche Umstände gab es schon einmal in Kärnten, wo der Landeshauptmann auf der Straße stand und Fördergeld freihändig vergab. Wir wussten wohin es führt und wir wissen wie Kärnten jetzt dasteht. Das wollen wir nicht! Daher sind wir für klar einzuhaltenden Regeln, die exekutiert werden müssen. Deshalb ja zu dieser Richtlinie, ja zu diesen Ergebnissen und ja zu diesen Voraussetzungen.

GR. Prof. Mag. Teubl: Wenn ich vom Vzbgm. Dr. Rabl höre, dass der Referent nach Gefühl eine Förderung vergeben soll, kann ich als Radfahrer nur sagen: „da haut's mir

die Kette aua“. Ich denke wir leben doch noch in einem Rechtsstaat und haben als Magistrat, als Behörde die Pflicht unseren Frderungswerbern zu sagen unter welchen Bedingungen, in welcher Höhe sie ein Anrecht auf eine Förderung haben. Und es muss nachvollziehbar sein. Alles andere ist eine Verhöhnung des Rechtsstaates und eine Willkürherrschaft, die wir uns wirklich nicht wünschen.

So kam mir auch dieser Antrag der Freiheitlichen im Ausschuss vor. Es sollte alles weggewischt werden und unter dem Titel einer Vereinfachung einfach jegliche Reglementierung beseitigt werden – das konnte ich nicht fassen. Damit sollte dem Referenten die Möglichkeit eröffnet werden, tun und lassen zu können, was er will. So kann es doch nicht gehen!

Vzbgm. Dr. Rabl: ber die Wortmeldung des Walter Teubl bin ich sehr überrascht, denn bekanntlich gibt Vzbgm. Wimmer Sportfrderungen in Höhe von mehreren 100.000 Euro ohne entsprechende Fderrichtlinie. Es kam noch niemand auf den Gedanken, den Sportvereinen vorzuwerfen, sie würden etwas hinterziehen oder nicht ordnungsgemäß verwenden. Beim Vergleich mit dem Sport kann ich nicht unbedingt entnehmen, dass es unbedingt erforderlich ist und ich denke die Unternehmer sind nicht unehrlicher als die Obleute beim Sport, denn oft sind gerade Unternehmer Obleute bei Sportvereinen.

Jetzt muss mir jemand erklären, warum er bei der Sportförderung keinen Nachweis erbringen muss, aber bei der Wirtschaftsförderung sehr viele. Das hat mit dem Rechtsstaat nichts zu tun, weil bis zu einer gewissen Förderhöhe ist es ohnehin möglich ohne entsprechenden Nachweis und ohne entsprechende Bestätigung – damit der Unternehmer sich etwas leichter tut – entsprechende Förderungen zu erteilen. Ich habe genug Vertrauen in Vzbgm. Lehner, dass er sich ein Förderansuchen genau ansieht, die Rechtfertigung prüft und dann eigenständig einen Vorschlag dem Ausschuss vorlegt. Warum ich dann alle möglichen Nachweise brauche, die noch von Beamten geprüft werden müssen, konnte mir bis jetzt niemand erklären.

Das hat nichts mit Rechtsstaat oder Gesetzen zu tun, denn auch bei der Sozialhilfe gibt es solche Förderungen in Höhe von 100, 200, 500 oder über 1.000 Euro und das ist auch so in Ordnung. Wenn jemand in Not ist, braucht er vorher nicht zehn Bestätigungen zu unterschreiben, dass er wirklich in Not ist, sondern die Silvia Huber kann Notlagen selber sehr gut beurteilen. Lassen wir der Politik doch einen gewissen Gestaltungsspielraum übrig und reglementieren wir sie nicht so, um den Unternehmern, den Politikern und den Beamten Arbeit zu verschaffen.

Tun wir das, von dem wir die ganze Zeit reden: deregulieren! Die ÖVP startete eine Aktion mit 17.000 Fragebögen, bei der es um die Deregulierung geht. Einen Tag später erstellen wir eine Verordnung, bei der 17 Nachweise und 8 Bestätigungen etc. verlangt werden. Setzen wir doch diese gewollte Deregulierung um! Zumindest bis zu einer gewissen Förderhöhe sollte das überlegt werden. Ich weiß, wir schickten den entsprechenden Vorschlag zum Fderrichtlinienantrag erst Freitagnachmittag an Vzbgm. Lehner, deshalb konnte am Montag nicht mehr kommuniziert werden – das merke ich selbstkritisch dazu an.

Trotzdem glaube ich, ob nicht bis zu einer gewissen Höhe eine gewisse Grzgigkeit und ein gewisses Grundvertrauen dem Förderwerber gegenüber an den Tag gelegt

werden kann. Das ist die Deregulierung, von der wir die ganze Zeit sprechen – mehr will ich nicht. Es ist ein Anliegen, über das wir einmal nachdenken sollten.

GR. DI. Leitinger: Nur weil im Sportbereich die Förderungsvergabe größtenteils nicht nachvollziehbar oder nicht immer so transparent ist, wie wir uns das wünschen, brauchen wir eine solche Regelung nicht unbedingt auch noch bei der Vergabe von Wirtschaftsförderungen. Ich glaube, den Antragstellern kann bei transparenten und nachvollziehbaren Vorgaben durchaus zugemutet werden, bestimmte Unterlagen für eine Förderung beizubringen.

Ich möchte Andreas Rabl sehen, wenn wir eine ähnliche Lösung im Sozialbereich einführen würden, denn im Sozialbereich muss auch bei sehr kleinen Summen der Lohnzettel, Mietbestätigung etc. beigebracht werden, um eine Unterstützung von 100 Euro zu bekommen. Für mich ist das nicht nachvollziehbar und bin durchaus der Meinung, Förderungen sollten transparent sein, es sollte klare Regeln über das Warum und das Wieviel der Förderungen geben.

GR. Mag. Humer: Eine kurze Anmerkung zum Sportbereich. Natürlich erbringe ich als Sportfunktionär Nachweise beispielsweise bei Auslandsaufenthalten in Form von Flugtickets, Hotelrechnungen etc. Einfach zu sagen, hier ist nichts nachzuweisen, ist nicht richtig! Wir haben in dieser Stadt klare Spielregeln. Ich rede jetzt in meiner Funktion als Sportfunktionär: Natürlich legen wir diese Nachweise korrekt vor!

Vzbgm. Lehner: Ich möchte mich herzlich bei Herrn Burghard Drumm für die intensive Vorarbeit und die Erarbeitung der Richtlinien bedanken. Weiters bedanken möchte ich mich bei den Rednern, die die Ausschussarbeit lobten. Es wird hier intensiv diskutiert und die Argumente werden sehr ernst genommen, die Themen wieder übernommen bzw. wurden die Richtlinien diesbezüglich adaptiert. Ein dritter Dank gilt Andreas Rabl. Er gab zu Protokoll, dass er mir das volle Vertrauen ausspricht.

Nichtsdestotrotz bin ich der Meinung, es bedarf auch bei Entfesselung der Wirtschaft klarer Richtlinien. Es müssen natürlich Nachweise sein, die im Verhältnis zur Förderhöhe stehen. Es werden Dinge gefordert, die relativ einfach von den Unternehmen zu erbringen sind. Es handelt sich hier um Steuergeld, was eine Sorgfältigkeit in den Ausgaben bedingt. Verlangen wir keine Bestätigung bezüglich der De-Minimis, kann es bei einer Förderung des Betriebes dazu führen, diese Förderung ein zweites Mal als „Strafe“ bezahlen zu müssen – all das ist nicht im Interesse der Steuerzahler. Das ist auch nicht im Interesse der Wirtschaft und schon gar nicht im Interesse der Vielzahl der Unternehmen, die nicht im Traum daran denken zu betrügen.

Es soll nicht davon ausgegangen werden, dass irgendjemand betrügen möchte. Die Unternehmer wollen das sicher nicht, aber als Verwalter von Steuergeldern sind wir verpflichtet sehr sorgfältig damit umzugehen. Wir als ÖVP treten im Sportbereich dafür ein, dass Nachweise zu erbringen sind. Genauso sollte eine Überprüfung durchgeführt werden, wie bei den Kulturförderungen, für die im letzten Gemeinderat eine Überprüfung des Programmkinos beschlossen wurde. Da orten wir weder einen Skandal noch sonst etwas. Bei Vergabe von Steuergeld gehört einfach der sorgsame und ordnungsgemäße Umgang mit Steuergeld dazu. Dazu bekennen wir uns intensiv, das sind wir

dem Steuerzahler verpflichtet. Daher diese Variante der Förderungen, die einerseits einen Impuls für neue Mitarbeiter in der Stadt Wels bedeuten sollen, andererseits muss sorgsam mit dem Steuergeld umgegangen werden.

Der Antrag (Anlage 16) zu Punkt 16. wird mit

22 Ja-Stimmen (SPÖ-, ÖVP- und GRÜNE-Fraktion)
gegen 10 Stimmenthaltungen (FPÖ-Fraktion)

angenommen.

GR. Buttinger ist bei der Abstimmung zu diesem Tagesordnungspunkt nicht im Sitzungssaal anwesend.

17.)

Beschluss des Gemeinderates der Stadt Wels, mit dem die Richtlinien Kleinstunternehmen-Förderung 2014 (KUF 2014) erlassen werden
FD-WF-1001-2014

Der Antrag (Anlage 17) lautet:

Der Gemeinderat möge die Richtlinien Kleinstunternehmen-Förderung 2014 (KUF 2014) beschließen.

Der Antrag (Anlage 17) zu Punkt 17. wird mit

22 Ja-Stimmen (SPÖ-, ÖVP- und GRÜNE-Fraktion)
gegen 10 Stimmenthaltungen (FPÖ-Fraktion)

angenommen.

GR. Buttinger ist bei der Abstimmung zu diesem Tagesordnungspunkt nicht im Sitzungssaal anwesend.

Bgm. Dr. Koits dankt für die Berichterstattung.

Berichterstatterin Stadträtin Silvia Huber

18.)

Betreubares Wohnen Zentrum Noitzmühle;
Kostenübernahme der Küchenerstausstattung
SO-SenB-180.000-2014

Der Antrag (Anlage 18) lautet:

Im Rahmen der Errichtung und Ausstattung des Objektes „Zentrum Noitzmühle“ übernimmt die Stadt Wels die Kosten der Küchenerstausstattung für die zwanzig betreubaren Wohnungen und zehn Wohnungen mit Service in der Höhe von maximal € 114.000,00 netto im Wege von Subventionsgewährungen an die Gemeinnützige Welser Heimstättengenossenschaft, Wels, Laahener Straße 21a. Die Auszahlung erfolgt nach Fertigstellung in drei Teilbeträgen in den Budgetjahren 2016, 2017 und 2018.

Der Nachweis der widmungsgemäßen Verwendung wird durch Vorlage der Originalrechnungen in Höhe des Gesamtbetrages innerhalb von sechs Monaten nach Überweisung des Betrages erbracht.

GR. Hoflehner: Ich möchte das Gesagte der Referentin ergänzen und einen kleinen Rückblick gewähren. Im Jahre 1979 entstand in der Knorrstraße das erste Seniorenwohnhaus, da wurde im restlichen Österreich von solchen Einrichtungen noch gar nicht gesprochen. In der Bundesrepublik Deutschland gab es bereits solche Projekte. Letztendlich wurden bis zum Jahre 1994 in insgesamt drei Projekten 264 Wohnungen geschaffen. Es war zu diesem Zeitpunkt von betreutem Wohnen überhaupt noch nicht die Rede, jedoch gab es in Wels bereits 264 Seniorenwohnungen.

Kurz nach der Wahl 1997 fuhren der Bürgermeister und ich gemeinsam nach Wien zum Innenminister. Bei der Autofahrt fragtest du mich nach dem Unterschied zwischen Seniorenwohnungen und betreutem Wohnen. Die Antwort darauf lautete: Es gibt nicht recht viel Unterschied, außer den zwanzig vergangenen Jahren. Inzwischen gelang es der Stadt Wels mit der Welser Heimstätte und der LAWOG zusätzlich 103 sogenannte „betreubare Wohnungen“ zu schaffen. Jede dieser Wohnungen benötigt eine Küche als Erstausrüstung, um den Einzug aus wirtschaftlichen Gründen zu erleichtern. Die Stadt Wels gab im Laufe dieser 35 Jahre knapp 1 Mio. Euro dafür aus. Es gab bei diesen Beschlüssen nur 1994 durch Dr. Rabl eine Stimmenthaltung und hoffe heute wieder auf eine einstimmige Beschlussfassung.

Es wurden heute schon einige Feststellungen zum Thema Massen und Massenverhältnisse angeführt, deshalb sage ich: Masse ist nicht unbedingt gleich Klasse. Ich bin froh, dass es in Wels so viele Menschen mit Klasse gibt.

GR. Josseck-Herdt: Zur Aussage des Kollegen Teubl „mir haut es die Kette raus“ beim Gedanken Wirtschaftstreibende müssen bei einer Förderung von 1.000 Euro keine Nachweise erbringen, muss ich sagen, mir hat es im letzten Gemeinderat auch „die Ket-

te rausgehaut“ als sie sagten: Hätten wir die 36.000 Euro an das Programm kino bezahlt, wäre das Ganze schon vom Tisch. So wird hier mit zweierlei Maß gemessen.

Aber jetzt zum Tagesordnungspunkt. Ich finde, das betreubare Wohnen ist wirklich eine gute Sache, insbesondere für unsere Senioren, die sich vielleicht noch in einer größeren Wohnung, in einem Haus befinden, wo sie einige Stufen überwinden müssen, um in den Wohnbereich zu gelangen. Für gehbehinderte Senioren stellt das oft schon ein großes Hindernis dar, sodass manche gar nicht mehr ins Freie kommen. Deshalb sind wir selbstverständlich für die Finanzierung der Küchenausstattung. Handelt es sich bei diesen Küchen wahrlich nicht um Luxusküchen, sondern jede Küche kostet 3.800 Euro. Diese Küchen bleiben auch bei einem Mieterwechsel in den Wohnungen. Dieser Betrag in Höhe von 114.000 Euro wird aufgeteilt auf drei Jahre, sodass es erst im Jahre 2016 zur ersten Zahlung an die Heimstätte kommt.

Im Amtsbericht ist angeführt, dass das Land nach Förderung von 50 % der Baukosten von der Stadt Wels einen Betrag einfordert und das erfolgt in dieser Form. Die Bewohner können länger in den Wohnungen bleiben, sie müssen nicht das Angebot des Seniorenheimes nützen, also nicht die teuerste Art der Altenbetreuung. Sie können sich Mobile Dienste bzw. weitere Betreuungsdienste dazu kaufen. Als selbst von diesem Thema Betroffene ziehe ich den Hut vor allen in diesem Bereich arbeitenden Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Diese führen eine der schwersten Arbeiten durch, die im Rahmen des Magistrates durchgeführt werden. Man kann sich nicht vorstellen, mit welcher Zuwendung, Geduld und Hilfsbereitschaft die Klienten betreut werden. Ich bedanke mich bei diesen Mitarbeitern und wünsche mir eine gerechte Aufteilung dieser Wohnungen, weil die Vergabe hier vielleicht etwas zu großzügig an Menschen erfolgt, die noch sehr mobil sind und sie noch nicht unbedingt benötigen.

StR. Huber: Danke für diese positiven Beiträge. Ich kann ihnen versichern, es gibt im Bereich des betreubaren Wohnens eine Pflegebedarfserhebung, die die Sozialabteilung durchführt und die Vergabe erfolgt dann über den Wohnungsreferenten. In diesem Sinne bitte ich um Beschlussfassung.

Der Antrag (Anlage 18) zu Punkt 18. wird

einstimmig angenommen.

Bgm. Dr. Koits dankt für die Berichterstattung.

GR. Haböck verlässt um 18.23 Uhr die Gemeinderatsitzung.

Dringlichkeitsantrag aller vier Gemeinderatsfraktionen betreffend Grundsatzbeschluss zur Mitwirkung an der Errichtung eines Wirtschaftsparks für den Raum Wels-Stadt/Wels-Land, bezeichnet als „Wirtschaftspark Voralpenland“
DI-Verf-355-2014

Vzbgm. Lehner: Beim gegenständlichen Dringlichkeitsantrag geht es um die Teilnahme am Wirtschaftspark Voralpenland. Dieses Projekt der Gemeinden Wels-Land und der Stadt Wels ist für die wirtschaftliche Entwicklung in unserem Land von großer Bedeutung. Eindringlich bedanken möchte ich mich bei allen Fraktionen, die sich nach intensiven Diskussionen in den letzten Jahren jetzt dazu bekennen, dass wir nur gemeinsam stark sind. Einerseits als Gemeinderatsfraktionen, wenn wir gemeinsame Beschlüsse fassen, andererseits wenn wir als Stadt Wels mit den Landgemeinden auf Augenhöhe zusammenarbeiten. Bei den derzeit vorliegenden Statuten ist das der Fall. Ich bin über diesen gemeinsamen Dringlichkeitsantrag sehr froh dieses Zeichen zu setzen und denke es ist ein wunderbarer Schluss als letzter Tagesordnungspunkt nach einer langen Gemeinderatsitzung und einem intensiven Arbeitsjahr.

GR. DI. Leitinger: Auch wir sind sehr froh über diesen gemeinsamen Beschluss aller Gemeinderatsfraktionen. Wir denken, es ist höchste Zeit uns im Rennen um diese interkommunalen Raumordnungskonzepte in Position zu bringen. Im Land Oberösterreich gibt es derzeit schon fünf solcher Zusammenschlüsse von Gemeinden, mit Auge darauf neue Betriebsansiedelungen in diese Regionen zu bringen. Das heißt, wir müssen uns beeilen, um nicht völlig den Anschluss zu verlieren. Auch mit Blick auf unsere mittelfristige Entwicklung. Die geeigneten Flächen für Betriebsansiedelungen werden in Wels nicht mehr, sodass es mittelfristig betrachtet gar nicht anders gehen kann als gemeinsam, um auf gleicher Augenhöhe mit den flächenstarken Umlandgemeinden Betriebsbaugelände zu entwickeln und dann gemeinsam von den Einnahmen zu profitieren.

GR. Hoflehner: „Gut Ding braucht Weile“. Ich glaube, im Zuge der Beratungen und Verhandlungen konnten und durften wir alle sehr viel lernen. Diese Monate brachten eine Annäherung von allen Seiten, wobei es natürlich unterschiedliche Perspektiven gibt, denn aus Sicht der Finanzabteilung sieht es sicher anderes aus als auf politischer Ebene. Positiverweise gelang es jetzt, dass alle Fraktionen, die Experten ihre Meinungen äußerten und wir jetzt einen Beschluss fällen werden.

Vzbgm. Dr. Rabl: Ich verwende meine letzte Wortmeldung dafür, um sie daran zu erinnern, dass wir im Tierpark ein gemeinsames Weihnachtsfest haben. Sie sind alle dazu sehr herzlich eingeladen, sodass wir dort das Jahr ausklingen lassen können.

Vzbgm. Wimmer: Ich lade ebenfalls gerne zu dieser Weihnachtsfeier im Tierpark ein, weil ich dort den Herrn Bürgermeister verrete.

Vzbgm. Lehner: Ich möchte die Gelegenheit nutzen, mich beim Baudirektor Herrn Dipl.-Ing. Karl Pany und beim Finanzdirektor Dr. Barth zu bedanken, die intensiv mitgearbeitet haben, damit es zu diesem Grundsatzbeschluss kommt. Es ist wichtig für die Stadt

Wels und für die Region zusammenzuarbeiten. Was gibt es Schöneres als letzten Beschluss, diesen Konsens und auch die Zustimmung der GRÜNEN zu bekommen für ein Projekt, bei dem es dem Grunde nach um Betriebsansiedelungen geht.

Der Dringlichkeitsantrag (Anlage 2) aller vier Gemeinderatsfraktionen wird

einstimmig angenommen.

Bgm. Dr. Koits: Da dies die letzte Gemeinderatsitzung dieses Jahres ist, möchte ich die Gelegenheit nützen mich bei ihnen für die in diesem Jahr geleistete Arbeit zu bedanken. Gleichzeitig gilt mein Dank den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Magistrates. Ich ersuche die Frau Magistratsdirektorin diesen Dank des Stadtsenates und Gemeinderates an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter weiterzugeben. Wir wissen, dass in unserer Stadt mit unseren über 1500 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern eine ausgezeichnete Arbeit in vielen Arbeitsfeldern geleistet wird. Alles kann nicht immer 100-prozentig klappen – das ist wie bei uns. Wenn in einer Stadt alles 100-prozentig klappen würde, es für alles eine 100-prozentige Lösung geben würde, wären wir im Paradies. Dann hätten wir dann wieder das Problem mit dem Apfel und der Schale und mit Adam und Eva.

So wissen wir, dass es in unserer Stadt immer eine positive Weiterentwicklung gegeben hat. Das zeigen eindeutig die heutigen Beschlüsse. Das zeigt auch das Budget, welches mit überwiegender Mehrheit beschlossen wurde. Wir hatten eine vernünftige Finanzpolitik in den letzten Jahren und es wird eine vernünftige Finanzpolitik in den kommenden Jahren sein. Wir tätigten keine irgendwie gearteten Finanzgeschäfte, die uns auf den Kopf fallen könnten, deshalb bin ich froh, dass der Herr Finanzreferent und ich hier eine konservative Politik verfolgen. Sehr gut beraten wurden wir hier dabei vom Herrn Finanzdirektor.

Seien sie bitte maßvoll mit ihren Forderungen im kommenden Jahr. Alle ihre Gedankengänge während der Budgetdebatte – ich rechnete es mir aus – würden zusammen 50 bis 60 Mio. Euro betragen. Daher mein Appell, inhaltlich maßvoll mit den Initiativanträgen etc. sowie in der Wortwahl - besonders im kommenden Jahr - zu sein. Letztendlich wird es ihnen die Bevölkerung in unserer Stadt danken. In diesem Sinne wünsche ich ihnen und ihren Familien ein schönes Weihnachtsfest und alles Gute im Jahr 2015.

Danke an die Protokollführung, die sich sehr bemüht, dass immer alles exakt und genau geführt wird und möglichst bald zur Genehmigung vorliegt. Alles Gute auch den Gästen zu Weihnachten und einen guten Rutsch ins neue Jahr. Damit ist diese Sitzung geschlossen. (Applaus!)

Der Vorsitzende:

Für die Fraktion der SPÖ:

Für die Fraktion der FPÖ:

Für die Fraktion der ÖVP:

Für die Fraktion der GRÜNEN:

Schrifführer: